



Niederschrift

über die 37. öffentliche Sitzung
des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf in seiner 17. Wahlperiode
am Mittwoch, 28. Mai 2025, Rathaus, Plenarsaal

SI-RAT/004/2025

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

TOP	Vorlage	Inhalt	Seite
1		Anerkennung der Tagesordnung	9
2		Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 6.2.2025 (SI-RAT/001/2025)	10
3		Anfragen aus aktuellem Anlass	
3.1	RAT/195/2025	Anfrage aus aktuellem Anlass der Ratsgruppe Tierschutz/Freie Wähler: Waffenverbotszone, Anscheinswaffen und Feuerwerk am Japan-Tag	10
3.2	RAT/196/2025	Anfrage aus aktuellem Anlass der Ratsgruppe Tierschutz/Freie Wähler: Rekord-Defizit von fast 300 Millionen Euro bei der Rheinbahn	11
3.3	RAT/198/2025	Anfrage aus aktuellem Anlass der SPD-Ratsfraktion: Schadstoffbelastung am U-Bahnhof Nordstraße	13
3.4	RAT/201/2025	Anfrage aus aktuellem Anlass der SPD-Ratsfraktion: Kaputte Markierung Radweg Schadowstraße	15
3.5	RAT/199/2025	Anfrage aus aktuellem Anlass der Ratsfraktion Die Linke: Bürgermeister für den Frieden; Messe für den Krieg?	17
3.6	RAT/200/2025	Anfrage aus aktuellem Anlass der Ratsfraktion Die Linke: Neuer Szenetreffpunkt vor dem KAP1: Versagt das Konzept SiBu?	18
3.7	RAT/197/2025	Anfrage aus aktuellem Anlass des Rats Herrn Lemmer: Asbest am U-Bahnhof Nordstraße	schriftliche Antwort
4		Anfragen	
4.1	RAT/143/2025	Anfrage der SPD-Ratsfraktion: Altstadtpflaster	23
4.2	RAT/144/2025	Anfrage der Ratsgruppe Tierschutz/Freie Wähler: Negative Entwicklung auf dem Düsseldorfer Arbeitsmarkt	26
4.3	RAT/145/2025	Anfrage der Ratsgruppe Tierschutz/Freie Wähler: Situation von Straßen – hier exemplarisch Roßstraße 62 bis 103 – für Fahrradfahrer und Fahrradfahrerinnen	29

TOP	Vorlage	Inhalt	Seite
4.4	RAT/151/2025	Anfrage der FDP-Ratsfraktion: Antisemitismus an Düsseldorfer Hochschulen – städtische Handlungsperspektiven im Sinne unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung	30
4.5	RAT/155/2025	Anfrage der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: Weiterentwicklung der kommunalen Ausländerbehörde	32
4.6	RAT/160/2025	Anfrage der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: Fahrzeugbrand auf dem illegalen Parkplatz am Vogelsanger Weg	schriftliche Antwort
4.7	RAT/167/2025	Anfrage SPD-Ratsfraktion: Sachstand Bürger*innenhäuser	schriftliche Antwort
4.8	RAT/165/2025	Anfrage der Ratsfraktion Die Linke: Öffentliche Toiletten „City Toilet“ in Düsseldorf	schriftliche Antwort
4.9	RAT/164/2025	Anfrage der Ratsfraktion Die Linke: Wann gibt sich die Stadt Düsseldorf eine Anlagerichtlinie?	schriftliche Antwort
4.10	RAT/175/2025	Anfrage der AfD-Ratsfraktion: Sicherheit von Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden – insbesondere Schulgebäuden	schriftliche Antwort
4.11	RAT/176/2025	Anfrage der AfD-Ratsfraktion: Wie steht es um den Schutz des Kulturguts der Landeshauptstadt Düsseldorf in Krisen- und Katastrophenzeiten?	schriftliche Antwort
4.12	RAT/152/2025	Anfrage des Ratsherrn Albes: Sicherheitsauflagen bei Veranstaltungen des Winter- und Sommerbrauchtums	schriftliche Antwort
4.13	RAT/166/2025	Anfrage der Ratsfrau Lehmann: Klagen über Arbeitsklima beim Ballett am Rhein	schriftliche Antwort
4.14	RAT/186/2025	Anfrage des Ratsherrn Lemmer: Vom Oberbürgermeister und den Beigeordneten seit dem 1.1.2014 genutzte Fahrzeuge	schriftliche Antwort
4.15	RAT/187/2025	Anfrage des Ratsherrn Lemmer: Sicherheit von Schulgebäuden in Düsseldorf	schriftliche Antwort
4.16	RAT/188/2025	Anfrage der Ratsfrau Krüger: Qualität der Wässer in städtischen Parks, Seen, Gewässern	schriftliche Antwort
4.17	RAT/177/2025	Anfrage des Ratsherrn Jörres: Stand des Zivilschutzes in Düsseldorf, insbesondere Anzahl und Zustand von Schutzräumen und Bunkieranlagen	schriftliche Antwort
4.18	RAT/178/2025	Anfrage der Ratsfrau Opelt: Das Vertrauen in kommunale Institutionen sinkt. Wie ist die Situation in Düsseldorf?	schriftliche Antwort
4.19	RAT/179/2025	Anfrage der Ratsfrau Kraljic: Unterstützung der Stadt Düsseldorf für das Straßenmagazin Fiftyfifty	schriftliche Antwort
5	RAT/158/2025	Bericht aus der Kleinen Kommission für nachhaltige Entwicklung	36
6	RAT/159/2025	Bericht aus der Kleinen Kommission Radverkehr	36
7	SPOA/021/2025	Bewerbung Olympische und Paralympische Spiele Rhein-Ruhr	49

TOP	Vorlage	Inhalt	Seite
7.1	RAT/207/2025	Ergänzungsantrag der Ratsfraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Die Partei-Klima-Fraktion	49
8	APS/037/2025/1	Bebauungsplan-Entwurf Nr. 05/016 – Veranstaltungsgelände/Messeparkplatz	57
9	APS/053/2025	Durchführungsvertrag zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan (Entwurf) Nr. 01/017 – Kennedydamm 55	37
10	APS/048/2025	Vorhabenbezogener Bebauungsplan (Entwurf) Nr. 01/017 – Kennedydamm 55	37
11	AUS/005/2025	Förderprogramm „Klimafreundliches Wohnen und Arbeiten in Düsseldorf“: Haushaltsneutrale Aufstockung der Finanzmittel	38
12	BR/004/2025	Entsendung von Mitgliedern des Behindertenrates als sachkundige Einwohnerinnen/Einwohner in die Ratsausschüsse	38
13	HFA/016/2025	Entwurf Jahresabschluss 2024	39
14	HFA/017/2025	Aufstellung der genehmigten über- und außerplanmäßigen Mittelbereitstellungen des Haushaltsjahres 2024	39
15	KUA/045/2025	Sanierung Gesamtfassade der Tonhalle, Ehrenhof 1, ausgenommen Westfassade	39
16	KUA/064/2025	Umbenennung des Kammermusiksaals der Tonhalle in „Trautvetter-Brückner-Saal“	40
17	OVA/056/2025	Freigabe verkaufsoffener Sonntagnachmittage im Jahre 2025 in der Innenstadt (gesamte Stadtteile Stadtmitte, Altstadt, Carlstadt)	60
18	OVA/057/2025/1	Neuwahl einer Schiedsperson	40
19	OVA/058/2025	Neuwahl einer Schiedsperson	40
20	OVA/064/2025	Mobilitätsstationen im Förderprojekt Multi-Mo-DUS zur Förderung von Nahmobilität und Intermodalität im Alltag – Realisierungsphase 2 – Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss	41
21	RPAU/006/2025	Bestellung von Prüferinnen für das Amt für kommunale Prüfung	41
22	RPAU/007/2025/1	Stellungnahme des Rechnungsprüfungsausschusses über die Prüfung des Gesamtabchlusses der Landeshauptstadt Düsseldorf zum 31. Dezember 2021 – Bestätigung des Gesamtabchlusses	41
23	SENR/003/2025	Entsendung von Mitgliedern des Seniorenrates als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner in die Ratsausschüsse	42
24	SPOA/027/2025	Freiheitshagen, Ausbau der Verkehrsflächen und Entwässerungseinrichtungen	42
24.1	RAT/206/2025	Änderungsantrag der Ratsfraktion Die Partei-Klima-Fraktion	42

TOP	Vorlage	Inhalt	Seite
25	RAT/147/2025	Aufsichtsrat der Industrieterrains Düsseldorf-Reisholz AG – Ersatzwahl	42
26	RAT/148/2025	Umbesetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien	43
27	RAT/156/2025	Verbandsversammlung des Zweckverbandes Erholungsgebiet Unterbacher See – Ersatzbestellung	45
28	RAT/161/2025	Aufsichtsrat der IPM Immobilien Projekt Management Düsseldorf GmbH – Ersatzwahl	45
29	SCHUA/013/2025	Grundsatzbeschluss zur Neuordnung des Schulstandortes Heidelberger Straße 75	64
30	SCHUA/021/2025	Beschlussvorlage zur Herbeiführung eines Ausführungs- und Finanzierungsbeschlusses für das Projekt „Errichtung einer Dreifeldsporthalle mit Tonsaal und Gymnastikraum am Humboldt-Gymnasium“	46
31	RAT/168/2025	Bereitstellung des Deutschlandtickets Schule im Schülerverkehr für das Schuljahr 2025/2026	69
31.1	RAT/203/2025	Änderungsantrag der Ratsfraktion Die Partei-Klima-Fraktion	69
32	RAT/170/2025	Polizeibeirat – Ersatzwahl	46
33	RAT/183/2025	Aufsichtsrat der Düsseldorf Tourismus GmbH – Ersatzwahl	47
34	RAT/184/2025	Aufsichtsrat der D.LIVE GmbH & Co. KG – Ersatzwahl	47
35	RAT/185/2025	Aufsichtsrat der Flughafen Düsseldorf GmbH – Ersatzwahl	47
36	RAT/189/2025	Sportbeirat der D.LIVE GmbH & Co. KG – Ersatzwahl	48
37	RAT/190/2025	Umbesetzung im Kommunalwahlausschuss der Landeshauptstadt Düsseldorf für die Kommunalwahlen und die Wahl des Integrationsrates 2025	49
38		Anträge	
38.1	RAT/153/2025	Antrag der FDP-Ratsfraktion: Konzeptionierung eines groß angelegten P+R-Systems	72
38.1.1	RAT/205/2025	Änderungsantrag der Ratsfraktion Die Partei-Klima-Fraktion	72
38.2	RAT/154/2025	Antrag der FDP-Ratsfraktion: Einführung intelligenter Ampelsysteme zur Verbesserung des Verkehrsflusses und der Lebensqualität in Düsseldorf	77
38.2.1	RAT/204/2025	Änderungsantrag der Ratsfraktion Die Partei-Klima-Fraktion	77
38.3	RAT/157/2025	Antrag der SPD-Ratsfraktion: Aktualisierung der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene	81
38.4	RAT/162/2025	Antrag der Ratsfraktion Die Linke: Änderung der Wohnraumschutzsatzung: Gewinnabschöpfende Ausgleichszahlungen	zurück- gezogen

TOP	Vorlage	Inhalt	Seite
38.5	RAT/163/2025	Antrag der Ratsfraktion Die Linke: Rückverlegung des Himmelgeister Deichs und Enteignung der dazu notwendigen Flächen	83
38.6	RAT/173/2025	Antrag der Ratsfraktion Die Partei-Klima-Fraktion: Die Straßenverkehrsordnung gilt auch am Corneliusplatz	93
38.7	RAT/174/2025	Antrag der Ratsfraktion Die Partei-Klima-Fraktion: Autofreien Corneliusplatz aufwerten	93
38.7.1	RAT/208/2025	Änderungsantrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen	93
38.8	RAT/181/2025	Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: Himmelgeister Rheinbogen: Hochwasserschutz, Natur- und Artenschutz verbinden, jetzt Rückverlegung planen	83
38.9	RAT/182/2025	Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: Weiterentwicklung der Förderung von Lastenrädern	96
38.10	RAT/172/2025	Antrag der SPD-Ratsfraktion: Ferien(s)pass	102
38.11	RAT/180/2025	Antrag der AfD-Ratsfraktion: Automatisierte Parkhäuser für Düsseldorf	zurück- gezogen
39	RAT/171/2025	Verwaltungsrat der Stadtparkasse Düsseldorf – Ersatzwahl	49
		Verabschiedung Ratsfrau Lehmhaus	102

II. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Vorlage	Inhalt	Seite
1		Anerkennung der Tagesordnung	2
2		Genehmigung der Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 6.2.2025 (SI-RAT/001/2025)	2
3	RAT/169/2025	Genehmigung einer Eilentscheidung gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW	2
4	HFA/018/2025	Energiewirtschaftlicher Anteilserwerb durch eine mittelbare Beteiligung	3
5	HFA/019/2025	Gründung einer mittelbaren Beteiligung	3
6	KUA/093/2025	Schenkung für die städtische Sammlung des Kunstpalastes	3
7	RAT/132/2025	Entscheidung über die Besetzung einer Führungsfunktion	3
8	RAT/150/2025	Personalangelegenheit	4
9	RAT/191/2025	Bestellung einer Geschäftsführung	5
10		Grundstücksangelegenheiten	
10.1	APS/005/2025	Grundstücksangelegenheit	5
10.2	APS/015/2025	Grundstücksangelegenheit	5
10.3	APS/026/2025/1	Grundstücksangelegenheit	5
10.4	APS/052/2025	Grundstücksangelegenheit	6
10.5	APS/054/2025	Grundstücksangelegenheit	6

Anwesend:

a) vom Rat

Oberbürgermeister	Dr. Keller	Vorsitzender
Ratsherr	Albes	SPD
Ratsherr	Angerhausen	CDU (bis 16 Uhr)
Ratsfrau	Bednarski	SPD
Ratsfrau	Böcker	CDU
Ratsherr	Born	Die Linke
Ratsherr	Bremer	CDU
Ratsherr	Buschhausen	CDU
Ratsherr	Cardeneo	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Charchira	Bündnis 90/Die Grünen (ab 16 Uhr)
Ratsfrau	Cordes	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Czerwinski	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfrau	von Dahlen	CDU
Ratsherr	Droste	FDP
Ratsherr	El Ghazali	SPD
Ratsfrau	Elsholz	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Dr. Fils	CDU
Ratsherr	Fischer	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Fix	Die Partei-Klima-Fraktion
Ratsfrau	Fobbe	SPD
Ratsfrau	Frey	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfrau	Fleckner-Olbermann	SPD
Ratsfrau	Gelbke-Mößmer	Bündnis 90/Die Grünen
Bürgermeisterin	Gerlach	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Dr. Graeßner	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Hartmann	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Hartnigk	CDU
Ratsfrau	Hebeler	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfrau	Heyden	Bündnis 90/Die Grünen
Bürgermeister	Hinkel	CDU
Ratsfrau	Holtmann-Schnieder	SPD
Ratsfrau	Klinke	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfrau	Kraljic	AfD
Ratsherr	Kretschmann	CDU
Ratsfrau	Krüger	Tierschutz/Freie Wähler
Ratsherr	Kühbacher	SPD
Ratsherr	Labouvie	CDU
Ratsfrau	Lehmann	Die Linke
Ratsfrau	Lehmhaus	FDP
Ratsherr	Lemmer	Tierschutz/Freie Wähler
Ratsfrau	Löffler	Bündnis 90/Die Grünen (ab 15 Uhr)
Ratsfrau	Mansheim	CDU
Ratsfrau	Marmulla	Die Linke
Ratsherr	Mauersberger	CDU
Ratsherr	Mielczarek	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfrau	Mirus	Die Partei-Klima-Fraktion
Ratsfrau	Dr. Möller	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Montanus	FDP
Ratsfrau	Opelt	AfD
Ratsherr	Dr. Panhaus	SPD
Ratsfrau	Penack-Bielor	CDU
Ratsfrau	Dr. Proschmann	SPD
Ratsherr	Raub	SPD
Ratsherr	Rehne	FDP

Ratsherr	Rohloff	FDP
Ratsherr	Rütz	CDU
Ratsherr	Saitta	CDU
Ratsherr	Schenk	SPD
Ratsfrau	Schentek	CDU
Ratsfrau	Schmidt	CDU
Ratsherr	Schmidt	CDU
Ratsherr	Dr. Schork	FDP
Ratsherr	Dr. Schulz	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Schwenk	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Speit	CDU
Ratsfrau	Spillner	SPD
Ratsherr	Sültenfuß	CDU (bis 16 Uhr)
Ratsherr	Thämer	CDU
Ratsherr	Tischendorf	CDU
Ratsfrau	Tonsen	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Tups	CDU
Ratsherr	Tussing	CDU
Ratsherr	Vatalis	SPD
Ratsherr	Volkenrath	SPD
Ratsfrau	Vorspel	Die Linke
Ratsherr	Warnecke	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr	Wiedon	CDU (bis 19 Uhr)

b) von der Verwaltung:

Stadtdirektor Hintzsche
 Stadtkämmerin Schneider
 Beigeordnete Zuschke
 Beigeordneter Zaum
 Beigeordneter Kral
 Beigeordnete Koch
 Beigeordneter Wagner

Entschuldigt:

Ratsherr	Auler	CDU
Ratsherr	Figge	SPD
Ratsfrau	Goldberg-Hammon	SPD
Ratsherr	Jörres	AfD
Ratsfrau	Mucha	CDU
Ratsherr	Münter	CDU
Ratsherr	Neuenhaus	FDP
Ratsfrau	Dr. Rachner	FDP
Ratsherr	Rasp	SPD
Ratsherr	Dr. Schröder	CDU
Ratsherr	Schulte	Die Partei-Klima-Fraktion
Ratsherr	Stieber	CDU
Ratsherr	Wolf	Bündnis 90/Die Grünen
Bürgermeisterin	Zepuntke	SPD

Beginn der öffentlichen Sitzung: 14.03 Uhr

Bürgermeister Hinkel (CDU): Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die 37. Sitzung des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf in seiner 17. Wahlperiode am Mittwoch, dem 28. Mai 2025, hier im Plenarsaal des Rathauses zu Düsseldorf.

Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, dass der Herr Oberbürgermeister für uns noch in Köln unterwegs ist, aber gleich die Sitzungsleitung übernehmen wird. Ich werde ihn mit Ehren hier vertreten und beginnen.

Wie immer laufen seit Eröffnung der Sitzung die Liveübertragung und die Aufzeichnung. Die Speicherung der Ratssitzung gemäß Beschluss des Rates vom 10.09.2015 steht ab kommendem Montag, 14 Uhr, zum Abruf bereit. Gemäß § 3 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung endet die Abrufmöglichkeit mit der Genehmigung der Niederschrift der betreffenden Sitzung durch den Rat. Der Übertragung zugestimmt, aber der Speicherung widersprochen haben Ratsfrau Heyden und Ratsherr Tussing.

Ich begrüße alle Zuschauerinnen und Zuschauer vor Ort und am Stream, alle Medienvertreterinnen und Medienvertreter, die Gaststenografin sowie die Gebärdensprachdolmetscherinnen und Gebärdensprachdolmetscher am Stream.

Wir fahren fort mit den Hinweisen zur heutigen Sitzung des Rates. In der Periode seit der letzten Sitzung wurden etliche Geburtstage gefeiert. Ich gratuliere gemeinschaftlich: Herzlichen Glückwunsch Ihnen allen zum Geburtstag, die hiervon betroffen sind.

(Allgemeiner Beifall)

Nun zu den Abwesenheiten: Ganztägig abwesend sind Ratsfrau Gelbke-Mößmer, Ratsfrau Dr. Rachner, Ratsherr Neuenhaus, Ratsherr Wolf und Ratsherr Jörres. Abwesend bis 15 Uhr ist Ratsfrau Löffler und bis 16 Uhr Ratsherr Charchira.

Folgende Pairings wurden vereinbart: Ganztägig pairen Bürgermeisterin Zepuntke und Ratsfrau Mucha, Ratsherr Rasp und Ratsherr Auler, Ratsherr Figge und Ratsherr Stieber; bis 16 Uhr pairen Ratsfrau Goldberg-Hammon und Ratsherr Angerhausen sowie Ratsfrau Schenk und Ratsherr Sültenfuß; ab 19 Uhr pairen Ratsfrau Bednarski und Ratsherr Wiedon. Genesungswünsche gehen bitte an diejenigen, die heute krankheitsbedingt fehlen.

(Allgemeiner Beifall)

Herzlichen Dank.

Die Redezeitbegrenzung richtet sich nach der Geschäftsordnung des Rates. Die Anfragen werden mündlich und in dem dafür vorgesehenen zeitlichen Rahmen beantwortet. Damit treten wir in die Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung ein.

1

Anerkennung der Tagesordnung

Bürgermeister Hinkel (CDU): Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung rechtzeitig zugegangen. Sie haben für die Sitzung zwei Nachlieferungen erhalten. Eine erste Nachlieferung haben Sie am Freitag, den 23. Mai 2025, erhalten. Mit dieser wurden drei TOPs nachgereicht: zum einen der TOP 33, RAT/383/2025, „Aufsichtsrat der Düsseldorf Tourismus GmbH – Ersatzwahl“, TOP 34, RAT/184/2025, „Aufsichtsrat der D.LIVE GmbH & Co. KG – Ersatzwahl – und TOP 36, RAT/189/2025, „Sportbeirat der D.LIVE GmbH & Co. KG – Ersatzwahl“.

Mit der ersten Nachlieferung wurde die Tagesordnung zudem mit TOP 39 – das ist die Vorlage RAT/171/2025, „Verwaltungsrat der Stadtparkasse Düsseldorf – Ersatzwahl“ – ergänzt. Der

TOP 38.4 – das ist der Antrag der Ratsfraktion Die Linke, „Änderung der Wohnraumschutzsatzung: Gewinnabschöpfende Ausgleichszahlungen“, mit der Vorlagennummer RAT/162/2025 – wurde von der antragstellenden Fraktion zurückgezogen.

Mit der zweiten Nachlieferung, die Ihnen am 27. Mai 2025 zugegangen ist, wurden der TOP 26 – das ist die Vorlage RAT/148/2025, „Umbesetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien“ –, TOP 35 – das ist die Vorlage RAT/185/2025, „Aufsichtsrat der Flughafen Düsseldorf GmbH – Ersatzwahl“ – und TOP 37 – das ist die Vorlage RAT/190/2025, „Umbesetzung im Kommunalwahlausschuss der Landeshauptstadt Düsseldorf für die Kommunalwahlen und die Wahl des Integrationsrates 2025“ – nachgereicht.

Noch der Tagesordnung hinzugefügt wurden die Anfragen aus aktuellem Anlass unter TOP 3.1 bis 3.7. Mit den heutigen Tischvorlagen liegen Ihnen fünf Änderungsanträge – RAT/206/2025 unter TOP 24.1, RAT/203/2025 unter TOP 31.1, RAT/205/2025 unter TOP 38.1.1, RAT/204/2025 unter TOP 38.2.1 sowie RAT/208/2025 unter TOP 38.7.1 – und ein Ergänzungsantrag unter TOP 7.1, RAT/207/2025, vor. Für diejenigen, die digital arbeiten, sind diese in „Session“ eingestellt.

Ich schlage Ihnen vor, den TOP 39 vor die Anträge zu ziehen, da es sich um eine Verwaltungsvorlage handelt. Zudem schlage ich vor, dass wir die TOPs 38.5 und 38.8 – das sind zwei Anträge zum Himmelgeister Deich, zum einen von der Ratsfraktion Die Linke und zum anderen von der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen – zusammenziehen und gemeinsam diskutieren. Sie werden dann aber getrennt abgestimmt. Ebenso würde ich mit den beiden Anträgen von Die Partei-Klima-Fraktion zum Corneliusplatz verfahren.

Gibt es Ihrerseits Hinweise oder Wünsche zur Tagesordnung? – Ich sehe keine Handzeichen. Dann bitte ich um den Beschluss: Wer gegen die Tagesordnung stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer enthält sich der Stimme? – Das heißt, die Tagesordnung ist einstimmig **anerkannt**.

2

Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 06.02.2025 (SI-RAT/001/2025)

Bürgermeister Hinkel (CDU): Die Niederschrift liegt Ihnen vor. Wenn jemand nicht genehmigen oder sich enthalten möchte, dann bitte ich um das Handzeichen. – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Niederschrift einstimmig **genehmigt**.

3

Anfragen aus aktuellem Anlass

Bürgermeister Hinkel (CDU): Die aktuellen Anfragen werden mündlich beantwortet. 30 Minuten haben wir dafür Zeit. Vier Zusatzfragen sind möglich.

3.1

Anfrage aus aktuellem Anlass der Ratsgruppe Tierschutz/Freie Wähler: Waffenverbotszone, Anscheinswaffen und Feuerwerk am Japan-Tag RAT/195/2025

Bürgermeister Hinkel (CDU): Ich bitte dazu Herrn Stadtdirektor Hintzsche zu uns nach vorn, da dieser Antrag zurückgewiesen wurde. – Herr Hintzsche, kommen Sie bitte zu uns nach vorn und klären Sie uns über den Sachverhalt der Zurückweisung auf.

Stadtdirektor Hintzsche: Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben die Anfrage aus aktuellem Anlass 3.1 aus folgenden Gründen zurückgewiesen: Die Anfrage aus aktuellem

Anlass der Ratsgruppe Tierschutz/Freie Wähler zum Thema „Waffenverbotszone, Anscheinswaffen und Feuerwerk am Japan-Tag“ mit der Vorlagennummer RAT/195/2025 wird zurückgewiesen.

Eine aktuelle Anfrage im Sinne des § 8 Geschäftsordnung des Rates stellt eine Ausnahme von der in § 7 Geschäftsordnung des Rates geregelten regulären Anfrage dar, die spätestens zehn Tage vor der Sitzung beim Oberbürgermeister eingebracht sein muss. Entsprechend muss sich die erforderliche Aktualität darauf beziehen, dass der Gegenstand der Anfrage nach Ablauf der Zehn-Tages-Frist bekannt oder akut geworden ist.

Vorliegend ist der geforderte aktuelle Bezug nicht gegeben. Zwar ist die Mitteilung der Polizei erst am 21. Mai veröffentlicht worden, daraus allein entsteht jedoch noch kein aktueller Anlass. Denn dieser Hinweis wird jährlich wiederholend im Vorfeld des Japan-Tages veröffentlicht. Ein wiederkehrender Hinweis auf eine allgemeingültige Regel stellt keinen aktuellen Anlass dar. Ein kurzfristiges Informationsbedürfnis entsteht aus diesem Vorgang nicht. Die Anfrage hätte unabhängig von diesem konkreten Ereignis zu jedem früheren Zeitpunkt gestellt werden können. Darüber hinaus betrifft die erste Teilfrage keine kommunale Angelegenheit, sondern eine der Polizei.

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, Herr Stadtdirektor Hintzsche. – Ratsherr Lemmer, ich bitte Sie, zu uns ans Redepult zu kommen. Ratsherr Lemmer, Sie haben als anfragestellende Ratsgruppe das Wort. – Bitte.

Ratsherr Lemmer (Tierschutz/Freie Wähler): Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Hintzsche, die Zurückweisung nehmen wir zur Kenntnis und ist auch in Ordnung. Wir hatten aber bisher eigentlich seit 1989 den guten Brauch: Wenn Anfragen aus aktuellem Anlass zurückgewiesen werden, wird das per E-Mail recht deutlich vor der Sitzung mitgeteilt und nicht erst in der Sitzung. Wir hatten gerade eine Anfrage, bei der mir das auch mitgeteilt wurde. Aber zu dieser Anfrage mit der Waffenverbotszone habe ich keine E-Mail erhalten. Vielleicht ist sie bei mir nicht angekommen oder was auch immer. Zumindest ist sie nicht angekommen. Vielleicht ist es dann auch gut. Die Begründung ist in Ordnung. Insofern ist alles gut.

Bürgermeister Hinkel (CDU): Ratsherr Lemmer, herzlichen Dank. – Wir klären das auf an der Stelle, im Zweifel auch noch einmal schriftlich.

(Stadtdirektor Hintzsche: Wir nehmen das im Rahmen des Beschwerdemanagements entgegen!)

3.2

Anfrage aus aktuellem Anlass der Ratsgruppe Tierschutz/Freie Wähler: Rekord-Defizit von fast 300 Millionen Euro bei der Rheinbahn

RAT/196/2025

Bürgermeister Hinkel (CDU): Ratsherr Lemmer, Sie möchten die Frage gern noch einmal öffentlich stellen. Dann kommen Sie bitte nach vorn. Sie haben direkt das Wort.

Ratsherr Lemmer (Tierschutz/Freie Wähler): Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Rheinbahndefizit hat zumindest bei denjenigen, die nicht in irgendwelchen Aufsichtsräten oder Ähnlichem sind, eine wirklich große Schockwelle verursacht. Als die Anfrage gestern in das System hineingekommen ist, haben sich bei uns tatsächlich ohne Ende hauptsächlich anonym Rheinbahn-Mitarbeiter, auch in höheren Funktionen, gemeldet. Ich möchte schon jetzt und hier ankündigen, dass bei diesem Abschluss – ich sage es einmal so aus meiner politischen Sicht – durchaus nicht alles gerade gelaufen ist. Deshalb werden wir dazu in der nächsten oder in der kommenden Ratssitzung weitere Anfrage auch im nichtöffentlichen Teil stellen, weil wir Namen nennen werden, zu Punkten, wo wir glauben, dass das nicht in vernünftiger Art und Weise vollzogen wurde. Nun bitte ich einfach um die Beantwortung der jetzigen Anfrage. – Danke.

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, Ratsherr Lemmer. – Frau Stadtkämmerin Schneider, Sie haben das Wort.

Stadtkämmerin Schneider: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren des Rates! Meine Stimme ist nicht auf ein rauschendes Fest zurückzuführen, sondern ich habe einen Stimmbandkatarrh und hoffe, dass sie noch bis zum Ende der Sitzung durchhält; aber im Kopf ist alles klar.

Ich beantworte die Anfrage der Ratsgruppe Tierschutz/Freie Wähler aus aktuellem Anlass zu dem Rekorddefizit von fast 300 Millionen Euro bei der Rheinbahn. Am Anfang gestatten Sie mir bitte noch eine Anmerkung: Wer sich die Mühe macht, im Haushalt Dinge nachzulesen, hätte sich das, was ich jetzt gern auch ausführlich noch einmal darstelle, auch selbst erschließen können. Aber oft helfen direkte Nachfragen auch zur Sachverhaltsaufklärung.

Frage 1 lautet: Wie konkret erklärt die Stadtspitze, dass dieses Rekorddefizit der Rheinbahn – fast 300 Millionen Euro – bisher kein Thema im Ordnungs- und Verkehrsausschuss beziehungsweise im Haupt- und Finanzausschuss oder in irgendeinem anderen kommunalpolitischen Gremium des Stadtrates gewesen ist?

Die Antwort lautet: Die Rheinbahn AG hat das Geschäftsjahr 2025 mit einem Fehlbetrag von rund 200 Millionen Euro geplant. Dieses Ergebnis beinhaltet Einnahmen aus dem ÖPNV-Rettungsschirm von rund 90 Millionen Euro. Dieser dient insbesondere dem Ausgleich des aufgrund der Einführung des Deutschlandtickets resultierenden Defizits, also ein Ausgleich für die kommunalen Unternehmen für die nicht kostendeckende Einführung des Deutschlandtickets.

Über die wirtschaftliche Entwicklung der Beteiligungsgesellschaften – so auch der Rheinbahn AG – wird der Haupt- und Finanzausschuss in nichtöffentlicher Sitzung regelmäßig quartalsweise unterrichtet. Dies erfolgte zuletzt mit der Vorlagennummer HFA/034/2024 – „Bericht der Stadtkämmerin zur wirtschaftlichen Entwicklung der Beteiligungsgesellschaften per Ende des 3. Quartals 2024“. Der Bericht über die Entwicklung im ersten Quartal 2025 ist für die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 30.06.2025 vorgesehen. Es wird also schon jetzt regelmäßig über die wirtschaftliche Situation berichtet.

Für das erste Quartal 2025 wurde seitens der Rheinbahn AG ein gegenüber der Planung verbessertes Ergebnis gemeldet.

Frage 2: Welche finanziellen Auswirkungen hat dies auf den Haushalt der Stadt Düsseldorf 2025 und die Planungen 2026 bis 2028?

Die Antwort lautet: Die finanziellen Auswirkungen zeigen sich im städtischen Haushalt in der Kapitalzuführung an die Holding der Landeshauptstadt Düsseldorf, die den Aufwandsdeckungsfehlbetrag der Rheinbahn AG ausgleicht. In der Wirtschaftsplanung der Holding sind die Planansätze der Rheinbahn AG berücksichtigt. Für das Geschäftsjahr 2025 ist eine Kapitalzuführung aus dem städtischen Haushalt an die Holding von 154,6 Millionen Euro geplant.

Die Planungsdaten der Rheinbahn AG für die Jahre 2026 bis 2028 sind in der Wirtschaftsplanung der Holding verarbeitet worden. Die Haushaltsansätze für die Kapitalzuführung an die Holding aus dem Kernhaushalt werden wiederum im Rat beschlossen und sind somit fester Bestandteil der politischen Beratung.

Frage 3: In Ergänzung zur Antwort auf Frage 2 fragen wir: Welche konkrete Beschlussvorlage wird die Verwaltung den Fachausschüssen beziehungsweise spätestens in der nächsten Stadtratssitzung am 10.07. vorlegen, um Einsparungen an anderer Stelle zu beschließen und/oder die Einnahmesituation zu verbessern?

Die Antwort lautet: Es besteht keine unmittelbare Handlungsnotwendigkeit. Auf die Fragen 1 und 2 wird verwiesen, da die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung der Rheinbahn keinen unmittelbaren Handlungszwang erkennen lässt.

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, Frau Schneider. Gute Besserung für die Stimme. – Ratsherr Lemmer, gibt es weitere Nachfragen zu diesem Tagesordnungspunkt? – Das ist nicht der Fall.

3.3

Anfrage aus aktuellem Anlass der SPD-Ratsfraktion: Schadstoffbelastung am U-Bahnhof Nordstraße

RAT/198/2025

Bürgermeister Hinkel (CDU): Ratsherr Kühbacher, ich darf Sie bitten, nach vorn zu kommen. – Sie haben das Wort.

Ratsherr Kühbacher (SPD): Vielen Dank, Herr Bürgermeister. – Wir haben der Presse in der vergangenen Woche entnommen – jetzt beziehe ich mich nur auf die Headlines, weil man manchmal nur sieben Sekunden hat, um sich Informationen anzueignen –: „Asbest im U-Bahnhof Nordstraße entdeckt“. Dabei wird von gefährlichen Fasern gesprochen. Wenn man jetzt Schluss macht und sich den Artikel nicht bis zum Ende durchliest, kann dies dazu führen, dass Menschen Ängste entwickeln. Sie können also nicht nur die Sorge haben, dass ihre Gesundheit gefährdet ist, sondern dies kann sich auch zu Ängsten steigern. Wir hoffen, dass uns die Verwaltung mit der Beantwortung unserer Anfrage diese Sorge nehmen kann und alles sachgerecht und ohne Gesundheitsgefährdung für diejenigen Menschen, die gern mit dem ÖPNV auf dieser Strecke unterwegs sind, vorgeht. Uns interessiert natürlich auch die Frage der weiteren verkehrlichen Auswirkung. Das ist dann unsere dritte Frage. Wir freuen uns auf die Beantwortung. – Vielen Dank.

Bürgermeister Hinkel (CDU): Ratsherr Kühbacher, herzlichen Dank. – Herr Beigeordneter Kral, ich bitte um die Beantwortung der aktuellen Fragen. – Sie haben das Wort.

Beigeordneter Kral: Danke schön. – Jetzt probiere ich es einmal von hier. Das Thema Rheinbahn scheint sich auf die Stimme zu schlagen, aber tatsächlich ist es davon unabhängig.

(Heiterkeit)

Es sind drei Fragen.

Erste Frage: Sind neben Asbest weitere Schadstoffe bei den Arbeiten festgestellt worden oder werden vermutet, und wie wird die gesundheitliche Gefährdung für Fahrgäste und Mitarbeitende eingeschätzt?

Antwort: Neben den in der Projektvorbereitung festgestellten künstlichen Mineralfasern und dem in der letzten Woche detektierten Asbest wurden keine weiteren Schadstoffe festgestellt. Die gesundheitliche Belastung von Fahrgästen wird mit Stand vom 23. Mai dieses Jahres inzwischen als sehr gering eingeschätzt, da sich die Fahrgäste in der Regel nur kurz in einem U-Bahnhof aufhalten und dadurch die Exposition entsprechend gering ausfiel.

Bedingt durch den planmäßigen Rückbau der im Vorfeld ermittelten künstlichen Mineralfasern waren arbeitsschutztechnische Maßnahmen für die Mitarbeitenden vorgesehen und eingeleitet, sodass auch hier von einer sehr geringen Gefährdung ausgegangen wird.

Auch für die Rheinbahn hat die Gesundheit aller Fahrgäste und Mitarbeitenden oberste Priorität. Entsprechend umsichtig und verantwortungsvoll wird mit der aktuellen Situation umgegangen. Um die bisherigen Einschätzungen unabhängiger Schadstoffgutachter zu bestätigen, wonach eine Durchfahrt des U-Bahnhofs Nordstraße mit reduzierter Geschwindigkeit von 20 Kilometern pro

Stunde nur ein sehr geringes Gesundheitsrisiko birgt, wurden Anfang dieser Woche ergänzende Messungen durchgeführt.

Bis die Ergebnisse vorliegen, setzen Stadt und Rheinbahn vorsorglich eine zusätzliche Schutzmaßnahme um: An den Haltestellen Heinrich-Heine-Allee und ERGO-Platz/Klever Straße sorgt Sicherheitspersonal dafür, dass vor der Durchfahrt die Fahrzeugfenster geschlossen werden. Zusätzlich erfolgen in den Fahrzeugen vor dem betroffenen Streckenabschnitt Durchsagen auf Deutsch und Englisch mit dem Hinweis, die Fenster während der Durchfahrt geschlossen zu halten.

Auch das Fahrpersonal ist aktiv eingebunden: An allen anderen Haltestellen der betroffenen Linien U78 und U79 öffnen diese jeweils alle bahnsteigseitigen Türen. Damit wird sichergestellt, dass die Frischluftzufuhr bestmöglich gewährleistet ist.

Frage 2 lautet: Wie wird sichergestellt, dass im Zuge der angekündigten Asbestuntersuchungen an weiteren Haltestellen, unter anderem Klever Straße und Heinrich-Heine-Allee, transparent über mögliche Gefährdungen, Zeitpläne und Schutzvorkehrungen informiert wird?

Die Antwort lautet: Die Sicherheit und Gesundheit von Fahrgästen und Mitarbeitenden hat höchste Priorität. Sollte in den anstehenden Messungen Asbest festgestellt werden, werden die Ergebnisse bewertet und je nach Exposition entsprechende erforderliche Maßnahmen eingeleitet.

Hier kommt jetzt ein Einschub, der nicht in der schriftlichen Fassung steht, weil die Informationen frisch sind und parallel als Pressemeldung hinausgehen: Wir haben weder an den Haltestellen Heinrich-Heine-Allee und Klever Straße noch in den Zügen Asbest in der Luft festgestellt. Die Bereiche sind also alle sicher.

Jetzt springe ich wieder zum Text zurück: Die Berichterstattung erfolgt in diesen Fällen über die gewohnten Kommunikationswege, wie Pressemeldung, Homepage der Landeshauptstadt Düsseldorf et cetera.

Die dritte Frage lautet: Welche konkreten Maßnahmen sind geplant, um den U-Bahnhof Nordstraße kurzfristig in Betrieb zu nehmen, und wann ist mit einer Inbetriebnahme zu rechnen?

Die Antwort ist: Die Asbestbeseitigung erfordert eine fachliche Vorbereitung, gewissenhafte Durchführung sowie eine Meldung an die übergeordneten Behörden. In einem ersten Schritt werden die entsprechenden Bereiche weiter abgeschottet. Anschließend sind der oder die Emittenten der Asbestfaser zu identifizieren, sach- und fachgerecht auszubauen und zu entsorgen. Danach erfolgt eine Reinigung der betroffenen Bereiche.

Da der oder die Emittenten derzeit unbekannt ist oder sind, kann auch keine konkrete Aussage zum Umfang und Dauer der Arbeiten sowie zur Wiederaufnahme des Fahrgastbetriebs angegeben werden.

Es bleibt bei der dritten Antwort leider erst einmal so abstrakt. Grundsätzlich ist das so richtig. Wir versuchen auch, das mit konkreten Maßnahmen zu belegen und Sie dann weiter zu informieren. – Danke schön.

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, Herr Kral. – Die erste Wortmeldung kommt von Ratsherrn Raub. Bitte kommen Sie zu uns nach vorn. Es folgt Ratsherr Czerwinski. – Ratsherr Raub, Sie haben das Wort.

Ratsherr Raub (SPD): Vielen Dank, Herr Bürgermeister. – Vielen Dank, Herr Kral, für die Beantwortung unserer Fragen. Ich habe eine Zusatzfrage. Die Arbeiten am U-Bahnhof Nordstraße sind in zwei Schritten durchgeführt worden. Zunächst waren die südlichen Eingänge einschließlich des Aufzugs gesperrt, an denen bereits gearbeitet wurde, und jetzt werden die nördlichen Eingänge gesperrt, sodass man nur noch über die südlichen Eingänge gehen kann. In diesem Teil wurde jetzt

Asbest festgestellt. Ist denn sichergestellt, dass in dem ersten Teil, der schon saniert ist, kein Asbest ausgetreten ist?

Bürgermeister Hinkel (CDU): Ich bitte darum, zunächst die zweite Nachfrage zu stellen, damit nachher die Fragen im Zusammenhang beantwortet werden können. – Ratsherr Czerwinski, kommen Sie zu uns nach vorn. Sie haben das Wort.

Ratsherr Czerwinski (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Bürgermeister, schönen Dank. – Zu der aktuellen Anfrage, dass in der Nordstraße und in der Heinrich-Heine-Allee kein Asbest gefunden wurde: Ist auch unter den verdächtigen Zwischendecken nachgeschaut worden? – Das wäre die Frage.

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, Ratsherr Czerwinski. – Herr Beigeordneter Kral, kommen Sie bitte zur Beantwortung der Nachfragen nach vorn. Sie haben das Wort.

Beigeordneter Kral: Asbest hat die Eigenschaft, dass es im Regelfall gebunden vorliegt, und in der gebundenen Form ist es, solange man es nicht anpackt, eigentlich unschädlich, wenn Asbest irgendwo eingebaut ist. Die Thematik kommt erst auf, wenn man anfängt zu arbeiten, zu bohren oder zu brechen in dem Bereich. Dann kann Asbest austreten. Der gebundene Asbest ist ungefährlich.

Vor dem Hintergrund ist es so: Wenn wir nun an den anderen Haltestellen, die wir noch abarbeiten müssen, mit den Arbeiten beginnen, werden wir natürlich untersuchen, ob dieselben Materialien eingebaut wurden, die wir in der Nordstraße gefunden haben. Wenn diese vorhanden sind, werden wir von vornherein entsprechende Konzepte entwickeln; aber es besteht kein akuter Anlass.

Zu der Frage, die Sie, Ratsherr Raub, gestellt haben, kann ich nur sagen, dass wir kontinuierlich – weil wir von Anfang an davon ausgegangen sind, dass die Gefahr besteht, dass Fasern austreten – gemessen haben und in dem Moment, als wir relevante Werte hatten, sofort gehandelt haben.

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, Herr Beigeordneter Kral. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

3.4

Anfrage aus aktuellem Anlass der SPD-Ratsfraktion: Kaputte Markierung Radweg Schadowstraße

RAT/201/2025

Bürgermeister Hinkel (CDU): Möchte die einbringende Ratsfraktion eine Frage stellen?

(Ratsherr Kühbacher [SPD] macht eine verneinende Geste.)

Dann bitte ich Herrn Kral um die Antwort auf die Anfrage. – Herr Kral, Sie haben das Wort.

Beigeordneter Kral: Die Anfrage nach der Schadowstraße gliedert sich, wie üblich, in drei Teile.

Die erste Frage lautet: Hat die Verwaltung im Vorfeld bei dem Hersteller der taktilen Elemente, die in der Regel rutschfest und antihafbeschichtet sind, angefragt, ob das dauerhafte Anbringen von Farbe auf diesem Produkt möglich ist?

Die Antwort lautet: Gemäß den einschlägigen Richtlinien obliegt es dem Auftragnehmer, vor Beginn der Arbeiten zu prüfen, ob die zu markierenden Flächen – insbesondere hinsichtlich Sauberkeit, Trockenheit und Beschaffenheit der Oberfläche – für eine fachgerechte Ausführung der Markierungsarbeiten geeignet sind.

Im Rahmen der Abstimmungen zur Umsetzung der Maßnahme wurde auf die Erfahrungswerte der beauftragten Fachfirma zurückgegriffen, die bereits vergleichbare Markierungsarbeiten ausgeführt hat.

Zweite Frage: Wie hoch sind die bis jetzt entstandenen Kosten der Verwaltung für die aufgetragenen weißen Randstreifen-Markierungen?

Antwort: Die Kosten für die aufgetragenen weißen Randstreifen-Markierungen betragen circa 11.800 Euro. Etwaige Ansprüche der Landeshauptstadt werden derzeit rechtlich geprüft.

Auch hier zur Erläuterung: Wenn es in eine Nachbesserung hineingeht, dann kann der Auftragnehmer im Regelfall den Mehraufwand, den er vielleicht hat, zurückfordern, und zwar nicht, weil er nachbessert, sondern weil er von vornherein eine aufwendigere Ausführung hätte durchführen müssen, aber eben nur diesen Mehraufwand zwischen dem, was ursprünglich geplant war, und dem, was hätte richtigerweise geplant sein müssen, also nicht die ganzen Aufwendungen, die dort entstehen.

Frage 3: Wann setzt die Verwaltung den Beschluss zur konfliktfreien Radverkehrsführung auf der Shadowstraße vom Februar 2025 vollständig um?

Antwort: Die Verwaltung arbeitet derzeit an der Umsetzung des OVA-Beschlusses zur konfliktreduzierten Führung des Radverkehrs auf der Shadowstraße unter Berücksichtigung der technischen und organisatorischen Rahmenbedingungen. Die verschiedenen ergänzenden Maßnahmen – darunter die Überarbeitung der bestehenden Markierung, die Aufstellung zusätzlicher Begrenzungselemente sowie eine deutliche, verständliche Hinweisbeschilderung zur Trennung der Verkehrsarten – befinden sich in finalen Abstimmungen. Für die Hinweisbeschilderung sind bereits neun mögliche Standorte identifiziert. Das Layout der Schilder ist ausgearbeitet. Die Schilder sind verständlich und gut lesbar.

Für die Begrenzungselemente wurden ebenfalls Potenzialstandorte identifiziert. Es gilt nun, diese Elemente in ein auch mit der vorhandenen Möblierung abgestimmtes Konzept einzufügen. – Danke schön.

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, Herr Beigeordneter Kral. – Ich sehe ein Handzeichen. – Ratsherr Kühbacher, kommen Sie nach vorn für die Nachfrage. Sie haben das Wort.

Ratsherr Kühbacher (SPD): Vielen Dank, Herr Kral, für das tapfere Durchkämpfen und Verlesen der Antwort unserer Anfrage bei Ihrem Gesundheitszustand. Ich möchte das nicht zu sehr strapazieren, aber bei der Antwort zu der letzten Frage, die Sie verlesen haben, habe ich versucht, ganz aufmerksam eine konkrete Erwartung für mich zu wecken, ob es tatsächlich noch so, wie der Beschluss gefasst worden ist, leistbar ist, noch vor der Fahrradsaison im Sommer dieses Jahres die Umsetzung durchzuführen. Jetzt haben Sie ausgeführt, dass das Layout der Schilder quasi abgenommen ist. Da habe ich verstanden, dass die Schilder schon da sind und nur noch aufgestellt werden müssen. Oder muss noch jemand beauftragt werden, das Layout auf die Schilder aufzubringen, um anschließend darauf zu warten, dass geliefert wird?

Das Gleiche gilt – ich nenne es jetzt einmal so – für die Blumenkübel. Sind diese auch schon da, oder müssen sie noch bestellt werden? Ist dann damit einhergehend mit Lieferschwierigkeiten zu rechnen? Können Sie uns den Hinweis dazu geben – Sie müssen es nicht lange ausführen –, ob es noch vor den Sommerferien so sein wird, dass das, was Sie hier beschrieben haben, umgesetzt beziehungsweise zu sehen sein wird, oder dauert es noch länger?

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, Ratsherr Kühbacher. – Gibt es weitere Wortmeldungen, bevor wir um die Antwort bitten? – Das ist nicht der Fall. – Herr Beigeordneter Kral, dann bitte ich Sie, noch einmal nach vorn zu kommen. Sie haben das Wort.

Beigeordneter Kral: Genaue Termine kann ich Ihnen an dieser Stelle nicht nennen. Ich versuche es aber noch einmal deutlich zu machen: Bei den Schildern sind wir sozusagen an dem Punkt, wo wir entscheiden müssen, ob wir es bestellen oder selbst machen. Dementsprechend zügig werden wir dann in die Umsetzung kommen. Das ist sicherlich etwas, das auch zeitnah anzupacken ist.

Bei dem Thema der Begrenzungselemente wird sicherlich vorrangig das Thema Blumenkübel geprüft. Das ist ein etwas aufwendigeres Thema, sowohl finanziell als auch bei der Frage der Bestellung und des Beschaffungswesens an der Stelle. Dazu kann ich noch viel weniger als beim ersten Punkt eine kurzfristige Umsetzung in Aussicht stellen. Genaue Zeitpunkte für beide Themen kann ich Ihnen jetzt ad hoc nicht liefern.

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, Herr Kral. – Ich sehe keine weiteren Fragen.

3.5

Anfrage aus aktuellem Anlass der Ratsfraktion Die Linke: Bürgermeister für den Frieden; Messe für den Krieg?

RAT/199/2025

Bürgermeister Hinkel (CDU): Ratsfrau Marmulla, ich bitte Sie, nach vorn zu kommen und die Anfrage zu erläutern.

Ratsfrau Marmulla (Die Linke): Es hatte sich durchaus abgezeichnet, dass die Waffen- und Kriegsmesse in unseren Messehallen tatsächlich durch den Aufsichtsrat genehmigt wird. Darin sehen wir einen Widerspruch zu unserem Bekenntnis zu „Mayors for Peace“, zu der Initiative, die Düsseldorf gefasst hat. Wir sehen darin einen Widerspruch, weil mehr Waffen mehr Krieg bedeuten. Wir sehen einen Widerspruch darin, weil alle 60 Sekunden ein Mensch durch eine Schusswaffe getötet wird.

Bürgermeister Hinkel (CDU): Ratsfrau Marmulla, ich möchte Sie darauf hinweisen, dass Sie keine parteipolitischen Ausführungen in die Anfrage einbauen dürfen. Es tut mir leid.

Ratsfrau Marmulla (Die Linke): Nein.

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Doch, doch!)

Bürgermeister Hinkel (CDU): Stellen Sie die Frage neutral, dann ist es in Ordnung.

Ratsfrau Marmulla (Die Linke): Deshalb komme ich zu den gestellten Fragen, zu dem Zusammenhang zwischen „Mayors for Peace“ und der Kriegswaffen-Messe. – Vielen Dank.

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, Ratsfrau Marmulla. – Herr Stadtdirektor Hintzsche, ich bitte Sie um das Wort. – Bitte schön.

Stadtdirektor Hintzsche: Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Zunächst zur Frage 1: Wie vereinbart die Stadt Düsseldorf das Ziel ihres Netzwerks „Mayors for Peace“, eine Kultur des Friedens zu bewerben, mit der Entscheidung des Aufsichtsrats ihrer Beteiligungsgesellschaft Messe Düsseldorf GmbH vom 22.05.2025, künftig auch Kriegswaffen auszustellen?

Antwort: Die Landeshauptstadt Düsseldorf sieht keinen Widerspruch in der Ausrichtung einer Messe für Wehrtechnik und den Zielen des Netzwerks „Mayors for Peace“. Die Landeshauptstadt Düsseldorf geht davon aus, dass zur Bewahrung des Friedens eine Sicherstellung einer glaubhaften Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland erforderlich ist. In diesem Sinne sind Rüstungsgüter notwendige Produkte, die auch Gegenstand von Messeveranstaltungen sein können.

Zu Frage 2: In welcher Weise wird die Stadt Düsseldorf das Netzwerk „Mayors for Peace“ über die Entscheidung des Aufsichtsrats seiner Beteiligungsgesellschaft Messe Düsseldorf GmbH vom 22.05.2025 informieren, künftig auch Kriegswaffen auszustellen?

Antwort: Eine solche Informationspflicht ist in den Statuten des Netzwerks nicht vorgesehen. Es gibt keinen Anlass für eine solche Information, gerade auch im Hinblick auf die Antwort zu Frage 1.

Zu Frage 3: Wie ist die Erklärung von Messe-Geschäftsführer Wolfram Diener im Anschluss an die Aufsichtsratssitzung zu verstehen, dass auf der Xponential Europe autonome Waffensysteme gezeigt werden, die „der Abwehr militärischer Angriffe“ dienen?

Antwort: Siehe Antwort zu Frage 1.

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, Herr Stadtdirektor. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Danke schön.

3.6

Anfrage aus aktuellem Anlass der Ratsfraktion Die Linke: Neuer Szenetreffpunkt vor dem KAP1: Versagt das Konzept SiBu?

RAT/200/2025

Bürgermeister Hinkel (CDU): Ratsherr Born, ich bitte Sie, nach vorn zu kommen, um die Frage einzuleiten. – Sie haben das Wort.

Ratsherr Born (Die Linke): Vielen Dank, Herr Bürgermeister. – Sehr geehrte Ratsmitglieder! Jetzt haben wir den Salat, kann man fast sagen. Die Szene vor dem Worringer Platz verteilt sich rund um den Hauptbahnhof. Damit ist SiBu zumindest zum jetzigen Zeitpunkt gescheitert.

Es stand sogar in der Zeitung, dass es nach dem Vorbild des Züricher Modells jetzt bahnhofsnahe Einrichtungen zur Versorgung der Drogenabhängigen geben soll. Dazu hätten wir gern nähere Informationen. – Danke.

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, Ratsherr Born. – Frau Beigeordnete Koch, das ist Ihr Beritt. Sie haben das Wort.

Beigeordnete Koch: Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich habe kaum damit gerechnet, dass diese Anfrage noch aufgerufen wird, aber ich freue mich richtig, dass sie noch aufgerufen wurde, weil wir tatsächlich neben der Beantwortung Ihrer konkreten Anfrage Ihnen als Vorbemerkung auch unsere bisherigen Maßnahmen in der Antwort dargestellt haben, und diese können sich sehen lassen.

Wie Sie wissen, hatten wir die Vereinbarung, dass Tabellen hier nicht vorgelesen werden, aber ich glaube, das ist keine Muss-Vereinbarung. Deshalb würde ich Ihnen gern etwas zum Besten geben, damit auch die Öffentlichkeit draußen mitbekommt, dass wir sehr wohl Maßnahmen nicht nur ergriffen haben, sondern dass diese Maßnahmen auch erfolgreich waren.

2023 gab es erste Gespräche, weil uns allen klar war, dass die Pizzeria auf dem Worringer Platz eine Herausforderung darstellt. Im März 2024 ging die niederschwellige Unterbringungs- und Beratungsstelle für obdachlose drogengebrauchende Menschen an der Moskauer Straße an den Start – ein Gemeinschaftsprojekt von verschiedenen Einheiten der Verwaltung, aber insbesondere auch ein Gemeinschaftsprojekt von verschiedenen Trägern der Suchthilfe und Wohnungslosenhilfe.

Im Juni 2024 haben wir das Glashaus, ein Kultur- und Kunstprojekt, das aber tatsächlich höchst beschädigt war, auf dem Worringer Platz abgerissen. Im September 2024 haben wir das Projekt SiBu dann offiziell gestartet mit der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung zwischen der Landeshauptstadt sowie der Bundes- und Landespolizei. Zudem haben wir auch im September 2024 ein neues Integrationsprojekt am Worringer Platz mit dem „Hispi, House of Friends“ eröffnen können. Im Oktober 2024 gab es das erste Mal in jenem House of Friends einen großen Austausch mit Streetwork, Polizei und den Ämtern 32, 53 und 54 zur Bedarfsanalyse.

Die NUB ist im Oktober 2024 in die Markenstraße umgezogen. Wir haben, wie wir das angekündigt haben, die Moskauer Straße aufgegeben, die inzwischen auch abgerissen wurde. Wir haben Streetwork und die sozialen Angebote rund um den Bahnhof erweitert. Ich lese Ihnen jetzt nicht vor, an welchen Einrichtungen wie viele Stunden dazugekommen sind, aber es sind insgesamt 42 Wochenstunden.

Im November 2024 haben OSD und Polizei ihre Präsenz erhöht. Auch das war im Bereich SiBu abgesprochen: zunächst erweiterte Angebote schaffen, dann die Präsenz der Sicherheitskräfte erhöhen.

Im Dezember 2024 sind die Arbeitsgruppen im Rahmen von SiBu zusammengetreten. Wie einige von Ihnen wissen aus unseren Berichterstattungen im OVA und im AGS, gibt es fünf themenspezifische Arbeitsgruppen mit Verwaltung, externen Trägern der Wohnungslosenhilfe, der Suchthilfe, Kultur, was Sie aber alles in der Antwort nachlesen können. Das würde ich Ihnen jetzt nicht vorlesen. Das sind die Arbeitsgruppen Infrastruktur und Stadtgestaltung, die Arbeitsgruppe Kultur, die Arbeitsgruppe Sicherheit und Ordnung, die Arbeitsgruppe Sauberkeit und Licht, die Arbeitsgruppe Suchthilfe, Suchtprävention, Suchtausstieg und Streetwork.

Im Januar 2025 hat dann das Quartiersmanagement seine Arbeit aufgenommen. Zwei Vollzeitäquivalente, die die Diakonie eingestellt hat, sind dort im Januar 2025 mit zwei halben Stellen gestartet, und Mitte März waren dann die zwei Vollzeitäquivalente komplett.

Im Januar 2025 haben wir eine weitere Streetwork-Stelle bei aXept! eingerichtet.

Im Februar 2025 gab es Maßnahmen im Bereich Sauberkeit und Licht. Bei der Pizzeria wurden der Zaun und die Blumenkübel entfernt, und wir haben das Nutzungsverhältnis mit der Pizzeria beendet. Anschließend erfolgte der Abriss.

Im Februar 2025 ist KreativRaum D am Worringer Platz 20 eingezogen. Dies ist ein dezernatsübergreifendes Förderprojekt im Rahmen des Bundesprogramms „Zukunftsfähige Innenstädte“, hier konkret mit der Zielsetzung Reallabor Worringer Platz, um zum Beispiel Leerstand entgegenzuwirken, aber auch Dialogformate mit Kultureinrichtungen, Kreativwirtschaft, der freien Szene oder auch engagierten Anwohnenden zu installieren.

Im Februar 2025 haben auch Polizei und OSD weitere Maßnahmen eingebracht. Das lesen Sie in der Beantwortung.

Im Februar 2025 gab es im Hauptbahnhof selbst erhöhte Präsenz von Bundespolizeistreifen und der DB Sicherheit.

Im Februar 2025 haben wir im KAP1 – dort befindet sich nicht nur die Zentralbibliothek, sondern auch das NRW-Literaturbüro, das FFT und verschiedene Verwaltungseinheiten – das Sicherheitspersonal erhöht und eine zusätzliche WC-Kraft – ich sage das einmal so, weil das wirklich eine wichtige Institution ist – in dem öffentlich nutzbaren WC eingerichtet.

Im Februar 2025 ist der Rückbau der Pizzeria abgeschlossen worden.

Im März 2025 hat der Abbau der Glasbausteinbänke begonnen und der Aufbau von zehn neuen Ersatzbänken.

Im März 2025 hat die Arbeitsgruppe Sucht und so weiter das Konzept für eine weitere niederschwellige Anlaufstelle erarbeitet. Hier konnten wir bereits das Ergebnis ziehen, dass die Maßnahmen auf dem Worringer Platz gewirkt haben. Allen, die in dem Projekt mitarbeiten, war bewusst, dass wir tatsächlich eine Szeneverlagerung bekommen werden. Wer sich aber mit dem Projekt aus Zürich beschäftigt, der weiß, dass genau auch das Inhalt eines Projekts ist. Dieses Projekt ist nämlich, die Szene in Bewegung zu halten.

Im April 2025 sind Rheinbahn-Mitarbeitende durch das Quartiersmanagement sensibilisiert worden, ebenso durch Streetwork, Drogenhilfe und so weiter. Die Beleuchtung am Worringer Platz wurde durch leistungsstärkere Leuchten auf der Karlstraße aktualisiert, und die erhöhten Reinigungsintervalle, die schon seit einiger Zeit am Worringer Platz liefen, sind in Richtung KAP1 verschoben worden. Dazu gab es Reinigungs-, Graffiti und Vegetationsarbeiten rund um den Hauptbahnhof durch die Deutsche Bahn.

Im April 2025 begann die Arbeit zur Vision Kulturmeile, Worringer Platz Kultur. Darin arbeiten die sechs im Quartier ansässigen Kulturrorte: FFT Düsseldorf, Literaturbüro NRW, Zentralbibliothek, das WP8, das Junge Schauspiel und Stadt:Kollektiv aus dem Schauspielhaus sowie das tanzhaus nrw.

Am Worringer Platz 8 entsteht gerade ein Offspace für bildende Kunst durch Marco Fuligni, der einigen bekannt sein dürfte, weil er bereits verschiedene erfolgreiche Projekte in Düsseldorf realisiert hat.

Seit Mai 2025 bietet das Quartiersmanagement ein mobiles Gesprächsformat mit einem Lastenrad- und Kaffeeangebot auf dem Worringer Platz an.

Mai/Juni 2025: Christoph Westermeier – vielen bekannt als Vorstand des Malkastens, aber tatsächlich ein hervorragender Fotokünstler – hat sein Fotoprojekt am Worringer Platz gestartet. In den nächsten Tagen ist eine offizielle Eröffnung.

Tatsächlich ist seit Montag der Streetwork-Bus an der Ecke Karlstraße/Friedrich-Ebert-Straße, um die Szene vom KAP1/Eingang Zentralbibliothek dorthin zu verlagern. Hier haben sich verschiedene Träger zusammengeschlossen, die diesen Bus an fünf Tagen in der Woche betreuen.

Wir haben inzwischen die wissenschaftliche Begleitung des SiBu-Projekts insgesamt vergeben und planen gemeinsam weitere Veranstaltungen, auch der Worringer Weekender und das Westwind-Festival am kommenden Wochenende. Diese Maßnahmen haben sich daraus ergeben, dass wir uns alle gemeinsam diesen Stadtraum, diesen Stadtbezirk insgesamt anschauen. Wir haben jetzt bekanntgegeben, dass wir uns tatsächlich am Züricher Modell auch weiter orientieren wollen, zunächst einmal mit einem gemischtem Team von OSD, den Ämtern 32, 53, Gesundheitsamt, und 54, Amt für Migration und Integration. Diese Teams werden sich im öffentlichen Raum bewegen und alle betroffenen Beteiligten in diesem öffentlichen Raum mit ihren Anliegen wahrnehmen.

Für den 27.6.2025 ist eine Informationsveranstaltung für alle Anwohnenden, Gewerbetreibenden und Interessierten am Projekt SiBu mit allen fünf Arbeitsgruppen geplant.

Vor diesem Hintergrund beantworte ich die Anfrage der Linken wie folgt: Welche Komponenten des Konzepts „Sicherheit im Bahnhofsumfeld“ haben nach Ansicht der Verwaltung zur berichteten Verlagerung der Mischszene von Wohnungslosen und Suchtkranken zum KAP1 beigetragen?

Antwort: Eine einzelne konkrete Maßnahme des Konzepts „Sicherheit im Bahnhofsumfeld“ lässt sich nicht als alleiniger Auslöser der Verlagerung benennen. Die Maßnahmen zielten darauf ab, eine räumliche Entzerrung herbeizuführen, da der Worringer Platz in der bisherigen Form überfordert war. Auf entsprechende Entwicklungen wird situativ und kurzfristig reagiert, etwa durch eine verstärkte Präsenz von Hilfsangeboten vor Ort, Erweiterungen dieser und der weiteren Suche nach Alternativflächen.

Frage 2: Welche Anpassungen erwägt die Stadtverwaltung als Konsequenz aus dieser Entwicklung für ihr Konzept „Sicherheit im Bahnhofsumfeld“, beispielsweise Nachbesserung von Angeboten, Senkung des Verdrängungsdrucks?

Antwort: Eine grundsätzliche Anpassung des Konzepts „Sicherheit im Bahnhofsumfeld“ ist derzeit nicht vorgesehen. Auf Veränderungen im Stadtbild wird situativ und lageangepasst reagiert. Die Arbeitsgruppen arbeiten weiterhin an dem von Anfang an geplanten Zielen des Projektes, welches zunächst bis zum Sommer 2026 angesetzt ist.

Frage 3: Wird die Stadtverwaltung nun auf fiftyfifty, Drogenhilfe, aXept!, Armenküche und andere Akteure zugehen, die zuvor Gesprächsbedarf mit der Stadt hinsichtlich Entzerrung der Situation der Szene im Bahnhofsumfeld geäußert hatten?

Antwort: Die Stadtverwaltung steht in kontinuierlichem und fortlaufendem Austausch mit den genannten Trägern der Obdachlosen- und Suchthilfe, um Entwicklungen im Bahnhofsbereich gemeinsam zu begleiten und bedarfsgerechte Unterstützungsangebote zu ermöglichen.

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, Frau Beigeordnete Koch, für die umfängliche Antwort. – Es gibt dennoch eine Nachfrage. Frau Bezirksbürgermeisterin Klinke, kommen Sie bitte gern nach vorn, um Ihre Nachfrage zu stellen. – Sie haben das Wort.

Ratsfrau Klinke (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Bürgermeister, herzlichen Dank. – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Werte Frau Koch, meine Anfrage bezieht sich auf Folgendes: Wir arbeiten in der BV1 fraktionsübergreifend schon sehr lange zu diesem Thema, haben dazu auch Arbeitsgruppen gebildet und hatten damals die Idee, dass wir bei allen Tagesstätten und aller Ausdehnung der Möglichkeiten dort auch einen Raum brauchen, in dem sich die Menschen unter freiem Himmel in Bahnhofsnähe treffen können, ohne dass dies zu Ärgernissen führt. Insofern wäre meine erste Frage: Wird diese Idee weiterverfolgt?

Die zweite Frage ist: In welchem der Module werden zumindest die beiden BVen, nämlich die BV 1 und die BV 3, einbezogen? – Sie haben eben ein Datum genannt, das ich mir so schnell nicht gemerkt habe. Sind wir mit eingeplant? Denn uns erreichen im Moment sehr viele E-Mails von aufgeregten oder besorgten – „besorgt“ ist das bessere Wort – Vätern, die ihre Kinder nicht mehr zur Zentralbibliothek gehen lassen. – Vielen Dank.

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, Frau Bezirksbürgermeisterin Klinke. – Gibt es weitere Fragen? – Das ist nicht der Fall. – Frau Beigeordnete Koch, Sie haben das Wort.

Beigeordnete Koch: Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal zur Frage nach der Aufenthaltsfläche: Ich hatte Ihnen schon gesagt, dass das Konzept für diese Aufenthalts- und Beratungsstelle bereits in der Arbeitsgruppe finalisiert worden ist. Wir sind als Verwaltung oder alle gemeinsam auf der Suche nach einer solchen Fläche. Sie können sich vorstellen, dass sich das nicht besonders einfach darstellt. Wir haben verschiedene Standorte in der Prüfung und sind nach wie vor der Auffassung, dass wir schon sehr bald auch eine konkrete Fläche benennen können, auf der wir dann dieses neue Konzept wiederum umsetzen werden.

Zu der Frage der Information der BVen: Das SiBu-Team hat bereits alle BVen schon einmal durchlaufen und dort über alle Maßnahmen, die wir ergriffen haben, informiert. Genauso, wie wir regelmäßig weiter im OVA und im AGS berichten, wird das SiBu-Team auch weiter in den BVen berichten.

Zu einer Informationsveranstaltung – das Datum ist tatsächlich im Moment geplant – am 27. Juni werden natürlich alle eingeladen, die an dem Thema gern mitarbeiten wollen oder Informationen benötigen.

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, Frau Beigeordnete Koch. – Es gibt eine weitere Nachfrage. – Ratsherr Rohloff, kommen Sie bitte nach vorn. Als Nächster folgt Ratsherr Born. – Sie haben das Wort.

Ratsherr Rohloff (FDP): Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für Ihre Aufzählung, Frau Beigeordnete, die sehr vielfältig war, aber – wenn man darauf achtet – eigentlich mit dem Projektstart des Projektes SiBu im September letzten Jahres beginnt. Seitdem ist dort ein Stück weit ein Aktionismus ausgebrochen, so verschärft sich der Eindruck, ohne dass – wie es gerade ausgeführt wurde – man wirklich eine Fläche dann auch für diejenigen hat, die vorher am Worringer Platz waren und die man mit verschiedenen Maßnahmen ein Stück weit dort auch vertrieben hat. Ich weiß nicht, was man sich dort überlegt hat, ob die sich in Luft auflösen

sollen. Wenn man keine Fläche und kein Alternativangebot hat, ist es eigentlich logisch, dass sie dann verdrängt werden.

Ich erlaube mir, Ratsfrau Klinke – Sie sind gerade im Gespräch –, auch noch einmal daran zu erinnern, dass wir als FDP-Fraktion bereits vor drei Jahren, am 10.03.2022 – das war noch unter Corona in der Mitsubishi Electric Halle –, einen Antrag zur offenen Alkohol- und Drogenszene am Worringer Platz zum Bremer Modell gestellt hatten, der mehrheitlich abgelehnt wurde.

Bürgermeister Hinkel (CDU): Ratsherr Rohloff, Sie müssen eine Frage stellen, und zwar möglichst eine, –

Ratsherr Rohloff (FDP): Ja, ich möchte das einführen. Darauf die Frage, –

Bürgermeister Hinkel (CDU): – weil wir noch eine weitere Wortmeldung haben.

Ratsherr Rohloff (FDP): – die ich jetzt stelle.

Bürgermeister Hinkel (CDU): Bitte.

Ratsherr Rohloff (FDP): War für das, was man am Worringer Platz gemacht hat, vielleicht dann doch etwas wenig Planung letztlich da, dieser kurze Zeitraum seit September 2024? Hätte man das früher planen müssen, um auch eine geeignete Fläche zu finden? Wäre es im Rückblick vielleicht nicht doch gut gewesen, sich schon vor drei Jahren auch mit dem Bremer Modell zu beschäftigen, um das koordiniert und in einer Konzeption entsprechend vorzubereiten? – Das wäre die Frage.

Bürgermeister Hinkel (CDU): Da habe ich fast schon zwei Fragen gehört. – Frau Koch, ich bitte um die Beantwortung. – Vier Fragen sind nämlich zulässig, und Ratsherr Born würde eigentlich gern noch sprechen.

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Das ist leider vorbei! Es waren schon drei Fragen von Ratsherrn Rohloff!)

Beigeordnete Koch: Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Es ist ein komplexes Thema. Ich glaube, das wissen alle, die an diesem Thema schon lange arbeiten. Im Prinzip kann man es, glaube ich, niemandem hundertprozentig recht machen. Wir haben uns als Verwaltung lange anhören müssen, dass wir überhaupt nicht tätig sind. Jetzt sind wir tätig, aber das ist auch nicht recht.

Ganz ehrlich – und ich weiß, dass ich jetzt hier auf dünnem Eis unterwegs bin –, wir haben im Moment eine komplette Zustimmung aus dem Bereich soziale Beratung, Streetwork, Drogenhilfe und Wohnungslosenhilfe. Wenn Sie als Politik ein bisschen verärgert sind, dann – so muss ich es ganz ehrlich sagen – halte ich das sehr gern aus.

Zur konkreten Frage: Das Züricher Modell ist unter den Städten, die von dieser neuen Problematik vor allem betroffen sind, die insbesondere durch den Zustrom von Crack in den Städten Frankfurt, Hannover und Hamburg dazu geführt hat, dass die Städte noch einmal mehr massiv unter Druck geraten sind – da können Sie alle Expertinnen und Experten fragen –, dasjenige, wovon sich im Moment alle am meisten versprechen, die Lage wirklich in den Griff zu bekommen.

Bürgermeister Hinkel (CDU): Frau Beigeordnete Koch, herzlichen Dank, dass Sie eine Antwort daraus gemacht haben, damit Ratsherr Born die vierte Zusatzfrage stellen kann. – Sie haben das Wort.

Ratsherr Born (Die Linke): Schönen Dank – auch Ihnen, Frau Koch, für Ihre Erläuterungen. – Ich möchte aber noch einmal auf die Debatten in der Vergangenheit eingehen. Es gab immer proaktive Angebote. Eines dieser Angebote oder Vorschläge war

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Sie müssen eine Frage stellen!)

– ja, sofort –, das Drogenhilfezentrum könnte mehr Fläche und mehr Personal gebrauchen und dadurch auch mehr Menschen helfen. Spielt es in Ihren Überlegungen eine Rolle, dass das Drogenhilfezentrum weitere Kapazitäten bekommt?

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herr Beigeordneter Zaum, Sie haben das Wort.

Beigeordneter Zaum: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Herzlichen Dank, liebe Miriam, dass du hier tatsächlich schon das Gros der Fragen beantwortet hast. – Ganz kurz: Ja.

Bürgermeister Hinkel (CDU): Das war eine sehr klare Antwort. Herzlichen Dank. – Die Zeit für die aktuellen Anfragen ist abgelaufen.

4

Anfragen

4.1

Anfrage der SPD-Ratsfraktion: Altstadtpflaster

RAT/143/2025

Bürgermeister Hinkel (CDU): Möchte die SPD-Ratsfraktion einbringen? – Ratsherr Raub, kommen Sie bitte nach vorn. Sie haben das Wort.

Ratsherr Raub (SPD): Vielen Dank, Herr Bürgermeister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Altstadtpflaster – mal wieder, diesmal aber nicht zum Thema Sauberkeit, sondern zum Thema Zustand.

Wer in den letzten Wochen und Monaten durch die Stadt ging – damit meine ich nicht nur die Altstadt –, wird eine erhebliche Zunahme von Beschädigungen insbesondere an Bürgersteigflächen festgestellt haben. Derjenige, der die entsprechende App nutzt, kann fast täglich eine Meldung absetzen, was ich übrigens auch tue. In diesem Zusammenhang kann ich sagen: Dies wird in der Regel relativ schnell bearbeitet. Insofern ist das schon einmal positiv.

Nicht positiv ist allerdings der Zustand des Altstadtpfisters. Wir haben erhebliche Beschädigungen in den vergangenen Wochen und Monaten festgestellt und auch immer wieder dokumentiert. Deshalb bitten wir die Verwaltung mit unserer Anfrage, zu dieser Situation Stellung zu nehmen und insbesondere zu der Frage, wie es denn nun weitergehen soll. – Danke schön.

(Beifall von der SPD)

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, Ratsherr Raub. – Ich bitte Herrn Beigeordneten Kral, für die Beantwortung der Anfragen zu uns nach vorn zu kommen. – Herr Beigeordneter Kral, Sie haben das Wort.

Beigeordneter Kral: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich versuche, die Frage kurz zu beantworten.

Frage 1: Wie und welche Schäden und Mängel werden von der Verwaltung bei den Begehungen des Altstadtpfisters dokumentiert, und an welchen Stellen in der Altstadt ist das Altstadtpflaster besonders beschädigt?

Antwort: Grundsätzlich werden vom zuständigen Kontrollgänger alle bei der Begehung erkannten Schäden an dem Altstadtpflaster dokumentiert und die notwendigen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit veranlasst. Besonders oft werden Schäden in folgenden Bereichen festgestellt: Bolker Straße – von Marktplatz bis Kapuziner Gasse –, Hunsrückenstraße –

von Andreasstraße bis Bolker Straße –, Kay-und-Lore-Lorentz-Platz, Neustraße – von Bolker Straße bis Mutter-Ey-Straße –, Berger Straße, Flinger Straße – von Mittelstraße bis Hunsrückenstraße.

Frage 2: Sind die erforderlichen Mittel zur Verbesserung des Altstadtpflasters mittlerweile zu verwenden, und wie viele Mittel sind dieses Jahr bereits verplant und/oder verausgabt worden?

Antwort: Die für das Jahr 2025 zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 400.000 Euro stehen zur Verfügung. Für 2025 sind diese komplett verplant, bisher aber noch nicht verausgabt.

Frage 3: Welche Ergebnisse haben die Gespräche mit den Interessensgruppen wie Altstadtgemeinschaft, Geschäftsleuten und so weiter gebracht, und wann wurden diese Gespräche geführt?

Antwort: Die Gespräche mit der Altstadtgemeinschaft finden vor Beginn der für das Jahr 2025 geplanten Sanierungsarbeiten statt. – Danke schön.

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, Herr Beigeordneter Kral. – Zunächst erhält Ratsherr Raub für die anfragestellende Fraktion das Wort. – Ratsherr Raub, Sie haben das Wort.

Ratsherr Raub (SPD): Vielen Dank, Herr Bürgermeister. – Vielen Dank, Herr Kral, für die Beantwortung der Fragen. Ich kann es Ihnen leider trotzdem nicht ersparen, eine Zusatzfrage stellen zu müssen. Zunächst einmal freuen wir uns natürlich, dass die zur Verfügung gestellten Mittel auch zur Verfügung stehen. Das finde ich super. Die eigentliche Frage bezieht sich allerdings auf die Sanierungsmaßnahmen, die Sie in der Antwort auf Frage 3 erwähnt haben. Welcher Art sollen diese sein, und sind insbesondere irgendwelche Erkenntnisse aus den sogenannten Testflächen, die wir am Anfang der Bolker Straße schon seit einigen Jahren dort liegen haben, ohne zu wissen, wie es da weitergeht, bekannt, die bei der von Ihnen erwähnten Sanierung einfließen werden?

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, Ratsherr Raub. – Die zweite Nachfrage wird von Ratsherrn Montanus gestellt. – Ratsherr Montanus, Sie haben das Wort.

Ratsherr Montanus (FDP): Vielen Dank, Herr Bürgermeister. – Herr Kral, vielen Dank für die Antworten. Ich bin dankbar, dass diese Frage von Ratsherrn Raub beziehungsweise von der SPD gestellt worden ist; denn wir haben es in der Altstadt teilweise mit einem Flickwerk zu tun.

In diese Richtung geht auch meine Frage: Wenn ich vor das Carsch-Haus gehe, ist die Pflasterung teilweise nicht zu Ende geführt worden. Es gibt ehemalige Straßenbahnschienen, die noch immer dort verlaufen. Ist angedacht, irgendetwas dagegen zu tun, etwas zu unternehmen? Zudem interessiert mich: Was hat das Flickwerk bisher im Augenblick an Kosten verursacht? – Danke.

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, Ratsherr Montanus. – Die nächste Wortmeldung kommt von Ratsfrau Lehmann. – Ratsfrau Lehmann, Sie haben das Wort.

Ratsfrau Lehmann (Die Linke): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörende! Für uns gehört das Rheinufer auch zur Altstadt und zum Altstadtpflaster. Wir beobachten seit Längerem, dass dort Schwerlastverkehr unterwegs ist und die Qualität extrem gelitten hat. Haben Sie das auf dem Schirm? Was passiert dort?

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, Ratsfrau Lehmann. – Gibt es weitere Wortmeldungen, bevor wir den Herrn Beigeordneten um die Beantwortung bitten? – Herr Kral, ich bitte Sie, noch einmal zu uns nach vorn zu kommen und höchstpersönlich die Fragen zu beantworten. Sie haben das Wort.

Beigeordneter Kral: Es wurde gefragt, welche Erfahrungen wir aus dieser Testphase gezogen haben. Es gibt eine Beschlusslage, die einen bestimmten Verlegetyp des Betonsteins als denjenigen identifiziert hat, wo wir einen flächenhaften Austausch machen. Das hat sich bestätigt.

Das, was sich nicht bestätigt hat, ist der Natursteintyp, den wir gewählt haben, um Kreuzungspunkte abzuarbeiten, da sich dieser wieder etwas herauslöst. Das heißt, wir müssen an den Kreuzungspunkten neue Lösungen entwickeln. Dazu werden wir einen Vorschlag erarbeiten und diesen zur Beschlussfassung geben, aber wahrscheinlich erst im nächsten Jahr.

So arbeiten wir die Ergebnisse auf. Wir werden teilweise wirklich flächenhaften Austausch von ganzen Abschnitten vornehmen müssen, und an anderen Stellen werden wir aber einfach nur Rinnen sanieren. Das wird je nach Situation stattfinden. Eine Rinne ist in der Flinger Straße. Die Situation dort ist bekannt: Diese Straße ist nicht so belastet wie die gastronomiegeprägten Straßen, weshalb man dort auch kleinteiliger vorgehen kann als an anderen Stellen.

Dann war noch gefragt worden, wie wir mit der Situation rund um das Carsch-Haus umgehen. Es dürfte bekannt sein, dass im Rahmen der Realisierung des Projektes Heinrich-Heine-Platz vorgesehen ist, das um das Carsch-Haus herum zu machen. Wenn Sie den Bolker Stern ansprechen, dann ist das nicht exakt das Carsch-Haus, aber natürlich ein Bereich, der noch durch die alten Schienen geprägt ist. Da ist die Reihenfolge ursprünglich gewesen: Heinrich-Heine-Platz, dann die Mühlenstraße und dann dieser Bereich. Wir bleiben auch dabei, dass diese beiden Maßnahmen prioritär sind. Wir werden das Thema Mühlenstraße in nächster Zeit auch zu Ihnen bringen, und dann werden wir uns als Letztes den Bolker Stern vornehmen. Wir bleiben bei dieser Vorgehensweise.

Zu den Kosten kann ich Ihnen nicht viel sagen, weil sie im Prinzip durch unseren Baubetriebshof im Bereich Straßenbau regelmäßig abgearbeitet werden. Das heißt, wir haben sehr viele eigene Personalkosten, die darin stecken und die natürlich nicht über eine gesonderte Kostenrechnung dargestellt werden. Insbesondere habe ich diese hier auch nicht parat.

Dann war die letzte Frage von Ihnen, Ratsfrau Lehmann, gewesen, wie es am Rheinufer aussieht. Dort ist es so, dass wir jetzt im Rahmen der Radleitroute ein bisschen darauf schauen, wie die Qualität des Radweges sich entwickelt. Dort gibt es einige Stellen, bei denen Vertiefungen sind. Diese wollen wir jetzt anpacken und sanieren, aber wir haben noch keinen grundsätzlichen Blick auf das Rheinufer. – Danke schön.

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, Herr Beigeordneter Kral. – Es gab eine vierte Zusatzfrage. – Ratsfrau Lehmhaus, bitte, Sie haben direkt das Wort.

Ratsfrau Lehmhaus (FDP): Vielen Dank, Herr Bürgermeister. – Herr Kral, diese Verwerfungen im Pflaster führen auch zu Unfällen. Zumindest bekommen wir das als Politik immer wieder gespiegelt. Meine konkrete Frage ist jetzt: Sind Ihnen Unfälle bekannt? Sind sie gemeldet? Inwieweit ist die Stadt Düsseldorf regresspflichtig gemacht worden?

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank für diese vierte Zusatzfrage. – Herr Kral, Sie haben das Wort.

Beigeordneter Kral: Dadurch, dass die Altstadt in deutlich kürzeren Zeitrhythmen als im sonstigen Stadtgebiet regelmäßig begangen wird, haben wir eine sehr genaue Übersicht über die bauliche Situation. An den Stellen, wo der Höhenunterschied zwischen zwei Pflastersteinen so hoch ist, dass er verkehrsgefährdend werden könnte, gehen wir hinaus und sanieren diesen kleinen Ort, an dem er sich befindet. Es werden immer zwei oder drei Steine herausgenommen und der Höhenunterschied herausgearbeitet, sodass wir permanent eine Verkehrssicherheit in diesem Bereich haben. Aufgrund dieser Verkehrssicherheit gibt es auch keine erfolgversprechenden Beschwerden.

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, Herr Beigeordneter Kral.

4.2

Anfrage der Ratsgruppe Tierschutz/Freie Wähler: Negative Entwicklung auf dem Düsseldorfer Arbeitsmarkt

RAT/144/2025

Bürgermeister Hinkel (CDU): Direkt die Beantwortung. – Herr Stadtdirektor Hintzsche, ich bitte Sie, zu uns nach vorn zu schreiten. Sie haben das Wort.

Stadtdirektor Hintzsche: Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Zu Frage 1: Unter Berücksichtigung der aktuellen Ausgabe des Reports der Agentur für Arbeit Düsseldorf fragen wir: Welche unterstützenden Maßnahmen hat die Stadt Düsseldorf seit Januar 2024 konkret unternommen, um den negativen Entwicklungen auf dem Düsseldorfer Arbeitsmarkt wirksam zu begegnen?

Antwort: Die Stadt Düsseldorf kommt ihrer Verantwortung für den Düsseldorfer Arbeitsmarkt und der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit konsequent nach. Bereits 2014 wurde per Ratsbeschluss die Kommunale Beschäftigungsförderung ins Leben gerufen und fortlaufend mit einem Volumen von 2,2 Millionen Euro ausgestattet. Seitdem werden verschiedene Projekte und Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit entwickelt, umgesetzt und aktualisiert.

Ein herausragendes Beispiel sind die fünf „i-Punkt Arbeit“-Beratungsstellen, die über das Stadtgebiet verteilt angesiedelt sind. Dort werden kostenlose, niedrigschwellige und sanktionsfreie Beratungsangebote für arbeitslose und arbeitssuchende Menschen bereitgehalten. Kooperationspartner sind die Arbeiterwohlfahrt, das Berufsbildungszentrum gGmbH für Wersten/Holhausen und Garath, der Caritasverband Düsseldorf e. V. für Oberbilk/Flingern, die redatec GmbH für Eller/Hassels Nord und die Zukunftswerkstatt Düsseldorf GmbH für Rath/Mörsenbroich. Die Finanzierung der „i-Punkt Arbeit“-Standorte erfolgt gemeinsam mit dem Jobcenter.

Seit Einrichtung der „i-Punkt Arbeit“ ist die Zahl der Ratsuchenden stetig gestiegen. Während 2020 noch 714 Neuaufnahmen in das Beratungssetting verzeichnet wurden, erhöhte sich die Zahl bis 2024 auf 1.721 Neuaufnahmen. Addiert man zu den abgeschlossenen Beratungen – das sind 1.599 Fälle – noch die laufenden Fälle hinzu, beträgt im Jahr 2024 die Gesamtzahl der Beratungen 2.648 Fälle.

Die Arbeit der sogenannten Arbeitsmarktlotsen und Arbeitsmarktlotsinnen an den Standorten geht weit über die reine Vermittlung von Arbeitsplätzen hinaus. Arbeitssuchenden wird ganz konkret über bürokratische Hürden hinweggeholfen, sie werden unterstützt bei der persönlichen, gegebenenfalls alternativen Perspektivenplanung, bei der Erstellung von Bewerbungsunterlagen, der Anerkennung ausländischer Abschlüsse oder der Prüfung finanzieller Fördermöglichkeiten. Grundlage ist dabei ein ganzheitlicher Ansatz, der die spezifischen Lebensumstände von arbeitslosen Menschen mit in den Blick nimmt. Die gute Kooperation und der regelmäßige Austausch mit dem Jobcenter Düsseldorf unterstützen das Erreichen dieser Ziele.

Im Jahr 2024 konnten von 1.599 abgeschlossenen Fällen 410 Einmündungen in den ersten Arbeitsmarkt verzeichnet werden. Mit weiteren 753 Personen konnten ganz konkrete Schritte erarbeitet werden – mit dem Ziel, ebenfalls in den ersten Arbeitsmarkt einzumünden. Damit lag die Integrations- und Aktivierungsquote für diesen Personenkreis bei 73 Prozent. Das ist eine erstaunlich große Quote, wenn man den Personenkreis kennt.

Neben den Maßnahmen der Kommunalen Beschäftigungsförderung verfolgt auch das Jobcenter Düsseldorf zur aktiven Bekämpfung eine Vielzahl gezielter Maßnahmen, um Menschen mit Unterstützungsbedarf nachhaltig in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Negative Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt haben unterschiedliche Ursachen, für welche ein Zusammenwirken verschiedener Akteure erforderlich ist, um diesen wirksam entgegenzutreten.

Die Angebote des Jobcenters Düsseldorf für den Personenkreis der SGB-II-Leistungen beziehenden Menschen in Düsseldorf – das sind rund 37.700 erwerbsfähige Leistungsberechtigte – lassen sich grob nach den folgenden Zielen clustern: direkte Integration in Arbeit auch für unter 25-Jährige, Qualifizierung/Berufsausbildung auch für unter 25-Jährige, die Aktivierung und Heranführung auch für unter 25-Jährige und die öffentlich geförderte Beschäftigung, allerdings nur für den Personenkreis der über 25-Jährigen. Hierfür bildet das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm, welches jedes Jahr bedarfsorientiert erstellt und durch die Trägerversammlung beschlossen wird, die grundlegende Basis.

Die Angebote des Jobcenters Düsseldorf umfassten im Jahr 2024 insgesamt rund 8.000 Fördermöglichkeiten, die so konzipiert sind, dass sie eine bedarfsgerechte und passgenaue Abdeckung der Kunden- wie auch der Arbeitsmarktbearfde sicherstellen können. Die Angebote beziehen sich auf alle Kundengruppen und sind sehr marktnah bis extrem marktfern.

Im Sinne des Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramms wird eng mit lokalen Sozialverbänden, Bildungsträgern und Unternehmen zusammengearbeitet, um zielgerichtete Unterstützungsangebote zu realisieren. So leistete das Jobcenter einen bedeutenden Beitrag beispielsweise im Rahmen von diversen Jobmessen mit wechselndem Fokus der jeweiligen Zielgruppen, unter anderem bei der Handwerkskammer Düsseldorf und bei der IHK Düsseldorf sowie beim Pflgetalk.

Hinzu kommen noch die weiteren Angebote der Landeshauptstadt Düsseldorf nach § 16a SGB II, wie Schuldnerberatung, Suchtberatung, psychosoziale Unterstützung, Beratung pflegender Angehöriger und die Unterstützung mit Betreuungsplätzen für Kinder über den i-Punkt Familie. Das Angebot ist auskömmlich, sehr kundenfreundlich mit kurzen Wartezeiten und wirksam.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich kann Ihre Unruhe gut verstehen. Das Problem bei dieser Art von Anfragen ist nur: Wenn wir eine kurze Antwort geben, dann wird man uns vorwerfen, dass wir nichts tun. Deshalb gibt es hier eine lange Antwort. Das ist schlicht und ergreifend dem Fragekomplex geschuldet. Ich bitte um Entschuldigung.

(Vereinzelt Beifall von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und SPD)

Sprach- und Berufssprachkurse werden über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge angeboten und finanziert. Für Düsseldorf besteht ein auskömmliches Angebot.

Weiterhin wirkt die Stadt im „Runden Tisch für Arbeit“ mit. Hier haben sich die Spitzenvertreter der IHK, der Handwerkskammer, der Arbeitsagentur, des Jobcenters, des Verbands freier Berufe NRW e. V., des DGB Region Düsseldorf-Bergisch Land, der Unternehmerschaft Düsseldorf und Umgebung e. V. und der Landeshauptstadt Düsseldorf zusammengeschlossen, um ausgewählte Personengruppen durch gezielte Aktionen in Beschäftigung zu bringen. Am Beispiel der Gruppe der arbeitslosen Alleinerziehenden sollen die Chancen aus dem hohen Arbeits- und Fachkräftebedarf der Wirtschaft, der guten Situation der Kinderbetreuungsangebote durch die Landeshauptstadt Düsseldorf und der oft guten Motivations- und Qualifikationslage der betroffenen Menschen zusammengebracht werden.

Darüber hinaus ist die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wesentlich geprägt durch makroökonomische Rahmenbedingungen, deren Ursachen vielfach außerhalb der kommunalen Steuerungshoheit liegen. Die nachfolgend aufgeführten Maßnahmen sind Teil eines umfassenden Ansatzes zur Unterstützung des lokalen Arbeitsmarktes, der auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die Stärkung unternehmerischer Stabilität und die gezielte Förderung wachstumsrelevanter Branchen abzielt.

Vor diesem Hintergrund wurden seit Januar 2024 durch die Wirtschaftsförderung folgende Maßnahmen umgesetzt beziehungsweise fortgeführt:

Förderung von Innovation und technologieorientierten Gründungen; die Weiterführung und der Ausbau von Unterstützungsangeboten innerhalb des Düsseldorfer Startup-Ökosystems, unter anderem über die Kooperationen mit dem digihub Düsseldorf/Rheinland, dem TechHub.K67, dem städtisch ausgerichteten Wettbewerb Next Award Düsseldorf sowie dem ERGO ScaleHub. Diese Strukturen unterstützen wachstumsstarke Gründungen, schaffen neue Arbeitsplätze und fördern den Strukturwandel vor Ort.

Hinzu kommt die individuelle Unternehmensbetreuung: Begleitung von Unternehmen mit Sitz in Düsseldorf bei Standortentscheidungen, Fachkräftesicherung, Transformation im Zuge von Digitalisierung oder Energiewende sowie Beratung bei diversen Fragen, wie beispielsweise zur Beschäftigungssicherung.

Internationale Standortvermarktung und Akquise: Der International Business Service der Wirtschaftsförderung ist regelmäßig weltweit auf Delegationsreisen, Businessveranstaltungen und internationalen Leitmessen präsent, um Investoren, Unternehmen und Entscheidungsträger auf den Standort Düsseldorf aufmerksam zu machen. Ziel ist es, Betriebsansiedlungen zu initiieren und damit neue Arbeitsplätze zu schaffen. Darüber hinaus wird aktiv daran gearbeitet, zukunftsweisende Messeformate nach Düsseldorf zu holen, um wirtschaftliche Impulse in strategisch relevanten Branchen zu setzen.

Die Förderung von Netzwerken und Wissenstransfer: Unterstützung des Austauschs zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Forschungseinrichtungen mit dem Ziel, Innovationsprozesse zu beschleunigen, Kooperationen anzustoßen und neue Beschäftigungsfelder zu erschließen.

Fachkräftesicherung – lokal und international: Im Sinne einer integrierten Fachkräftestrategie unterstützt die Wirtschaftsförderung sowohl Maßnahmen zur Aktivierung des lokalen Arbeitskräftepotenzials, etwa über die Beratung zur Ansprache potenzieller Arbeitskräfte vor Ort, als auch Angebote zur gezielten Rekrutierung internationaler Fachkräfte. In diesem Zusammenhang steht mit dem Expat Service Desk Düsseldorf eine Anlaufstelle zur Verfügung, die bei aufenthalts-, arbeits- und integrationsbezogenen Fragen unterstützt. Dies stärkt den Standort insbesondere in stark spezialisierten Berufsfeldern.

Die Antworten auf die folgenden Fragen werden etwas kürzer.

Ich komme zu Frage 2: Welche weiteren konkreten Maßnahmen hat die Stadt Düsseldorf für die nächsten Monate bereits beauftragt/beschlossen?

Antwort: Auch für das Jahr 2025 wird das Angebot – wie unter Frage 1 beschrieben – fortgesetzt. Geplant werden rund 7.100 Fördermöglichkeiten zuzüglich rund 1.300 Förderungen der beruflichen Fort- und Weiterbildung in der Kostenträgerschaft des SGB III, also der Agentur für Arbeit, in Summe also rund 8.400 Fördermöglichkeiten, welche sich grob in die Überschriften „Integration“, „Qualifizierung“, „Aktivierung“ sowie „öffentlich geförderte Beschäftigung“ einteilen lassen. Die Angebote nach § 16a der Landeshauptstadt Düsseldorf und die Sprachförderangebote des BAMF kommen hinzu.

Für die kommenden Monate sind durch die Wirtschaftsförderung der Landeshauptstadt Düsseldorf unter anderem folgende Aktivitäten zur Sicherung von Beschäftigung, Stärkung des Wirtschaftsstandortes und gezielten Reaktion auf strukturelle Arbeitsmarktveränderungen vorgesehen:

Durchführung internationaler Akquisetätigkeiten: Delegationsreisen und Messeauftritte in strategisch relevanten Auslandsmärkten durch den International Business Service – mit dem Ziel, Unternehmensansiedlungen in Düsseldorf anzustoßen und nachhaltige Investitionen zu generieren.

Stärkung des Innovationsökosystems: Durchführung von Angeboten für Start-ups, beispielsweise Startup Week vom 8. bis 12. September 2025, und technologieorientierte Unternehmen sowie

thematische Weiterentwicklung gemeinsamer Formate mit Akteuren wie dem digihub, dem TechHub.K67 oder dem ERGO ScaleHub.

Vertiefung der Fachkräfteaktivitäten: Weiterführung der Unterstützungsangebote für Düsseldorfer Unternehmen bei der Fachkräftesicherung, einschließlich Vermittlung relevanter Netzwerkakteure sowie Stärkung der Willkommenskultur über den Expat Service Desk Düsseldorf.

Branchenorientierte Entwicklungsperspektiven: Fortführung von Netzwerk- und Kooperationsformaten, insbesondere in den Bereichen LifeScience und Gesundheitswirtschaft, Künstliche Intelligenz und ITK sowie GreenTech zur Identifikation von Wachstumschancen und Qualifizierungsbedarfen.

Ich habe darauf verzichtet, die Leistungen der Stadt Düsseldorf als Arbeitgeber darzustellen. Das würde ansonsten den Rahmen der heutigen Sitzung sprengen.

Zu Frage 3: Unter Berücksichtigung des oben genannten aktuellen Reports der Agentur für Arbeit Düsseldorf und der Weltwirtschaftslage, zum Beispiel Ukraine-Krieg, Zölle aus den USA, Koalitionsvertrag für Deutschland et cetera, fragen wir: Welche Auswirkungen hat dies gemäß der Fachkenntnis der Kämmerei auf die Finanzlage (Einnahmen/Ausgaben) der Gesamtstadt Düsseldorf 2025 bis 2029?

Antwort: Nach aktuellem Erkenntnisstand können noch keine konkreten Auswirkungen auf den Gesamthaushalt der Stadt Düsseldorf für den Zeitraum von 2025 bis 2029 benannt werden. Grundsätzlich können niedrigere Besetzungsquoten zu einer verminderten Wirtschaftsleistung der betroffenen Unternehmen beitragen, was sich zeitverzögert auch in niedrigeren Umsätzen/Gewinnen und damit niedrigeren Steuerzahlungen widerspiegeln kann. Gleichzeitig können die niedrigeren Besetzungsquoten in Unternehmen dazu führen, dass Investitionen der Stadt Düsseldorf nur verzögert umgesetzt werden, was wiederum zu Preissteigerungen führen könnte. Da jedoch nicht absehbar ist, welche Unternehmen konkret betroffen sind, kann keine verlässliche Prognose für die Auswirkungen auf die Finanzlage der Stadt Düsseldorf gegeben werden. Gleichzeitig kann eine niedrige Einstellungsquote bei den privaten Unternehmen dazu führen, dass die Stadt Düsseldorf selbst als Arbeitgeberin bei potenziellen Bewerbenden in den Fokus rückt, wodurch die Rekrutierungschancen der Stadt Düsseldorf steigen könnten. – Vielen Dank.

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, Herr Stadtdirektor Hintzsche, für die umfängliche Beantwortung. – Ich sehe auch von der anfragstellenden Fraktion keine weiteren Fragen.

4.3

Anfrage der Ratsgruppe Tierschutz/Freie Wähler: Situation von Straßen – hier exemplarisch Roßstraße 62 bis 103 – für Fahrradfahrer und Fahrradfahrerinnen
RAT/145/2025

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herr Beigeordneter Kral, Sie haben das Wort.

Beigeordneter Kral: Frage 1 lautet: Gemäß welchen Vorgaben überwacht die Stadtverwaltung Düsseldorf Bauarbeiten, insbesondere für Fahrradfahrer, grundsätzlich?

Die Antwort ist: Im Rahmen der Bauüberwachung prüft das Amt für Verkehrsmanagement jegliche baulichen Aktivitäten der Bauunternehmen in regelmäßigen Abständen und ist im ständigen Austausch mit diesen. Dies ist unabhängig davon, ob es sich um eine Fahrbahn-, Gehweg- oder Radwegemaßnahme handelt. Des Weiteren werden hierbei die Richtlinien und Vorgaben nach Straßenverkehrsordnung, der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen, VOB, und weiteren Richtlinien eingehalten. Bei der Roßstraße handelt es sich jedoch um eine Baumaßnahme Dritter, in diesem Fall der Netzgesellschaft Düsseldorf, die ihre Maßnahmen eigenüberwachen und erst nach endgültiger Fertigstellung vom Amt für Verkehrsmanagement übernommen werden.

Frage 2: Warum werden die zum Teil seit Jahren bekannten Probleme auf der Roßstraße nicht nachhaltiger gelöst?

Antwort: Bei der momentan auf der Roßstraße vorhandenen Trassenschließung handelt es sich um ein Provisorium. Seitens der Netzgesellschaft Düsseldorf müssen noch weitere Hausanschlüsse hergestellt werden. Die vollständige Schließung der Deckschicht auf der Roßstraße erfolgt erst nach dem Abschluss dieser Arbeiten.

Frage 3: Welche langfristig gut haltenden Maßnahmen hat die Fachverwaltung bereits beauftragt, die wann und wie umgesetzt werden?

Wir beantworten die Frage folgendermaßen: Im Rahmen der Fahrradförderung wurden in den Jahren 2024 und 2025 eine Vielzahl von Maßnahmen umgesetzt beziehungsweise geplant, die auf eine dauerhafte Verbesserung der Radinfrastruktur in Düsseldorf abzielen. Diese umfassen sowohl Neubaumaßnahmen als auch die Sanierung und Optimierung bestehender Strecken.

Beispiele langfristig tragfähiger Maßnahmen: Ausbau des Radverkehrsnetzes durch baulich getrennte oder markierte Radwege, unter anderem auf der Luegallee, Koblenzer Straße, Friedrichstraße und Duisburger Straße; Start und Umsetzung der Radleitrouten 1 und 2 als zentrale, durchgängige Hauptverbindungen im Stadtgebiet mit hoher baulicher Qualität; Sanierungen bestehender Radwege – beispielsweise auf der Heinrichstraße, Cecilienallee oder an stark belasteten Knotenpunkten – zur Wiederherstellung der Verkehrssicherheit und Verbesserung des Fahrkomforts; flankierende Maßnahmen wie Rotmarkierungen an Konfliktstellen, die Einführung des Grünpfeils für den Radverkehr sowie die Umsetzung des stadtweiten Knotenpunktsystems zur besseren Orientierung. – Danke schön.

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, Herr Beigeordneter Kral. – Gibt es Zusatzfragen? – Das ist nicht der Fall.

Wir begrüßen inzwischen unseren Oberbürgermeister Dr. Stephan Keller. – Schön, dass Sie dazugekommen sind.

(Beifall von der CDU)

Sie kommen auch beim nächsten Tagesordnungspunkt direkt zum Arbeiten.

4.4

Anfrage der FDP-Ratsfraktion: Antisemitismus an Düsseldorfer Hochschulen – städtische Handlungsperspektiven im Sinne unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung
RAT/151/2025

Bürgermeister Hinkel (CDU): Ratsherr Rehne, ich bitte Sie, zu uns nach vorn zu kommen. Sie haben direkt das Wort.

Ratsherr Rehne (FDP): Vielen Dank, Herr Bürgermeister. – Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Antisemitische Vorfälle an Hochschulen sind generell immer ein Alarmzeichen für unsere Gesellschaft. Gerade akademische Räume sollten Offenheit, Dialog und Respekt fördern und sicherstellen. Deshalb sind die Berichte, die wir vor einigen Wochen in der Zeitung lesen konnten, natürlich auch ein Signal oder eine Warnung dafür, dass wir wachsam sein müssen. Darauf zielt unsere Anfrage ab. Wir wollen wissen, welche Erkenntnisse die Stadt Düsseldorf hierzu hat, ob es eine Zusammenarbeit mit der Jüdischen Gemeinde gibt und ob vor allem auch die neue Rolle des Antisemitismusbeauftragten hier schon eingebunden ist.

In der letzten Frage ist uns leider ein redaktioneller Fehler bei der Benennung der Rolle unterlaufen, aber ich habe aus der Antwort schon entnehmen können, dass die Frage verstanden wurde. Hierfür schon einmal danke schön.

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, Ratsherr Rehne. – Herr Oberbürgermeister, ich darf Sie für die Antwort ans Mikrofon bitten. Sie haben das Wort.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Herr Bürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich beantworte die Anfrage der FDP-Ratsfraktion wie folgt.

Frage 1: Welche Erkenntnisse liegen der Stadt über antisemitische Vorfälle an Düsseldorfer Hochschulen seit dem Jahr 2023 vor, und inwieweit erfolgt hierzu ein Austausch mit Hochschulen, der Jüdischen Gemeinde sowie weiteren relevanten Partnern?

Antwort: Die Landeshauptstadt Düsseldorf hat antisemitische Vorfälle an Düsseldorfer Hochschulen – darunter zum Beispiel die Demonstration im Mai 2024 an der Hochschule Düsseldorf und das Protest-Camp auf dem Gelände der Heinrich-Heine-Universität – aufmerksam zur Kenntnis genommen. In diesem Zusammenhang fand ein Austausch mit der Hochschule statt, an dem ihre Präsidentin und auch ich persönlich teilgenommen habe. Ich habe mich darüber hinaus persönlich, aber auch in Vertretung der Stadt zu den Vorfällen öffentlich klar positioniert, unter anderem in meiner Rede am 8. November 2024 anlässlich des Gedenkens an die Opfer der Pogromnacht vom 9. November 1938.

Darüber hinaus befindet sich die Stadtverwaltung mit unterschiedlichen Stellen in regelmäßigem Dialog, auch mit zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren, darunter natürlich auch der Jüdische Gemeinde Düsseldorf. Derartige Gespräche sind Ausdruck des kontinuierlichen Engagements der Landeshauptstadt Düsseldorf für den Schutz jüdischen Lebens und gegen Antisemitismus.

Die Frage 2 lautet: Welche Handlungsmöglichkeiten sieht die Stadt, um Hochschulen bei der Prävention und Bekämpfung antisemitischer Tendenzen zu unterstützen, etwa durch Zusammenarbeit im Bildungsbereich, durch Förderstrukturen oder durch städtische Koordinierung?

Antwort: Grundsätzlich ist die Stadt offen für Kooperationen mit Einrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen, wie in diesem Fall den Hochschulen in Düsseldorf. Ein Beispiel hierfür ist das gemeinsame Projekt zur Errichtung der Gedenkstätten für ehemalige jüdische Zwangsunterkünfte in Düsseldorf, das derzeit in Zusammenarbeit mit der Hochschule Düsseldorf umgesetzt wird. Die Gestaltung dieser Stelen erfolgt unter Mitwirkung von Studierenden und Lehrenden der Hochschule. Die politische Einbringung des Projekts ist noch in diesem Jahr vorgesehen.

Die Frage 3 lautet: Inwieweit ist vorgesehen, den neuen Antirassismusbeauftragten – ich denke, Sie meinen den Antisemitismusbeauftragten – der Stadt aktiv in dieses Themenfeld einzubinden, etwa durch die Vernetzung mit hochschulischen Stellen oder durch die Entwicklung gemeinsamer Präventionsstrategien?

Antwort: Mit der Einrichtung der neuen Stelle eines Antisemitismusbeauftragten und Beauftragten zur Förderung jüdischen Lebens wird – ohne jedoch der inhaltlichen Schwerpunktsetzung des künftigen Beauftragten vorzugreifen zu wollen – der bestehende Austausch mit den genannten Partnerinstitutionen künftig sicherlich noch intensiviert werden können. Es ist bereits jetzt davon auszugehen, dass sowohl die Hochschule Düsseldorf als auch die Heinrich-Heine-Universität wichtige Gesprächs- und Kooperationspartner für den künftigen Beauftragten darstellen werden. Ihre Einbindung ist mit Sicherheit ein wichtiger Bestandteil einer nachhaltigen und wirkungsvollen Antisemitismusprävention in Düsseldorf.

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Gibt es Zusatzfragen? – Ratsherr Born, ich bitte Sie zu uns nach vorn. Sie haben das Wort.

Ratsherr Born (Die Linke): Vielen Dank. – Herr Oberbürgermeister, Sie haben erwähnt, dass mit verschiedenen Stellen in der Hochschule und Uni geredet wurde. Hatten Sie auch Gespräche mit

Studierendenvertreter*innen, um vielleicht auch da einmal den Hintergrund und deren Gedanken zu erfahren? – Danke.

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, Ratsherr Born. – Herr Oberbürgermeister.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ja.

Bürgermeister Hinkel (CDU): Die Frage ist mit Ja beantwortet. – Gibt es weitere Zusatzfragen? – Ratsherr Fix, kommen Sie bitte zu uns nach vorn. Sie haben das Wort.

Ratsherr Fix (Die Partei-Klima-Fraktion): Vielen Dank. – Herr Oberbürgermeister, könnten Sie konkretisieren, auf welcher Basis die Demonstration oder das Pro-Palästina-Camp antisemitisch waren an der HHU? – Danke schön.

Bürgermeister Hinkel (CDU): Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann bitte ich Herrn Oberbürgermeister noch einmal um das Wort.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Herr Bürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin mir, ohne die Details aus 2024 im Einzelnen noch zu kennen, ziemlich sicher, dass beispielsweise Symbolik der Hamas gezeigt worden ist. Das allein halte ich für antisemitisch. Ein Zeichen einer Terrororganisation zu zeigen, die die Auslöschung des Staates Israel propagiert, ist für mich Antisemitismus.

(Beifall von CDU und FDP)

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank. – Damit verlassen wir den Tagesordnungspunkt 4.4, und ich übergebe gern den Platz an den Oberbürgermeister. – Herzlichen Dank dafür.

(Oberbürgermeister Dr. Keller übernimmt um 15.35 Uhr den Vorsitz.)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vielen Dank, Herr Bürgermeister, für die Vertretung in der ersten Phase der Ratssitzung.

4.5

Anfrage der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: Weiterentwicklung der kommunalen Ausländerbehörde

RAT/155/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Frey zur Einbringung. – Sie haben das Wort, Ratsfrau Frey.

Ratsfrau Frey (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Auslöser unserer Anfrage waren zugegebenermaßen die nächtlichen Menschenschlangen vor der Ausländerbehörde, die uns persönlich auch sehr berührt haben. Die Ausländerbehörde ist schon sehr lange in unserem Fokus – spätestens, seit sie in das Amt für Migration und Integration gewechselt ist, was auch unser Anliegen war. Das hat natürlich auch einen langen Prozess nach sich gezogen, den wir, glaube ich, sehr gut begleitet haben. Wir beschäftigen uns in dem Zuge auch schon sehr lange mit einer anderen Willkommenskultur für die Menschen, die aus anderen Nationen zu uns kommen.

Auch die unterschiedlichen Schritte, die gegangen wurden, haben wir natürlich verfolgt. Wir hatten in der Zeit Corona, als vieles nicht mehr möglich war. Insofern hatte sich auch schon einiges verändert, und einiges ist damit vielleicht auch ausgebremst worden. Wir hatten den Beginn des Krieges in der Ukraine, wozu man sagen muss: Hier sind sehr viel mehr Menschen auf einmal zu uns gekommen, als wir es uns jemals vorstellen konnten. Auch das macht natürlich etwas mit der Ausländerbehörde, was wir alles registriert haben. Dennoch hat uns, ehrlich gesagt, diese

Eskalation, die plötzlich passierte und die auch in den Medien verbreitet wurde, schon sehr überrascht.

In der Zwischenzeit haben der Ausschuss für Gesundheit und Soziales und der Integrationsrat getagt. Dort wurde sehr gut berichtet. Frau Dezernentin Koch und der Amtsleiter Herr Bhattacharjee haben dort Diverses zu den Themen Personal, Online-Fortschritte, Sprachen im Internet und so weiter berichtet. Dennoch ist es gut, heute hier im Rat noch einmal diese Anfrage zu haben.

Wir haben, denke ich, Fragen gestellt, die auf bestimmte Dinge zielen. Wir wollen einerseits tatsächlich wissen, wie diese kurzzeitigen Verbesserungen funktionieren. Wir wollen aber auch letztlich die strukturellen Veränderungen und ihre Auswirkungen unter anderem auf den Sachbearbeitungsrückstand, der zwar, wie wir gehört haben, gut aufgearbeitet ist, aber nicht gänzlich, erfragen, und wir wollen natürlich letztlich wissen: Gibt es noch Unterstützungsmöglichkeiten durch andere Strukturen, wie das kommunale Integrationsmanagement aufseiten der Stadt und der Wohlfahrtsverbände? – Vielen Dank.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vielen Dank, Frau Frey. – Ich darf die Dezernentin bitten, die Fragen zu beantworten. – Sie haben das Wort, Frau Koch.

Beigeordnete Koch: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Verwaltung beantwortet die Anfrage der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Weiterentwicklung der kommunalen Ausländerbehörde wie folgt.

Frage 1: Welche kurzfristigen Verbesserungen kann die Verwaltung ermöglichen, um allen wartenden Personen im Rahmen der Ad-hoc-Termine gerecht werden zu können, zumindest mit einer zeitnahen Terminvergabe?

Antwort: In diesem Zusammenhang hat die Verwaltung bereits Maßnahmen ergriffen. Seit dem 05.05.2025 erhalten alle Menschen – ich wiederhole noch einmal: alle! –, die im Zeitraum von 07.30 bis 12 Uhr zwecks einer Ad-hoc-Vorsprache den Weg zur Ausländerbehörde suchen und gefunden haben, die Möglichkeit einer solchen Vorsprache. Auf diese Weise konnte sich auch ein Bild über die Beweggründe der Menschen verschafft werden, die das für Notfälle bereitgestellte Angebot der Ad-hoc-Vorsprache wahrnehmen. Entgegen bisheriger öffentlicher Darstellungen wird deutlich, dass ein wesentlicher Teil der Menschen das persönliche Gespräch einer Nutzung von Online-Angeboten vorzieht und dieses Angebot somit wahrnimmt, um Anträge oder generelle Fragen zu stellen. Auch wird in der Möglichkeit der persönlichen Vorsprache von den Menschen eine Chance gesehen, erst kürzlich gestellte Anträge womöglich in ihrer Bearbeitung durch die Behörde beschleunigen zu können. Bei einem weitaus geringeren Anteil der Personen – circa 20 Prozent – handelt es sich tatsächlich um Fälle, bei denen auf einen gestellten Antrag noch nicht innerhalb des vorgesehenen Zeitrahmens reagiert wurde oder bald ablaufende beziehungsweise bereits abgelaufene Dokumente eine Notfallsituation begründen.

Die Ausländerbehörde wird diese serviceorientierte Maßnahme fortführen und allen Personen innerhalb des definierten Zeitraums eine Ad-hoc-Vorsprache ermöglichen. Zudem wurde die telefonische Hotline des Amtes personell erweitert, was zu einer generellen Verbesserung der Erreichbarkeit geführt hat. Insgesamt schaffen diese Maßnahmen eine Situation, in der es für Menschen weder notwendig noch zielführend ist, für das Vorbringen ihrer Anliegen bereits in der Nacht oder den frühen Morgenstunden anzustehen.

Frage 2: Wann greifen die angekündigten strukturellen Veränderungen, sodass die Rückstände abgearbeitet werden können und für neue Anliegen ausreichend Termine zur persönlichen Vorsprache oder Ad-hoc-Termine zur Verfügung stehen?

Antwort: Die zum 17.03.2025 umgesetzten Veränderungen – sowohl auf struktureller als auch auf prozessualer Ebene – zeigen bereits positive Wirkungen. Besonders die Zahlen des amtsinternen Controllings für den Monats April 2025 verdeutlichen in diesem Zusammenhang, dass der eingeschlagene Weg der richtige ist.

Im April 2025 sind der Ausländerbehörde insgesamt 8.461 Anträge zugegangen. Dabei machen physische beziehungsweise postalische Anträge mit deutlich abnehmender Tendenz nur noch etwa 11 Prozent aller Anträge aus. Die neuen Online-Angebote zur Antragstellung werden offensichtlich von der Mehrheit sehr gut angenommen.

Auch in Bezug auf Erreichbarkeit, allgemeine Arbeitsleistung sowie Prozessdurchlaufzeiten sind deutliche Verbesserungen erkennbar. Im April 2025 fanden in der Ausländerbehörde insgesamt 7.988 persönliche Vorsprachen statt – ein bisher einmaliges Maß an Zugang und Erreichbarkeit. Davon handelte es sich in 2.696 Fällen um terminierte Vorsprachen, bei denen Aufenthaltserlaubnisse erteilt werden konnten. Dies entspricht im Vergleich zum monatlichen Durchschnitt des Jahres 2024 mit circa 1.800 Fällen einer Steigerung der Arbeitsleistung um rund 50 Prozent. Zusätzlich wurden in 4.129 Ad-hoc-Vorsprachen Menschen beraten, wobei in 1.441 Fällen aufenthaltsrechtliche Dokumente, insbesondere Fiktionsbescheinigungen, ausgestellt wurden.

Die Prozess- und Terminvorlaufzeiten konnten in bestimmten Bereichen deutlich verkürzt werden. So wurden im April 2025 beispielsweise 456 Anträge von Personen, die aus dem Ausland nach Düsseldorf eingereist sind, in einem spezialisierten Sachgebiet mit einer durchschnittlichen Bearbeitungszeit von etwa drei Wochen abgeschlossen. Zudem konnte die Terminvorlaufzeit für die Übertragung von Aufenthaltstiteln, welche im Jahr 2024 noch bei durchschnittlich drei Monaten lag, in vielen Bereichen mittlerweile auf nur noch eine Woche reduziert werden.

Bei der Bewertung der umgesetzten Maßnahmen ist angesichts dieser Zahlen somit zu berücksichtigen, dass die Sichtbarkeit wartender Menschen vor der Ausländerbehörde keineswegs als Indikator für das grundsätzliche Ausbleiben positiver Veränderungen zu werten ist. Vielmehr hat die Ausländerbehörde mit der Einführung der Ad-hoc-Vorsprachen einen zusätzlichen Service geschaffen, der als Ausdruck einer verstärkten Dienstleistungsorientierung verstanden werden soll – im Sinne von mehr Transparenz, Offenheit und Bürgernähe. Dieser Ansatz ist in keiner vergleichbaren Behörde im Umland in dieser Form zu finden.

Frage 3: Wie können beratende Stellen bei den Wohlfahrtsverbänden oder auch im Rahmen des Kommunalen Integrationsmanagements bei Stadt und Wohlfahrtsverbänden so an- und eingebunden werden, dass die Prozesse besser und schneller ablaufen können?

Antwort: Die Wohlfahrtsverbände sowie alle weiteren entsprechenden Akteure leisten in ihren jeweiligen Funktionen und Tätigkeitsfeldern wichtige und für den Gesamtkontext wesentliche Beiträge in den Themenbereichen von Migration und Integration. Eine direkte An- oder Einbindung in die Prozesse der Ausländerbehörde ist jedoch aufgrund der Tatsache, dass die Ausländerbehörde als Träger hoheitlicher Maßnahmen agiert, nicht möglich.

Das Kommunale Integrationsmanagement ist hingegen als amtsinternes Sachgebiet bereits unmittelbar in die Prozesse der Ausländerbehörde eingebunden. Zwei Mitarbeitende innerhalb der Ausländerbehörde fungieren in ihren Funktionen als Stabstellen der Abteilungsleitung als direkte Schnittstellen, insbesondere zu den insgesamt 16 Mitarbeitenden des KIM-Case-Management, von denen sechs unmittelbar an Wohlfahrtsverbände der Liga angedockt sind. In der zentralen Aufgabe des KIM, Menschen in komplexen Problemlagen im Rahmen intensiver Einzelberatung zu unterstützen, sind somit bereits kurze und effiziente Prozesswege in die Ausländerbehörde implementiert. Die durch das KIM adressierte Personengruppe stellt jedoch nur einen sehr geringen Anteil im Gesamtkontext dar.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vielen Dank, Frau Koch. – Ich habe eine Nachfrage von Ratsherrn Droste, aber zunächst hat die anfragestellende Fraktion das Recht, die erste Zusatzfrage zu stellen. – Bürgermeisterin Gerlach, bitte.

Bürgermeisterin Gerlach (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Miriam Koch, zunächst einmal vielen Dank für die Antwort. Ich denke, es hat uns alle schockiert, dass so lange Schlangen vor der Ausländerbehörde waren, die Leute so lange anstehen mussten und sich sogar am Abend zuvor dort angestellt haben – in der Hoffnung, einen Termin zu bekommen. Deshalb ist es, glaube ich, auch richtig, hier im Rat darüber Aufklärung zu bekommen, welche Maßnahmen bereits eingeleitet worden sind, welche Maßnahmen akut weitergeführt werden und dass sich darum gekümmert wird, damit sich die Menschen dort nicht mehr am Abend vorher anstellen müssen, sondern tatsächlich schneller zu Terminen kommen und alle Termine auch erhalten, wenn sie zur Ausländerbehörde kommen.

Ich habe aufmerksam zugehört und herausgehört, dass es wirklich eine große Leistung ist, jetzt allen Menschen, die dort stehen und kommen, einen Termin oder eine Beratung anzubieten. Ich schätze das sehr wert.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Entschuldigung, Frau Bürgermeisterin Gerlach, ich muss Sie ganz kurz unterbrechen. Von der Tribüne aus werden Filmaufnahmen gemacht, was nicht zulässig ist.

Bürgermeisterin Gerlach (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe das sehr aufmerksam verfolgt, und zwar auch die Diskussion im Ausschuss. Das findet unter Einsatz von Personalhinzuziehung statt. Ich glaube, auch ehemalige Mitarbeiter arbeiten jetzt noch in der Ausländerbehörde, um die vielen Anträge oder Termine zu bewältigen.

Wir laufen auf die Sommerferien zu, und naturgemäß gibt es – das ist in allen anderen Ämtern auch so – dann einen noch höheren Bedarf an Fiktionsbescheinigungen, weil man reisen will und so weiter und so fort.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Frau Bürgermeisterin, würden Sie die Frage stellen?

Bürgermeisterin Gerlach (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, das mache ich jetzt. Ich muss es schon noch einmal erklären. Meine Frage ist: Wenn jetzt schon so Außerordentliches geleistet worden ist, wie wird die Ausländerbehörde in Zukunft, wenn es noch mehr Andrang gibt, diese Leistung erbringen können? Gibt es dafür einen Plan und/oder werden noch weitere Menschen eingestellt? Die Stellen dafür gibt es schließlich.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Frau Dezernentin Koch, bitte, Sie haben das Wort.

Beigeordnete Koch: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich glaube, ich muss da erst einmal etwas sortieren, weil das offensichtlich etwas falsch verstanden wurde.

Wir haben tatsächlich eine Telefon-Hotline, bei der wir die Idee hatten, dass in dieser Telefon-Hotline nicht nur Mitarbeitende des Amts 54 eingesetzt werden können, sondern auch Mitarbeitende, die das Amt 54 innerhalb der letzten zwei Jahre in andere Verwaltungseinheiten verlassen haben. Auch das passiert bei uns. Wir haben inzwischen eine durchaus sehr geringe Fluktuation, weil unsere Maßnahmen eben greifen. Bislang setzen wir keine Menschen aus anderen Verwaltungseinheiten ein – auch nicht in der Telefon-Hotline. Da ist offensichtlich etwas durcheinandergeraten.

Wenn ich daran denke, dass auch wir – wie auch das Einwohnermeldeamt – vor den Sommerferien sicherlich wieder ein höheres Vorspracheaufkommen haben werden, dann haben wir das natürlich im Blick, weil das in jedem Jahr vor allen Ferien immer das Gleiche ist. Ich möchte hier den Amtsleiter zitieren, der mir gerade zugeworfen hat: Wir machen einfach so weiter wie jetzt. – Im Moment schaffen wir es tatsächlich, allen Menschen, die zu uns kommen, einen Termin zu geben

oder direkt zu helfen oder eben auch, was auch der Fall ist, an andere Ämter zu verweisen, weil oft auch Anliegen formuliert werden, für die wir nicht zuständig sind.

Also hier noch einmal das Signal: Machen Sie sich keine Sorgen, wir sind gut aufgestellt – im Moment tatsächlich mit einer Mini-Mini-Minivakanz –, sodass ich zuversichtlich bin, dass wir, wenn auch die weitere Digitalisierung greift, auf solche Spitzen, die wir aus den vergangenen Jahren vor den Ferien schon kennen, gut bewältigen können.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vielen Dank, Frau Koch. – Die nächste Nachfrage hat Ratsherr Droste. – Sie haben das Wort, Ratsherr Droste.

Ratsherr Droste (FDP): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Meine Damen und Herren! Wir sind in Düsseldorf eine weltoffene Stadt, in die man gern auch aus dem Ausland zu uns kommt, in der man auch gern lebt und arbeitet. Wenn ich dann von solchen Zuständen in der Ausländerbehörde höre, frage ich mich: Schadet das unserer Stadt, schadet das auch unserer Wirtschaft und unseren Bemühungen, die Fachkräfte und Manager, die wir hier dringend brauchen, zu uns zu bekommen? Leiden diese auch unter den Zuständen, die in der Presse beschrieben wurden? Wie ist das? – Danke.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Das ist eine sehr wertende Frage. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob die beantwortet werden muss, Ratsherr Droste. – Vielleicht gibt es noch eine sachliche Antwort auf eine wertende Frage. – Bitte, Frau Koch.

Beigeordnete Koch: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich glaube, ich bin durchaus in der Lage, den sachlichen Ansatz in dieser Frage aufzugreifen. Es geht hier tatsächlich um Arbeitskräftezuwanderung. Da sind wir tatsächlich bundesweit aktuell Spitzenreiter. Menschen, die frisch nach Düsseldorf aus dem Ausland kommen, um eine Arbeit aufzunehmen, bekommen von uns innerhalb einer Woche das Gesamtpaket.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vielen Dank. – Ich sehe keine weiteren Nachfragen. Wir sind damit am Ende der Zeit angekommen, die für die Beantwortung der regulären Anfragen zur Verfügung steht, sodass wir den Tagesordnungspunkt 4 hiermit verlassen.

Wir kommen zu den Berichten; das sind nur zwei in dieser Sitzung. Wie immer liegen die Berichte schriftlich vor.

5

Bericht aus der Kleinen Kommission für nachhaltige Entwicklung

RAT/158/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ich darf fragen: Gibt es zum Bericht aus der Kleinen Kommission für nachhaltige Entwicklung Nachfragen? – Dies sehe ich nicht. Dann nehmen wir den Bericht so **zur Kenntnis**.

6

Bericht aus der Kleinen Kommission Radverkehr

RAT/159/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Gibt es dazu Nachfragen? – Nein, das scheint nicht der Fall zu sein. Bei dem Tagesordnungspunkt nehme ich das immer etwas ungläubig zur Kenntnis, aber gut. Damit **zur Kenntnis** genommen.

Wir würden ab hier einen Schnelldurchlauf durch die Verwaltungsvorlagen machen, wenn Sie gestatten.

7

Bewerbung Olympische und Paralympische Spiele Rhein-Ruhr

SPOA/021/2025

7.1

Ergänzungsantrag der Ratsfraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Die Partei-Klima-Fraktion

RAT/207/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Den TOP rufen wir aufgrund des Ergänzungsantrages gleich erneut auf. Ich kann auch aktuell von dem berichten, was heute Morgen bei der Übergabe der Bewerbung besprochen wurde.

8

Bebauungsplan-Entwurf Nr. 05/016 – Veranstaltungsgelände/Messeparkplatz

APS/037/2025/1

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu Debatte gewünscht? – Das wird gewünscht. Dann rufen wir das nachher noch einmal auf.

9

Durchführungsvertrag zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan (Entwurf) Nr. 01/017 – Kennedydamm 55

APS/053/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu Debatte gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich es zur Abstimmung: Gibt es Gegenstimmen? – Das sind AfD, Ratsfrau Krüger und Die Linke. Wer Enthält sich? – Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in Gänze. Wer ist dafür? – Das sind SPD, CDU, FDP, der Oberbürgermeister und Die Partei-Klima-Fraktion. Damit ist die Vorlage mehrheitlich angenommen.

Beschluss

Der Rat der Stadt stimmt dem Abschluss des Durchführungsvertrages nach § 12 BauGB zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan (Entwurf) Nr. 01/017 Kennedydamm 55 – mit der Vorhabenträgerin ABROS EINS GmbH & Co. KG mit den in der Sachdarstellung aufgeführten wesentlichen Inhalten zu.

10

Vorhabenbezogener Bebauungsplan (Entwurf) Nr. 01/017 – Kennedydamm 55

APS/048/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Das ist der vorhabenbezogene Bebauungsplan zu dem eben beschlossenen Durchführungsvertrag. Wird hierzu Debatte gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? – AfD, Ratsfrau Krüger und Die Linke, denke ich, an der Stelle auch. Richtig?

(Ratsfrau Marmulla [Die Linke]: Ja, ja!)

– Ich kann es nur ahnen, wenn Sie nicht die Hand heben.

Enthaltungen? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dafür? – Die Partei-Klima-Fraktion, SPD, CDU, FDP und der Oberbürgermeister. Damit ist auch der B-Planentwurf mehrheitlich so beschlossen.

Beschluss

- I. *Der Rat der Stadt stimmt der Behandlung der Äußerungen gemäß § 3 Absatz 1 BauGB sowie der Behandlung der Stellungnahmen nach § 4 BauGB gemäß Vorlage Nr. APS/034/2024 zu (zustimmender Beschluss des Ausschusses für Planung und Stadtentwicklung sowie Beschlussempfehlung an den Rat vom 25.04.2024, Anlage 3 zur vorliegenden Vorlage).*
- II. *Der Rat der Stadt beschließt die Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans (Entwurf) Nr. 01/017 – Kennedydamm 55 –.*
- Es handelt sich um:*
- die Ergänzung der Stellungnahme 16 bezüglich des Lärmschutzes für Betriebsleiterwohnungen*
 - die Ergänzung der Stellungnahme 5.2.3 bezüglich der Einhaltung von Luftschadstoffgrenzen für die Büroetagen*
 - die Ergänzung der nachrichtlichen Übernahme zum Bauschutzbereich des Flughafens*
 - die Ergänzung des Hinweises bezüglich archäologischer Befunde.*
- IV. *Der Rat der Stadt beschließt gemäß § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der derzeit gültigen Fassung*
- den für ein Gebiet östlich des Kennedydamms und westlich der Roßstraße*
- maßgebend ist die Festsetzung des räumlichen Geltungsbereiches gemäß § 9 Absatz 7 BauGB im vorhabenbezogenen Bebauungsplan (Entwurf) Nr. 01/017 – Kennedydamm 55 – am 08.05.2024 eingeleiteten und geänderten und heute erneut geänderten vorhabenbezogenen Bebauungsplan (Entwurf) Nr. 01/017 – Kennedydamm 55 – als Satzung mit der Begründung einschließlich des Umweltberichtes vom 10.09.2024 sowie der zusammenfassenden Erklärung.*

11

Förderprogramm „Klimafreundliches Wohnen und Arbeiten in Düsseldorf“: Haushaltsneutrale Aufstockung der Finanzmittel

AUS/005/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vom Umweltausschuss einstimmig empfohlen, vom HFA mehrheitlich. Wird hierzu Debatte gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? – AfD. Enthaltungen? – Dann ist das mehrheitlich so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließt die haushaltsneutrale Aufstockung der Finanzmittel zum Förderprogramm „Klimafreundliches Wohnen und Arbeiten in Düsseldorf“ von rund 6,5 Millionen Euro auf 10 Millionen Euro. Die Finanzmittel werden aus dem 60 Millionen Euro Klimaschutzetat (Produkt 5656102) jährlich bereitgestellt.

12

Entsendung von Mitgliedern des Behindertenrates als sachkundige Einwohnerinnen/Einwohner in die Ratsausschüsse

BR/004/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vom Behindertenrat einstimmig zur Beschlussfassung im Rat empfohlen. Wird hierzu Debatte gewünscht? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Stadt beschließt, folgende seitens des Behindertenrates vorgeschlagene Mitglieder als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme in die nachstehenden Ausschüsse für die Dauer der laufenden Wahlperiode zu entsenden:

Ausschuss	Sachkundige Einwohnerin/Einwohner =beratendes Mitglied	Stellvertretung
Bauausschuss	Zielonka, Norbert	Büngener, Andreas

13

Entwurf Jahresabschluss 2024

HFA/016/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vom HFA einstimmig zur Beschlussfassung im Rat empfohlen. Wird hierzu Debatte gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? – AfD. Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das bei zwei Gegenstimmen mit Mehrheit so beschlossen.

Beschluss

Der Entwurf des Jahresabschlusses der Landeshauptstadt Düsseldorf zum 31. Dezember 2024 inklusive des Lageberichtes wird gemäß § 95 Absatz 5 in Verbindung mit § 80 Absatz 1 Gemeindeordnung dem Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf zugeleitet.

Der Rat leitet den Entwurf an den Rechnungsprüfungsausschuss (RPAu) zur Prüfung weiter.

14

Aufstellung der genehmigten über- und außerplanmäßigen Mittelbereitstellungen des Haushaltsjahres 2024

HFA/017/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Der HFA hat das schon zur Kenntnis genommen. Wird hier noch einmal das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir das so **zur Kenntnis** genommen.

15

Sanierung Gesamtfassade der Tonhalle, Ehrenhof 1, ausgenommen Westfassade

KUA/045/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Von den Ausschüssen HFA, Kulturausschuss und Bauausschuss einstimmig zur Beschlussfassung im Rat empfohlen. Wird hier Debatte gewünscht? – Das sehe ich nicht. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beauftragt die Verwaltung für das Projekt „Sanierung Gesamtfassade der Tonhalle, Ehrenhof 1, ausgenommen Westfassade“ mit voraussichtlichen Gesamtkosten in Höhe von 35.419.900 Euro die Planung und Kostenberechnung zu erstellen. Die Abwicklung erfolgt durch die Immobilien Projekt Management GmbH (IPM).

Für die weitere Planung bis zum Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss werden voraussichtlich Planungsmittel in Höhe von 1.100.000 Euro benötigt. Die Finanzierung wird durch eine Vorleistung der IPM erfolgen.

16

Umbenennung des Kammermusiksaals der Tonhalle in „Trautvetter-Brückner-Saal“

KUA/064/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vom Kulturausschuss einstimmig empfohlen. Wird hier Debatte gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließt, den bisher als „Hentrich-Saal“ geführten Kammermusiksaal der Tonhalle in „Trautvetter-Brückner-Saal“ umzubenennen.

17

Freigabe verkaufsoffener Sonntagnachmittage im Jahre 2025 in der Innenstadt (gesamte Stadtteile Stadtmitte, Altstadt, Carlstadt)

OVA/056/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Von der BV 1 mehrheitlich abgelehnt, HFA und OVA haben passieren lassen. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Ja. Das heißt, wir rufen es gleich wieder auf.

18

Neuwahl einer Schiedsperson

OVA/057/2025/1

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu Debatte gewünscht? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der Betroffene einstimmig gewählt.

Beschluss

Der Rat der Stadt Düsseldorf beschließt die Neuwahl einer Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk 12 – Lichtenbroich und Unterrath.

19

Neuwahl einer Schiedsperson

OVA/058/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu Debatte gewünscht? – Das ist auch nicht der Fall. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen, und wir bedanken uns für die Bereitschaft, diese Ämter zu übernehmen.

Beschluss

Der Rat der Stadt Düsseldorf beschließt die Neuwahl einer Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk 4 – Zooviertel, Düsseltal.

20

Mobilitätsstationen im Förderprojekt Multi-Mo-DUS zur Förderung von Nahmobilität und Intermodalität im Alltag – Realisierungsphase 2 – Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss

OVA/064/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: BV 1 hat das einstimmig empfohlen. Der OVA hat das einstimmig empfohlen und der HFA mehrheitlich. Wird hier noch einmal Debatte gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? – AfD. Enthaltungen? – Diese sehe ich nicht. Dann ist das mit zwei Gegenstimmen mehrheitlich so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Stadt beschließt die Ausführung und Finanzierung von sechs Mobilitätsstationen im Jahr 2025 als zweites Maßnahmenpaket zum geplanten Netzwerk von 18 Mobilitätsstationen in den Stadtteilen Pempelfort, Derendorf und Golzheim zur Verbesserung der Nahmobilität und der Anschlussmobilität mit Gesamtkosten in Höhe von 2.532.245 Euro netto beziehungsweise 3.013.371 Euro brutto.

21

Bestellung von Prüferinnen für das Amt für kommunale Prüfung

RPAU/006/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu Debatte gewünscht? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Beschluss

Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt gemäß § 101 Absatz 4 Gemeindeordnung NRW

Stadtinspektorin Kerstin Vochetzer und Stadtinspektorin Lea Wollschläger als Prüferin zu bestellen.

22

Stellungnahme des Rechnungsprüfungsausschusses über die Prüfung des Gesamtabchlusses der Landeshauptstadt Düsseldorf zum 31. Dezember 2021 – Bestätigung des Gesamtabchlusses

RPAU/007/2025/1

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vom Rechnungsprüfungsausschuss einstimmig zur Beschlussfassung im Rat empfohlen. Wird hier das Wort gewünscht? – Gibt es Gegenstimmen? – Zwei Gegenstimmen bei der AfD. Enthaltungen? – Enthaltung bei der Ratsfraktion Die Linke. Dann ist das aber im Übrigen mit Mehrheit so beschlossen.

Beschluss

Der Gesamtabschluss und Gesamtlagebericht zum 31. Dezember 2021 wurden vom Rechnungsprüfungsausschuss nach § 59 Absatz 3 Gemeindeordnung NRW (GO NRW) geprüft. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung waren keine Einwendungen zu erheben. Der Rechnungsprüfungsausschuss hat den vom Oberbürgermeister aufgestellten Gesamtabschluss und den Gesamtlagebericht zum 31. Dezember 2021 gebilligt und empfiehlt dem Rat, den Gesamtabschluss zum 31. Dezember 2021 gemäß § 116 Absatz 8 in Verbindung mit § 96 Absatz 1 GO NRW zu bestätigen.

23

Entsendung von Mitgliedern des Seniorenrates als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner in die Ratsausschüsse

SENR/003/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Das ist im Seniorenrat mehrheitlich zur Beschlussfassung empfohlen worden. Wird hier noch einmal Debatte gewünscht? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf wählt auf Vorschlag des Seniorenrates folgende Mitglieder des Seniorenrates zu sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern in den nachstehenden Ausschuss:

Ausschuss	Beratendes Mitglied	Stellvertretung
Ordnungs- und Verkehrsausschuss	Herr Lothar Jansen	Frau Dr. Notburga Bäcker

24

Freiheitshagen, Ausbau der Verkehrsflächen und Entwässerungseinrichtungen

SPOA/027/2025

24.1

Änderungsantrag der Ratsfraktion Die Partei-Klima-Fraktion

RAT/206/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Einstimmig zur Beschlussfassung im Rat empfohlen von der BV 5, dem HFA, dem Sportausschuss und dem OVA. Hierzu gibt es einen Änderungsantrag, von dem es hieß, dass er vielleicht zurückgezogen werden könnte.

(Ratsherr Fix [Die Partei-Klima-Fraktion] macht eine zustimmende Geste.)

Wird er zurückgezogen?

(Ratsherr Fix [Die Partei-Klima-Fraktion]: Ja!)

– Er wird zurückgezogen. Das heißt, ich kann fragen, ob Debatte gewünscht ist. – Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Partei-Klima-Fraktion. Bei Enthaltung von Die Partei-Klima-Fraktion ist das im Übrigen einstimmig so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, für das Projekt „Freiheitshagen, Ausbau der Verkehrsflächen und Entwässerungseinrichtungen“ die Planung durchzuführen und eine Kostenberechnung zu erstellen.

25

Aufsichtsrat der Industrieterrains Düsseldorf-Reisholz AG – Ersatzwahl

RAT/147/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu das Wort gewünscht? – Gibt es Gegenstimmen? – AfD. Enthaltungen? – Fraktion Die Linke. Wer ist dafür? – Das sind alle anderen. Damit ist das mit Mehrheit so beschlossen.

Beschluss

*Der Rat der Stadt beschließt gemäß § 63 Absatz 2 in Verbindung mit § 113 Absatz 2 GO NRW, die/ den städtische*n Kapitalvertreter*in zu beauftragen, in der Hauptversammlung der Industrieterrains Düsseldorf-Reisholz AG unter Abberufung von Frau Dr. Kristina Neven-Daroussis,*

Frau Beigeordnete Cornelia Zuschke

in den Aufsichtsrat der Gesellschaft zu wählen.

Der Beschluss gilt bis zur Erteilung eines neuen Vorschlags durch den Rat in der nächsten Wahlperiode – vorbehaltlich einer Abberufung bzw. eines anderslautenden Beschlusses. Nach Ablauf der laufenden Wahlperiode üben die bisherigen Mitglieder ihr Mandat bis zur Wahl eines neuen Aufsichtsrates durch die Hauptversammlung weiter aus. Es ist der Hauptversammlung vorbehalten, den Aufsichtsrat jederzeit abzuwählen. Endet die Amtszeit des Aufsichtsrates aufgrund gesetzlicher oder gesellschaftsvertraglicher Regelungen vor einer neuen Beschlussfassung des Rates, so gilt dieser Beschluss auch für die dann anstehende Neuwahl des Aufsichtsrates.

26

Umbesetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien

RAT/148/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu noch einmal Debatte gewünscht? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Stadt wählt für folgende Ausschüsse Nachfolger/-innen für folgende Ausschussmitglieder:

Anregungs- und Beschwerdeausschuss:

Ordentliches Mitglied:

anstelle von

Lehmhaus, Monika (R)

FDP

Rachner, Dr. Christine (R)

FDP

1. Stellvertretung:

anstelle von

Rachner, Dr. Christine (R)

FDP

Jenöffy-Lochau, Dr. Marek

FDP

1. Stellvertretung:

anstelle von

Bortloff, Oliver

AfD

Schulz, Gabriele

AfD

Bauausschuss:

1. Stellvertretung:

anstelle von

Lehmhaus, Monika (R)

FDP

Jenöffy-Lochau, Dr. Marek

FDP

Ausschuss für Digitalisierung, Personal und Organisation:

2. Stellvertretung:

anstelle von

N.N.

Die Linke

Kiefer, Marcel

Die Linke

Haupt- und Finanzausschuss:

1. Stellvertretung:

anstelle von

Lehmhaus, Monika (R)

FDP

Rehne, Sebastian (R)

FDP

Rechnungsprüfungsausschuss:

2. Stellvertretung:

anstelle von

Lehmhaus, Monika (R)

FDP

Jenöffy-Lochau, Dr. Marek

FDP

Schulausschuss:

ordentliches Mitglied:

anstelle von

Lehmhaus, Monika (R)

FDP

Jenöffy-Lochau, Dr. Marek

FDP

2. Stellvertretung:

anstelle von

N.N.

Die Linke

Poczatek, Matthias

Die Linke

Sportausschuss:

ordentliches Mitglied:

anstelle von

Lehmhaus, Monika (R)

FDP

Dorenz, Brien

FDP

Ausschuss für Wohnungswesen und Modernisierung:

1. Stellvertretung:

anstelle von

Degethoff, Dr. Jürgen

FDP

Jenöffy-Lochau, Dr. Marek

FDP

Ausschuss für Wirtschaftsförderung, internationale und regionale Zusammenarbeit:

ordentliches Mitglied:

anstelle von

Franosch, Joel

AfD

Franosch, Jeremy

AfD

2. Stellvertretung:

anstelle von

Degethoff, Dr. Jürgen

FDP

N.N.

FDP

27

Verbandsversammlung des Zweckverbandes Erholungsgebiet Unterbacher See – Ersatzbestellung

RAT/156/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu Debatte gewünscht? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Stadt bestellt für den Rest der laufenden Wahlperiode des Rates

Ratsherrn Stefan Wiedon anstelle von Herrn Ulrich Wensel

zum stellvertretenden Mitglied in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Erholungsgebiet Unterbacher See.

28

Aufsichtsrat der IPM Immobilien Projekt Management Düsseldorf GmbH – Ersatzwahl

RAT/161/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu Debatte gewünscht? – Gegenstimmen? – AfD. Enthaltungen? – Dann ist das bei zwei Gegenstimmen mehrheitlich so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Stadt beschließt gemäß § 63 Absatz 2 in Verbindung mit § 113 Absatz 2 GO NRW mit sofortiger Wirkung unter Abberufung von Ratsherrn Mirko Rohloff,

Ratsherrn Sebastian Rehne

in den Aufsichtsrat der IPM Immobilien Projekt Management Düsseldorf GmbH zu entsenden.

Die Entsendung gilt bis zur Neubesetzung des Gremiums in der nächsten Wahlperiode – vorbehaltlich einer Abberufung durch den Rat. Nach Ablauf der laufenden Wahlperiode üben die bisherigen Mitglieder ihr Mandat bis zum Zusammentritt des neuen Aufsichtsrates weiter aus.

Endet die Amtszeit des Aufsichtsrates aufgrund gesetzlicher oder gesellschaftsvertraglicher Regelungen vor einer neuen Beschlussfassung des Rates, so gilt diese Entsendung auch für die dann anstehende Konstituierung des Aufsichtsrates.

29

Grundsatzbeschluss zur Neuordnung des Schulstandortes Heidelberger Straße 75
SCHUA/013/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu Debatte gewünscht? – Debatte wird gewünscht.

30

Beschlussvorlage zur Herbeiführung eines Ausführungs- und Finanzierungsbeschlusses für das Projekt „Errichtung einer Dreifeldsporthalle mit Tonsaal und Gymnastikraum am Humboldt-Gymnasium“
SCHUA/021/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Einstimmig empfohlen vom HFA, Schulausschuss und Bauausschuss. Kulturausschuss und Sportausschuss haben die Vorlage zur Kenntnis genommen. Gibt es hier den Wunsch nach Debatte? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Landeshauptstadt beschließt die Ausführung und Finanzierung der Maßnahme „Errichtung einer Dreifeldsporthalle mit Tonsaal und Gymnastikraum am Humboldt-Gymnasium zur Schaffung der baulichen Voraussetzungen für die Beibehaltung der Fünfstufigkeit im Rahmen der Umstellung auf G9“, mit einer Gesamtsumme von 25.360.000 Euro (brutto) inklusive Ausstattung und Inventar sowie jährlichen Folgekosten in Höhe von 1.497.680 Euro (netto).

31

Bereitstellung des Deutschlandtickets Schule im Schülerverkehr für das Schuljahr 2025/2026
RAT/168/2025

31.1

Änderungsantrag der Ratsfraktion Die Partei-Klima-Fraktion
RAT/203/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Hier gibt es einen Änderungsantrag. Insofern rufen wir das gleich noch einmal auf.

32

Polizeibeirat – Ersatzwahl
RAT/170/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu Debatte gewünscht? – Gibt es Gegenstimmen? – Zwei Gegenstimmen bei der AfD. Enthaltungen? – Die Partei-Klima-Fraktion. Dann ist das im Übrigen mit Mehrheit so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Stadt wählt aufgrund des § 17 des Gesetzes über die Organisation und die Zuständigkeit der Polizei im Lande Nordrhein-Westfalen – Polizeiorganisationsgesetz (POG NRW) – in der Fassung der Bekanntmachung vom 05.07.2002 (GV NRW S. 308/ SGV NRW 205) für den Rest der laufenden Amtszeit

*Frau Anne Korenkov anstelle von Ratsfrau Monika Lehmhaus
zum stellvertretenden Mitglied in den Polizeibeirat.*

33

Aufsichtsrat der Düsseldorf Tourismus GmbH – Ersatzwahl

RAT/183/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu Debatte gewünscht? – Gegenstimmen? – AfD. Enthaltungen? – Die Partei-Klima-Fraktion. Dann ist das im Übrigen mit Mehrheit so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Stadt beschließt mit sofortiger Wirkung gemäß § 63 Absatz 2 in Verbindung mit § 113 Absatz 2 GO NRW unter Abberufung von Ratsfrau Monika Lehmhaus,

Frau Linda Möller

in den Aufsichtsrat der Düsseldorf Tourismus GmbH zu entsenden.

Die Entsendung gilt bis zur Neubesetzung des Gremiums in der nächsten Wahlperiode – vorbehaltlich einer Abberufung durch den Rat. Nach Ablauf der laufenden Wahlperiode üben die bisherigen Mitglieder ihr Mandat bis zum Zusammentritt des neuen Aufsichtsrates weiter aus.

Endet die Amtszeit des Aufsichtsrates aufgrund gesetzlicher oder gesellschaftsvertraglicher Regelungen vor einer neuen Beschlussfassung des Rates, so gilt diese Entsendung auch für die dann anstehende Konstituierung des Aufsichtsrates.

34

Aufsichtsrat der D.LIVE GmbH & Co. KG – Ersatzwahl

RAT/184/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu Debatte gewünscht? – Gegenstimmen? – AfD. Enthaltungen? – Die Partei-Klima-Fraktion. Dann ist das im Übrigen mit Mehrheit so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Stadt beschließt mit sofortiger Wirkung gemäß § 63 Absatz 2 in Verbindung mit § 113 Absatz 2 GO NRW unter Abberufung von Ratsfrau Monika Lehmhaus,

Ratsfrau Dr. Christine Rachner

in den Aufsichtsrat der D.LIVE GmbH & Co. KG zu entsenden.

Die Entsendung gilt bis zur Neubesetzung des Gremiums in der nächsten Wahlperiode – vorbehaltlich einer Abberufung durch den Rat. Nach Ablauf der laufenden Wahlperiode üben die bisherigen Mitglieder ihr Mandat bis zum Zusammentritt des neuen Aufsichtsrates weiter aus.

Endet die Amtszeit des Aufsichtsrates aufgrund gesetzlicher oder gesellschaftsvertraglicher Regelungen vor einer neuen Beschlussfassung des Rates, so gilt diese Bestellung auch für die dann anstehende Konstituierung des Aufsichtsrates.

35

Aufsichtsrat der Flughafen Düsseldorf GmbH – Ersatzwahl

RAT/185/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ich darf darauf hinweisen, dass wir hier zwei Vertreter zu wählen haben. Das heißt, wir machen hier einen einheitlichen Wahlvorschlag, der einheitlich abgestimmt werden muss. Das sind Ratsherr Rohloff und Ratsfrau Dr. Proschmann, die als einheitlicher Vorschlag vorliegen. Ich darf diesen Vorschlag zur Abstimmung stellen. Ich darf fragen: Gibt es Gegenstimmen? – Das ist die AfD. Damit ist der einheitliche Wahlvorschlag nicht zustande gekommen. Ich würde den Vorschlag aber jetzt als normale Liste zur Abstimmung stellen. Ich darf fragen: Gibt es weitere Listen? – Das ist nicht Fall. Dann stimmen wir ab über die Liste Rohloff und

Proschmann. Ich darf fragen und mache das einmal positiv: Wer ist für diesen Vorschlag? – Das sind Die Linke, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der Oberbürgermeister, CDU, FDP und Ratsfrau Krüger. Wer enthält sich? – Die Partei-Klima-Fraktion. Wer ist dagegen? – Die AfD. Damit hat der Vorschlag eine Mehrheit bekommen, und die beiden sind gewählt.

Beschluss

Der Rat der Stadt schlägt der Gesellschafterversammlung der Flughafen Düsseldorf GmbH gemäß § 63 Absatz 2 in Verbindung mit § 113 Absatz 2 GO NRW vor,

unter Abberufung von Ratsfrau Monika Lehmhaus

Ratsherrn Mirko Rohloff (FDP)

und unter Abberufung von Frau Dr. Zanda Martens

Ratsfrau Dr. Sabrina Proschmann (SPD)

in den Aufsichtsrat der Flughafen Düsseldorf GmbH zu wählen und beauftragt die/den städtische/-n Kapitalvertreter/-in entsprechend in der Gesellschafterversammlung der Flughafen Düsseldorf GmbH Beschluss zu fassen.

Die Beauftragung gilt bis zur Neubesetzung des Gremiums in der nächsten Wahlperiode – vorbehaltlich einer Abberufung bzw. eines anderslautenden Beschlusses. Nach Ablauf der laufenden Wahlperiode üben die bisherigen Mitglieder ihr Mandat somit bis zu einer neuen Entsendung weiter aus.

Endet die Amtszeit des Aufsichtsrates aufgrund gesetzlicher oder gesellschaftsvertraglicher Regelungen vor einer neuen Beschlussfassung des Rates, so gilt diese Beauftragung auch für die dann anstehende Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat.

36

Sportbeirat der D.LIVE GmbH & Co. KG – Ersatzwahl

RAT/189/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu Debatte gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? – AfD. Enthaltungen? – Die Partei-Klima-Fraktion. Dann ist das im Übrigen mit Mehrheit so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Stadt beschließt mit sofortiger Wirkung gemäß § 63 Absatz 2 in Verbindung mit § 113 Absatz 2 GO NRW unter Abberufung von Ratsfrau Monika Lehmhaus,

Herrn Thomas Nicolin

in den Sportbeirat der D.LIVE GmbH & Co. KG zu entsenden.

Die Entsendung gilt bis zur Neubesetzung des Gremiums in der nächsten Wahlperiode – vorbehaltlich einer Abberufung durch den Rat. Nach Ablauf der laufenden Wahlperiode üben die bisherigen Mitglieder ihr Mandat bis zum Zusammentritt des neuen Sportbeirates weiter aus.

Endet die Amtszeit des Sportbeirates aufgrund gesetzlicher oder gesellschaftsvertraglicher Regelungen vor einer neuen Beschlussfassung des Rates, so gilt dieser Beschluss auch für die dann anstehende Neuwahl des Sportbeirates.

37

Umbesetzung im Kommunalwahlausschuss der Landeshauptstadt Düsseldorf für die Kommunalwahlen und die Wahl des Integrationsrates 2025

RAT/190/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Gibt es hierzu den Wunsch nach Debatte? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? – AfD. Enthaltungen? – Die Partei-Klima-Fraktion. Dann ist das mit Mehrheit so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließt folgende Umbesetzungen im Kommunalwahlausschuss der Landeshauptstadt Düsseldorf für die Kommunalwahlen und die Wahl des Integrationsrates 2025:

Funktion	bisheriges Mitglied	neues Mitglied
<i>Beisitzerin</i>	<i>Sophie Karow (Bündnis 90/Die Grünen)</i>	<i>Patricia Guillaume (Bündnis 90/Die Grünen)</i>
<i>Persönliche Stellvertretung</i>	<i>Christian Fritsch (Bündnis 90/Die Grünen)</i>	<i>Maximilian Fries (Bündnis 90/Die Grünen)</i>

39

Verwaltungsrat der Stadtparkasse Düsseldorf – Ersatzwahl

RAT/171/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu Debatte gewünscht? – Gegenstimmen? – AfD. Enthaltungen? – Die Partei-Klima-Fraktion. Dann ist das im Übrigen mit Mehrheit so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Stadt wählt aufgrund der §§ 8 Absatz 1 und 12 Absatz 5 des Sparkassengesetzes NRW (SpkG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.11.2008 (GV NRW S. 696/ SGV NRW 764) für den Rest der laufenden Amtszeit

Ratsherrn Mirko Rohloff anstelle von Ratsfrau Monika Lehmhaus

zum ordentlichen Mitglied in den Verwaltungsrat der Stadtparkasse Düsseldorf.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Bevor wir zu den Anträgen kommen, springen wir zurück in der Liste der Verwaltungsvorlagen.

7

Bewerbung Olympische und Paralympische Spiele Rhein-Ruhr

SPOA/021/2025

7.1

Ergänzungsantrag der Ratsfraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Die Partei-Klima-Fraktion

RAT/207/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: HFA und Sportausschuss haben die Vorlage passieren lassen.

Ich darf ganz kurz berichten, dass ich gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten und den Vertretern der anderen 13 Bewerberstädte heute Morgen die Bewerbung an den DOSB übergeben habe. Wir haben bei dieser Gelegenheit deutlich gemacht und dem DOSB auch zugesagt, dass wir eine Form der Bürgerbeteiligung finden werden, die dem Anlass entspricht, und diese auch im Jahr 2026 durchführen. Das heißt, bevor der Zuschlag erteilt wird, soll es ein Bürgervotum zu der Frage geben.

Ich habe die Formulierung mit Bedacht gewählt – „der Sache angemessen“ –, weil wir in den nächsten Wochen noch gemeinsam mit dem Land und innerhalb der Städte abstimmen werden, wie das genau aussehen soll. Es gibt verschiedene Optionen, hier zu einem Bürgervotum zu kommen. Es war ursprünglich auch mal im Gespräch, ein landesweites Votum herbeizuführen. Es gibt die Möglichkeit, vielleicht ein einheitliches Verfahren für alle Bewerberstädte zu finden. Was auch zur Debatte steht, wäre, die üblichen Instrumente der Gemeindeordnung in jeder Stadt einzeln vorzunehmen. Das wird in den nächsten Tagen und Wochen abgestimmt im Kreis der Bewerberstädte. Aber es ist zugesagt, dass es eine Bürgerbeteiligung geben wird. Das ist elementarer Bestandteil der Bewerbung, die heute Morgen überreicht worden ist.

Jetzt habe ich mehrere Wortmeldungen: Ratsherr Dr. Graeßner, Ratsherr Figge, Ratsherr Wiedon, Ratsfrau Lehmhaus, Ratsherr Dr. Fils – in der Reihenfolge, und dann gehen wir weiter mit Ratsfrau Bednarski und Ratsfrau Marmulla. – Ratsherr Dr. Graeßner, Sie haben als Erster das Wort.

Ratsherr Dr. Graeßner (Bündnis 90/Die Grünen): Ich danke Ihnen sehr herzlich, Herr Oberbürgermeister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 11.10.2018 standen wir schon einmal hier und haben über eine Olympiabewerbung entschieden, die wir damals unterstützen wollten, eine privat finanzierte Bewerbung für die Olympischen Spiele 2032. Wir wissen alle: Das war nicht erfolgreich. Die Spiele finden jetzt in Brisbane statt. Aber ich freue mich sehr, dass wir heute einen neuen Anlauf unternehmen wollen, diesmal für eine offizielle Bewerbung Düsseldorfs als Teil der Rhein-Ruhr-Region für die Olympischen und die Paralympischen Spiele 2036 bis 2044.

Wir müssen das heute beschließen, da die Bewerbung Ende Mai beim Deutschen Olympischen Sportbund abgegeben werden muss. Unsere Düsseldorfer Sportagentur D.SPORTS als Teil von D.LIVE hat bei den Invictus Games oder auch bei der EURO 2024 sehr erfolgreich gezeigt, dass sie Sportgroßveranstaltungen planen und durchführen kann, und sie wird dies jetzt auch mit der Bewerbung im Auftrag der Staatskanzlei NRW tun.

Wir befinden uns beim Deutschen Olympischen Sportbund mit München, Hamburg und Berlin im innerdeutschen Wettbewerb um das beste Konzept. Nachdem Bayern und Berlin ihre Konzepte schon vorgestellt haben, war heute NRW dran; wir haben es gerade von unserem Oberbürgermeister gehört. Wir Grünen freuen uns sehr auf diesen Wettbewerb der vier deutschen Regionen und das beste Konzept für die Olympischen und Paralympischen Spiele. Die letzten Großveranstaltungen in Düsseldorf haben gezeigt, dass wir diese nachhaltig und umweltverträglich durchführen können. Ein Vorteil unserer Region ist, dass etwa 95 Prozent aller Anlagen bereits vorhanden sind. Mit diesem Pfund können wir sicherlich wuchern.

Wir freuen uns auf die Olympischen und Paralympischen Spiele in Deutschland, auf einen fairen Wettbewerb, auf Vielfalt und viele Begegnungen. Ich persönlich bin – aus der deutschen Geschichte heraus – kein Fan der Spiele 2036, aber wie man gehört hat, soll jetzt auch Asien zum Zuge kommen. Indien und Katar sind im Gespräch. Es wird darum gehen: 2040 oder 2044.

Eine Bewerbung kann aber nur dann überzeugen, wenn die Menschen vor Ort mitgenommen werden, wenn die Bewerbung transparent, partizipativ und demokratisch legitimiert ist. Wir möchten uns dafür einsetzen, dass ein einheitliches Verfahren, eine einheitliche Abstimmung in allen beteiligten Kommunen durchgeführt wird, wie es gerade unser Oberbürgermeister Keller gesagt hat. Dem DOSB ist die Bürgerbeteiligung für die Bewerbung sehr wichtig, und wir wollen dies mit dem Ergänzungsantrag hier noch einmal bekräftigen. Ich denke, dem können alle zustimmen. – Vielen Dank dafür.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Es hatte sich eben nicht Ratsherr Figge gemeldet, sondern Ratsherr Dr. Fils. Deshalb ist er jetzt an der Reihe, bevor ich Ratsherrn Wiedon und Ratsfrau Lehmhaus aufrufe. Es folgen Ratsfrau Bednarski und Ratsfrau Marmulla. – Ratsherr Dr. Fils, Sie haben das Wort.

Ratsherr Dr. Fils (CDU): Herr Oberbürgermeister! Zum Thema Olympia durfte ich in den vergangenen Jahren oder, genauer gesagt, in den vergangenen Jahrzehnten schon einige Male hier sprechen. Sie wissen, dass ich das sehr gern unterstütze und aus Zuschauerperspektive seit 1996 verfolgt habe. Es ist immer wieder ein Fest. Es ist faszinierend, wie sich Städte mit diesem Thema entwickeln können, und faszinierend, wie die Menschen in Begeisterung dabei sind – zuletzt in Paris. Es war wirklich eine Sensation, und auch eine so tolle Stadt wie Paris, die immer schon großartig war, konnte noch einmal einen großen Sprung machen. Es ist natürlich eine Riesenveranstaltung für den Sport und eine Motivation für die Jugend und für alle.

Ich sagte schon, ich habe bereits einige Male darüber gesprochen, weil wir in den letzten Jahrzehnten schon zwei Anläufe gemacht haben: einmal für 2012, einmal für 2032. Zweimal gescheitert heißt aber nicht, dass man aufgeben muss. Fortuna ist jetzt auch zweimal hintereinander am Aufstieg gescheitert und wird nicht aufgeben und es hoffentlich beim nächsten Anlauf schaffen. So wollen wir das auch mit den Olympischen Spielen machen.

Wir sind vollkommen offen dafür, in welchem Jahr sie stattfinden werden. In der Vorlage stehen zwei Zahlen in einem Klammersatz. Es wird sogar gemunkelt, dass vielleicht nicht nur zwei, sondern – wie bei der Vergabe der letzten Olympischen Winterspiele – zweieinhalb bis drei Spiele vergeben werden. Denn de facto sind bei der Vergabe der letzten Winterspiele zwei Spiele direkt vergeben und die dritte Spielstätte schon nominiert worden: südliches Frankreich und Nizza mit Alpen, Salt Lake City, aber auch die gesamte Schweiz als dritte Spielstätte. Das kann auch hier noch passieren, weshalb ich persönlich sogar auch noch die Zahl 2044 im Kopf habe. Hauptsache, sie kommen hierher. Hauptsache, wir können zeigen, was wir leisten können, und Hauptsache, dass wir klar machen können, dass es die ersten ökologisch und ökonomisch sinnvollen Spiele sein werden, weil wir hier fast alles haben.

Deshalb: Bitte unterstützen Sie diese Bewerbung. Der Oberbürgermeister hat es schon deutlich gemacht: Es wird mit Sicherheit eine Beteiligung der Bevölkerung geben. Auf welchen Ebenen – einzeln, kleinteilig, großteilig, wie auch immer –, darüber muss natürlich jetzt abgestimmt werden. Wir können uns auch nur sehr bei der Landesregierung bedanken, dass sie das alles unterstützt beziehungsweise sogar federführend mit tätig ist für Olympia in Rhein-Ruhr, für richtige, echte Spiele vor Ort in Düsseldorf, Rhein-Ruhr.

(Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Wiedon, bitte. – Ich würde die Redner, insbesondere der Fraktionen, die den Änderungsantrag gestellt haben, bitten, vielleicht einmal zu überlegen, ob dieser noch erforderlich ist; denn es ist wirklich sehr deutlich gesagt worden, dass es in 2026 so stattfinden wird. Also, wir stehen öffentlich im Wort, eine Bürgerbeteiligung zu machen.

Ratsherr Wiedon (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich wiederhole jetzt nicht alles, was Ratsherr Dr. Fils gesagt hat, dass ich auch für Olympische Spiele bin und das großartig finde. Insbesondere hat Paris gezeigt, dass man das auch in demokratischen Städten gut machen kann und nicht nur in Städten, wo sich die Struktur von IOC und FIFA, glaube ich, in anderen Staatsformen besser aufgehoben fühlt, weil die Partizipationsprozesse in Demokratien etwas leidiger sind. Aber es ist trotzdem gut, dass es stattfindet. Ich bin auch froh, dass im Winter der Abfahrtslauf für die Goldmedaille bei den Olympischen Winterspielen wieder in Cortina d'Ampezzo stattfindet, in einer klassischen Wintersportregion.

Trotzdem werde ich mich, wenn der Änderungsantrag von meiner Fraktion aufrechterhalten bleibt, enthalten, und zwar aus einem einfachen Grund: Ich bin auch klar für eine Bürgerbeteiligung. Ohne diese geht es in demokratischen Strukturen nicht. – Es wäre auch schön, wenn mein Fraktionsvorsitzender kurz zuhören würde.

(Ratsherr Tups [CDU]: Ja, ich höre zu!)

– Danke schön. – Allerdings glaube ich fest daran, dass es nur dann sinnvoll ist, wenn es eine Abstimmung ist, die dann auch für alle gilt. Wenn wir anfangen, dass in jeder Stadt eine Abstimmung stattfindet, und die Städte, die Nein sagen, dann draußen sind, tun wir uns, denke ich, keinen Gefallen. Als Paradebeispiel: Was ist denn, wenn Kiel und Warnemünde Nein sagen? – Dann kann man die Segelwettbewerbe ja nicht im Baldeneysee stattfinden lassen.

(Ratsherr Raub [SPD]: Doch!)

– Kannst du schon. Es wird ein wenig schwierig. – Oder was ist, wenn Aachen Nein sagt? – Dann kann man die Reiterspiele auch nicht einfach in die Messehalle verlegen. Also, das wird schwierig. Aus meiner Sicht ergibt das keinen Sinn. Es würde auch unserer Bewerbung, denke ich, nicht guttun, auch gegenüber den deutschen Bewerberstädten. Deshalb würde ich mich bei dem Antrag enthalten. Grundsätzlich bin ich selbstverständlich dafür, dass es in Deutschland Olympische Spiele gibt, und ich würde mich natürlich noch mehr freuen, wenn es in Rhein-Ruhr ist. Nur, bei dem Beteiligungsverfahren sage ich: Es muss ein einheitliches Verfahren sein. Sind die Menschen grundsätzlich dafür, finden sie statt. Sind die Menschen grundsätzlich dagegen, finden sie nicht statt. Aber das kleinzuteilen in jeder einzelnen Stadt halte ich nicht für richtig. Deshalb würde ich mich bei dem Antrag enthalten. – Danke schön.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ich möchte nur noch einmal betonen: In welchem Verfahren das genau stattfindet, wird in den nächsten Wochen entschieden, und zwar gemeinsam zwischen den Städten und dem Land. Es ist keine Entscheidung über das Verfahren gefallen. Die Gemeindeordnung hat Instrumente, die gezogen werden könnten. Aber vielleicht gibt es auch noch andere. Deshalb ist darüber keine Entscheidung getroffen. Aber wir haben versprochen, dass wir unsere Bewerbung mit einem Votum der Menschen in den ausrichtenden Städten hinterlegen. Im Übrigen ist die Bewerbung – das vielleicht noch als Anmerkung zu Ratsherrn Dr. Fils – ausschließlich bei D.LIVE geschrieben worden. Der maßgebliche Autor Martin Ammermann sitzt gerade hier auf der Verwaltungsbank. Das Land hat heute Morgen flankierend unterstützt.

Wir haben aber noch eine Reihe von Wortmeldungen. Ratsfrau Lehmhaus ist als Nächste an der Reihe. Es folgen Ratsfrau Bednarski und Ratsfrau Marmulla.

Ratsfrau Lehmhaus (FDP): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für mich schließt sich jetzt ein Kreis. Ich war noch nicht im Stadtrat, als wir die erste Olympiabewerbung unter der Fahnenträgerschaft von Herrn Erwin hatten. Aber ich war eine derjenigen, die alles getan hat, um Olympia zu verhindern. Ich habe eine Bürgerinitiative gegründet, ich habe die Bauern aufgehetzt, ich habe alles getan. Ich habe den gesamten Stadtrat eingeladen, damit er sich anschaut, wo das Olympische Dorf hinsoll. Es ist kein Mensch gekommen, es hat auch keiner geantwortet. Ich möchte jetzt nicht so weit gehen, dass wir dafür gesorgt hätten, dass Olympia nicht zu uns kommt, aber ich möchte erklären und Sie alle mitnehmen, warum diese Bürgerbeteiligung und das Bürgervotum so furchtbar wichtig für uns sind. Denn gegen die Bürger in diesem Land können und sollten wir Olympia nicht durchsetzen, weil Olympia einfach viel mehr ist als Sport.

Sport ist super, Sport ist für uns alle wichtig. Aber Olympia ist eine Idee, und diese Idee ist so unglaublich faszinierend, dass man sie wirklich leben muss. Es ist der Gedanke des Friedens. In dieser Zeit darf kein Krieg geführt werden. So war es ursprünglich. Es ist der ganz große Gedanke der Völkerverständigung, und es ist vor allem auch der Gedanke eines gemeinsamen Aufbruchs. Wenn wir uns jetzt als Region bewerben, in diesen Zeiten, in denen wir eigentlich das Gefühl haben, dass alles auseinanderbricht, dass auch Gesellschaften auseinanderbrechen, kann die

Bewerbung für Olympia zu einem unglaublichen Kitt werden, die Gesellschaft zusammenzubringen, unser Düsseldorf zusammenzubringen, die Region zusammenzubringen und den Menschen das zu zeigen, was wichtig ist: dass wir zusammen etwas gestalten. Unsere Bewerbung wäre demnach für alle ein kolossaler Aufbruch, und ich glaube, diesen Aufbruch hat das Land verdient. Wir brauchen einfach einen Schub, eine große Idee, hinter der wir uns vereinigen können.

Ich möchte als inzwischen Düsseldorferin – man lernt ja im Laufe seiner 30-jährigen kommunalpolitischen Zeit dazu, insofern schließt sich der Kreis – auch zugeben, dass man dazugelernt hat. Dieses Dazulernen heißt natürlich heute, absolut für Olympia zu sprechen; denn es ist nicht nur die Nutzung unserer Infrastruktur, das Überholen unserer Sportinfrastruktur, sondern das Zusammenwachsen von Regionen und das Erfinden wirklich neuer Ideen: Wie innovativ können wir uns fortbewegen? Wo bauen wir hin? Wie kooperieren wir in der Region?

Olympiabewerbung, ich sagte es schon, ist kein Selbstläufer, und der schwierigste Punkt bei vielem ist wirklich die Bevölkerung. Wir haben hier als Stadtrat eine immense Verantwortung. Dieser müssen wir gerecht werden. Wir als Liberale sagen: Dazu gehört aber auch der finanzielle Rahmen. Wir können jetzt nicht einfach sagen: Mit Olympia gibt es einen Freifahrtschein, dass wir einfach nur mit der Kohle herumschippfen. Das erwarten die Bürger auch von uns: Sie wollen konkrete Maßnahmen, Transparenz und Berechenbarkeit. In dieser Berechenbarkeit müssen wir zeigen, dass wir auch mit Geld umgehen können. Diese Chance haben wir, ganz besonders in der Region, in der alle zusammen einzahlen und alle zusammen nutzen.

Für uns, lieber Herr Oberbürgermeister, ist der Zusatz des Ergänzungsantrags nicht nötig. Den können wir als FDP zurückgeben. Wir vertrauen Ihnen, und wir vertrauen uns, dass wir das anständig machen, und ich sage einmal: Düsseldorf kann Olympia, und wir fangen damit an. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Sie haben das Wort, Ratsfrau Bednarski.

Ratsfrau Bednarski (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörende und Zuschauende! Auch die SPD hofft natürlich auf ein Olympia in Deutschland – und natürlich am besten in der Region Rhein-Ruhr, damit wir alle etwas davon haben und wir wieder einmal gute Gastgeber sein können. – So weit dazu.

Des Weiteren schließe ich mich Stefan Wiedon an und wiederhole nicht noch einmal die große Bedeutsamkeit der Olympischen Spiele und warum und überhaupt. Ich glaube, das ist allen klar.

Ich möchte noch einmal kurz auf den Änderungs- oder Ergänzungsantrag eingehen, auf dem, wie wahrscheinlich alle gemerkt haben, die SPD nicht mit draufsteht – aber das aus gutem Grund. Der erste Grund ist: Wir sind nicht davon ausgegangen – und ich glaube, in der heutigen Zeit geht kein Mensch davon aus –, dass Olympische Spiele ohne ein Referendum stattfinden werden. Das haben schon die anderen Bewerbungen in den Jahren davor in anderen Städten gezeigt, und ich glaube, auf die Schnapsidee wird wirklich niemand kommen, das nicht zu tun. Der DOSB schreibt das zwar nicht ausdrücklich vor, unterstützt aber das Vorhaben, und ich denke, es ist auch ein Pluspunkt in der Bewerbung. Daher halten wir diesen Antrag schon mal für überflüssig.

Der Oberbürgermeister hat gerade gesagt, dass der Herr Ministerpräsident dasselbe vorhat – wo es, glaube ich, auch richtig angesiedelt ist, da wir uns ja nicht als Düsseldorf bewerben, sondern als Rhein-Ruhr-Region. Das ist der zweite Punkt, warum wir nicht mit auf dem Antrag stehen. Wir halten diesen Antrag in diesem Punkt auch für übergriffig. Wir als Düsseldorfer Stadtrat beschließen eine Bürgerbeteiligung in der Region. Erstens: Welche Region? Zweitens können wir nicht über die Region bestimmen. Wenn Neuss sagt: „So etwas interessiert uns nicht, brauchen wir nicht, wir spielen hier eh keine Rolle“ – ist das die Region? Oder ist die Region Köln, weil in Köln auch irgendetwas stattfindet?

Das waren die beiden Gründe, warum wir nicht mit auf diesem Antrag stehen. Wir unterstützen natürlich jegliche Bürgerbeteiligung und würden, falls der Antrag aufrechterhalten wird – was wir uns nicht unbedingt wünschen –, trotzdem zustimmen, des lieben Friedens willen und für die Olympischen Spiele. – Danke schön.

(Beifall von der SPD)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Marmulla, bitte.

Ratsfrau Marmulla (Die Linke): Die nachhaltigsten Olympischen Spiele sind die, die nicht stattfinden.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Wenn man auf das Jahr 2022 schaut, sieht man auch, dass es keinen Zusammenhang zwischen Frieden und Olympischen Spielen gibt.

Die Vorlage, die wir heute bekommen haben, ist ein sehr schönes Beispiel für Verwaltungsprosa. Zum Glück haben wir als Linke einen klaren Kompass, indem wir solche Großveranstaltungen ablehnen, unter anderem wegen der unfairen Verträge, die am Ende mit dem IOC zustande kommen müssen. In diesen – das kennen wir schon – werden Ausgaben durch die öffentliche Hand getragen und Einnahmen privatisiert. Das lehnen wir ab. Auch die so gepriesenen Einnahmen zum Beispiel für den Tourismus oder das Gastgewerbe bleiben in der Regel aus, sind auf jeden Fall kurzfristig und nicht nachhaltig.

In der Vorlage werden jegliche Risiken nicht benannt, wie zum Beispiel die Verdrängung von Einwohner*innen, die Verteuerung oder auch die Vernichtung von Wohnraum. Auch sagen Sie zwar, dass die aktuellen Kosten durch das Land getragen würden; Sie sagen aber nicht, wie hoch diese Kosten sind. Auch die Gelder, die das Land ausgibt, sind ja Steuermittel. Daher wäre die konkrete Frage: Welche Kosten hatten wir? – Sie schreiben: Bis Ende Mai würden diese vom Land getragen. Wie hoch sind denn diese Kosten? – München hat in der eigenen Ablehnung dargelegt, dass sich die Bewerbungskosten insgesamt auf 50 Millionen Euro belaufen. Auch dazu würde ich gern fragen, in welchem Kostenrahmen wir uns bei der Bewerbung für die Olympischen Spiele in der Zukunft befinden.

Zu einem Passus bitte ich die Verwaltung ebenfalls nähere Angaben zu machen. Das ist ein sehr schwammiger Absatz zum Thema Digitalisierung. Ich bitte die Verwaltung, diesen Absatz mit Maßnahmen, Zielen und konkreten Schritten heute schon zu konkretisieren. – Vielen Dank.

(Beifall von der Linken)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ich habe als Nächsten Ratsherrn Hartnigk, dann Ratsherrn Raub und Ratsherrn Dr. Schulz auf der Redeliste. – Bitte, Ratsherr Hartnigk.

Ratsherr Hartnigk (CDU): Herzlichen Dank. – Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Die CDU hält den Ergänzungsantrag nicht mehr aufrecht, nachdem der Oberbürgermeister hier erklärt hat, dass unter der Führung des Landes versucht wird, eine möglichst einheitliche Regelung der bewerbenden Kommunen bei der Bürgerbefragung herbeizuführen. Wir gehen davon aus, dass das Land auch im eigenen Interesse an einer erfolgreichen Bewerbung ein Verfahren auf den Weg bringt, das alle Kommunen zufriedenstellt. Daher stimmen wir der Verwaltungsvorlage als solcher zu. Den Ergänzungsantrag brauchen wir daher nicht mehr. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vielen Dank. – Ratsherr Raub hat als Nächster das Wort. Bitte, Ratsherr Raub.

Ratsherr Raub (SPD): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur kurz noch das ergänzen, was Frau Kollegin Bednarski gerade gesagt hat. Zwei Aspekte sind mir in diesem Zusammenhang noch wichtig.

Das eine ist: Wir erinnern uns vielleicht noch an die Diskussion, ob Düsseldorf Austragungsstadt für die Europameisterschaft werden soll. Ich glaube, die Spiele, die hier in Düsseldorf stattgefunden haben, haben uns gutgetan, nicht zuletzt deshalb, weil wir auch noch Städteumbenennungen mit Düsseldorf Süd und Düsseldorf Nord realisieren konnten. Das fanden wir gut. – Das ist das eine.

Das andere ist: Wir wissen nicht, welches Schicksal dieser Antrag jetzt noch hat. Für uns ist allerdings, das möchte ich klarstellen, eine Bewerbung für Olympische Spiele im Jahr 2036 ein No-go.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Dr. Schulz hat als Nächster das Wort.

Ratsherr Dr. Schulz (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Meine Damen und Herren! Ich finde es schön zu sehen, dass Olympia nicht ohne die Beteiligung der Menschen, die in der Region leben, stattfinden soll. Ich habe jetzt sehr viele flammende Reden gehört, die ausgedrückt haben: Ja, wir müssen die Menschen mitnehmen, wir müssen Beteiligung machen, und wir müssen uns dafür einsetzen, dass es eine Lösung dafür gibt. – Das finde ich alles total richtig. Deshalb würde ich auch dabei bleiben; denn dieser Passus, dieser Ergänzungsantrag verwehrt ja nichts, sondern er zeigt einfach noch einmal: Dieses starke Statement zu Olympia kann nur funktionieren, wenn wir beteiligen, wenn wir die Menschen mitnehmen, wenn wir die Vorteile sehen, die das Ganze für die Region und für jeden Einzelnen in der Region bringt.

Im Übrigen haben das andere Kommunen auch noch einmal ergänzend gemacht, und wir wissen auch, dass wir erst eine besondere rechtliche Grundlage schaffen müssen, um zu schauen, wie diese Bürgerbeteiligung zwischen verschiedenen Kommunen in diesem abgesteckten Raum überhaupt funktionieren kann. Insofern finde ich, dass wir dabei bleiben sollten, diesen Ergänzungsantrag als bekräftigendes Statement vom Rat der Stadt Düsseldorf auszusenden. Deshalb würde ich ihn für unsere Fraktion aufrechterhalten.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Gibt es weitere Wortmeldungen?

(Ratsfrau Marmulla [Die Linke]: Ich hatte Fragen an die Verwaltung und melde mich danach!)

– Soweit wir sie beantworten können, tun wir das natürlich. – Herr Stadtdirektor Hintzsche.

Stadtdirektor Hintzsche: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das ist heute ein Begrüßungsbeschluss für ein Vorhaben, das ja nicht zum letzten Mal den – – Danke, dass schon die Handmeldung kommt. Dann kennen Sie ja meine Antworten schon.

(Ratsfrau Marmulla [Die Linke]: Nein, nein, ich melde mich wegen etwas anderem!)

Es ist ja nicht das letzte Mal, dass wir den Rat der Landeshauptstadt befassen werden. Denn wenn Olympia tatsächlich nach Nordrhein-Westfalen kommt, wenn bestimmte Sportstätten hier für die Sportarten qualifiziert werden müssen, die wir anbieten werden, werden wir mit Sicherheit auch hier weitere Beschlüsse dazu fassen. Es ist also nicht die letzte Befassung an dieser Stelle.

Wir haben vom Land für die Konzeptionserstellung – das war sehr aufwendig – zwar aus der Rhein-Ruhr-Bewerbung von Herrn Mronz sozusagen das Rohgerüst, aber in den Jahren dazwischen sind jetzt schon einige Veränderungen aufgetreten. Das haben wir an dieser Stelle nachqualifiziert.

Dafür haben wir eine Leistung von 50.000 Euro entweder erhalten oder zugesagt bekommen. Ich weiß jetzt nicht, ob sie buchungstechnisch schon eingegangen sind. Die übrigen Kostenthemen können natürlich zum jetzigen Zeitpunkt deshalb nicht beantwortet werden, weil wir nicht wissen, mit welchem Geldbetrag sich der Bund oder das Land beteiligen würden und welche Infrastrukturmaßnahmen im Übrigen dazukommen. Insofern gibt die Bewerbung im Rahmen eines Begrüßungsbeschlusses das wieder, was heute dazu gesagt werden kann.

Das gilt auch für das große Feld der Digitalisierung. Ich knüpfe gern daran an, was Ratsherr Dr. Fils sagte: Wenn man sieht, welche Initialzündungen von Olympiabewerbungen über den rein sportlichen Bereich hinaus ausgehen können, dann ist das allerhand. Deshalb haben wir es an dieser Stelle angetippt, aber noch nicht weiter konkretisiert. Aber das ist kein Mangel, sondern es ist die Stärke des Begrüßungsbeschlusses, dass er genau das beschreibt, was man zum jetzigen Zeitpunkt treffsicher beschreiben kann.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vielen Dank, Herr Stadtdirektor. – Ratsfrau Marmulla hatte sich noch einmal gemeldet. – Sie haben das Wort.

Ratsfrau Marmulla (Die Linke): Vielen Dank für die Antwort. Wir nehmen das zur Kenntnis, vor allem, dass kein Kostenrahmen für die nächsten Schritte genannt werden kann. Wenn man grundsätzlich beschließt, in eine Richtung zu gehen, und noch nicht mal eine Idee davon hat, wie viel das kosten könnte, dann ist das natürlich schwach. Es zeigt auch das mangelhafte Konzept an dieser Stelle.

Außerdem möchte ich noch einmal sagen: Ich hatte auch zum Thema Digitalisierung gefragt und würde die entsprechende Person, die dazu etwas sagen kann, bitten, auszuführen.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Entschuldigung. Der Stadtdirektor hat das beantwortet, dass dazu zurzeit keine konkreten Aussagen getroffen werden können.

Ratsfrau Marmulla (Die Linke): Okay, dann sage ich: Verwaltungsprosa. Sehr gut. – Zum Thema Bürgerbeteiligung: Wir werden dem Antrag zustimmen, vor allem, weil wir natürlich der Transparenz und der Beteiligung von Bürger*innen immer positiv gegenüberstehen. Wir sehen das auch sozusagen schon als Ihre Zustimmung zu unserem Ratsbürgerentscheid zum Thema Oper. Dabei gehen wir davon aus, dass wir gemeinschaftlich diese Frage wieder in die Einwohnerschaft zurückgeben. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall von der Linken)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Deshalb können wir zur Abstimmung kommen. Ich würde zunächst die Verwaltungsvorlage zur Abstimmung stellen und dann den Ergänzungsantrag, der jetzt noch, wenn ich es richtig verstanden habe, von Bündnis 90/Die Grünen und Die Partei-Klima-Fraktion aufrechterhalten worden ist, richtig?

(Ratsherr Dr. Schulz [Bündnis 90/Die Grünen] nickt.)

– Okay.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Vorlage SPOA/021/2025, „Bewerbung Olympische und Paralympische Spiele Rhein-Ruhr“. Ich darf fragen: Wer ist für diese Vorlage? – Das sind Die Linke, Die Partei-Klima-Fraktion, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und AfD. Es sind alle, auch der Oberbürgermeister. – Wie bitte? – Tierschutz/Freie Wähler ist es auch, genau. Ich mache einmal kurz die Gegenprobe: Enthaltungen? – Gegenstimmen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich rufe den Ergänzungsantrag RAT/207/2025 von Bündnis 90/Die Grünen und Die Partei-Klima-Fraktion auf. Ich darf fragen: Wer ist für den Ergänzungsantrag? – Die Linke, Die Partei-Klima-

Fraktion, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist gegen den Ergänzungsantrag? – FDP und AfD. Wer enthält sich? – Die CDU. Damit ist der Antrag mehrheitlich angenommen.

Beschluss

Vorlage SPOA/021/2025 in Verbindung mit Vorlage RAT/207/2025

Der Rat der Stadt begrüßt die Initiative des DOSB, eine Bewerbung für Olympische und Paralympische Spiele zu prüfen. Er bittet die Verwaltung und D.LIVE/D.SPORTS, eine Bewerbung für die Region Rhein-Ruhr weiterhin positiv zu begleiten.

*Die Landeshauptstadt Düsseldorf wird darauf hinwirken, dass vor einer finalen Entscheidung des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) für einen deutschen Bewerber ein geeigneter Bürger*innenentscheid in Düsseldorf gemeinsam mit der Region über die Bewerbung für die Olympischen und Paralympischen Spiele durchgeführt wird.*

(Unruhe)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Können wir mal wieder zurück zur Tagesordnung kommen?

8

Bebauungsplan-Entwurf Nr. 05/016 – Veranstaltungsgelände/Messeparkplatz APS/037/2025/1

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vom HFA mehrheitlich empfohlen. Hierzu war von Ratsfrau Krüger die Debatte gewünscht worden. Sie hat sich auch als Erste zu Wort gemeldet. Ratsfrau Vorspel folgt. – Sie haben das Wort, Ratsfrau Krüger.

Ratsfrau Krüger (Tierschutz/Freie Wähler): Danke, Herr Oberbürgermeister. – Sehr geehrte Damen und Herren! 1.849 kranke Bäume wurden 2024 in Düsseldorf gefällt. In diesem Jahr, 2025, sind es schon 668 Bäume, die krankheitsmäßig gefällt werden mussten. Die Klimaprognose für diesen Sommer ist: Es wird sehr heiß werden, in den nächsten Jahren wahrscheinlich noch mehr. Von der Klimakatastrophe hören wir ständig: im Fernsehen, im Radio, überall. Ich habe auch heute in der Zeitung gelesen, dass die führenden Fraktionen schon zugestimmt haben und man eigentlich, habe ich schon von anderer Seite gehört, gar nicht mehr nach vorn zu kommen braucht, denn es ist eigentlich schon durch.

Aber mir ist es einfach noch einmal wichtig zu sagen: Die ganzen Umweltschäden, die wir haben, diese kranken Bäume, das Wetter, das umschwingt, die ganzen Maßnahmen, die wir ergreifen und für die wir noch Geld zuzahlen: Das könnten wir alles vermeiden, wenn wir einfach mal in Düsseldorf die Bäume stehen lassen würden, wo sie stehen. Auf dem Messegelände zum Beispiel stehen 56 Bäume, die für sechs Veranstaltungen im Jahr gefällt werden. In zehn Jahren denkt man wahrscheinlich, wenn man etwas weiterdenkt und sieht, dass alles noch schlimmer geworden ist: Wie konnten die das damals machen, wenn man jetzt sieht, dass man diese Bäume noch hätte retten können? – Danke, AC/DC, dass Sie in die Arena gehen. Das geht auch. Die Bands kommen hierher, dafür muss man keine Bäume fällen oder dieses Gelände zur Verfügung stellen.

Das Weitere ist, wenn diese Gruppen hierher kommen, allein schon diese Lärmmaßnahme. Wir als Ratsgruppe haben vor etlichen Jahren ein Video eingestellt, da war eines unserer Bürgermitglieder vor Ort und hat aufgenommen, als gerade ein Flugzeug durch die Einflugschneise kam. Es ist ein tierischer Lärm. Die Frage ist jetzt: Wenn dieses Konzert kommt – nehmen wir einmal an, nächstes Jahr kommt irgendeine bekannte Gruppe –, wird dann der Flugverkehr für den Zeitraum eingestellt, wenn diese Band spielt? Denn die Musik muss so unsäglich aufgedreht werden, damit man den Lärm, der durch die Flugzeuge entsteht, übertönt.

Des Weiteren habe ich gelesen, dass in diesem Jahr AC/DC Gott sei Dank in der Arena auftritt und die Baumfällungen nicht stattfinden. Man hat ja die Bäume, die Horste und die Löcher schon

zugeklebt und alles, damit die Vögel nicht brüten können. Nicht umsonst hängen wir überall die ganzen Brutkästen auf – bestimmt nicht, weil die Vögel hier zu viele Brutmöglichkeiten haben. Ganz im Gegenteil, es wird immer weniger. Meine Frage ist, wenn in diesem Jahr die Bäume nicht gefällt werden und unsere Vögel dringend Brutplätze suchen oder die Natur allgemein, ob man dann wieder die Bäume für dieses Jahr so konzipieren kann, dass es noch möglich ist, dass die Tiere sie wenigstens in diesem Jahr noch nutzen können. – Das ist das Erste.

Der BUND hat eine Stellungnahme zu diesem Projekt abgegeben. Er sagt, dass die Planung nicht zu befürworten sei. Die geplante Fällung von 56 Bäumen sei unverhältnismäßig. Des Weiteren reden sie davon, dass vier Vogelarten in diesem Plangebiet brüten und außerhalb dieses Plangebiets 21 planungsrelevante Vogelarten nachgewiesen wurden. Der BUND schlägt vor, dass sofort das Artenschutz-Monitoring mit modernen Methoden einsetzen muss. Die Stadt Düsseldorf schreibt dazu: Der Stellungnahme wird nicht gefolgt. Die Durchführung eines Artenschutz-Monitorings erfolgt entsprechend den Empfehlungen des artenschutzrechtlichen Fachbeitrags.

Meine Frage ist jetzt: Was ist denn das Problem, wenn man direkt dieses Artenschutz-Monitoring macht? – Vielleicht sieht man seltene Vögel und freut sich, dass Düsseldorf noch über diese seltenen Vögel verfügt. Oder man sieht vielleicht ganz seltene Feldmäuse oder sonst etwas. Mein Vorschlag wäre: Machen Sie dieses Artenschutz-Monitoring. Vielleicht werden wir angenehm überrascht, dass Düsseldorf seltene Tierarten hat. – Danke.

(Beifall von Ratsfrau Opelt [AfD])

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Vorspel hat als Nächste das Wort. – Bitte, Ratsfrau Vorspel.

Ratsfrau Vorspel (Die Linke): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Zuhörende am Stream! Liebe Baumschutzgruppe! In den letzten Rats- und Ausschusssitzungen sind sehr viele Argumente gegen den Open Air Park genannt worden. Diese sind bis heute nicht widerlegt worden.

Nur kurz zur Erinnerung einige Fakten daraus: Es handelt sich hier um eine Fläche, die als Ausgleichsfläche fungiert. Das Spiel, Ersatzpflanzungen, die man als Ausgleichspflanzungen vornimmt, wären einfach bei angeblichem Bedarf abzuholzen, ergibt nicht den Sinn einer Ausgleichsfläche. Dafür gibt es keine Ausgleichsflächen. So haben die Bäume keine Chance, den Sinn zu erfüllen.

Dann: Die wahrscheinliche Eintragung von Dreck, Müll und Urin von 80.000 Besucherinnen und Besuchern in einem Wasserschutzgebiet ist nicht zu verantworten. Wie wollen Sie das verhindern?

Die wichtigste Frage: Was ist mit dem Bedarf? – Große Bands wie Linkin Park und Ed Sheeran spielen ohnehin im Rheinstadion, in der Arena. Selbst die Toten Hosen haben für ihre Tour 2026 die Arena gebucht. Wer soll denn da überhaupt kommen, um sechs bis acht Veranstaltungen im Jahr zu füllen, damit die Ausgabe von 12 Millionen Euro – liebe Düsseldorferinnen und Düsseldorfer, 12 Millionen Euro gibt die Stadt dafür aus, dass die Ausgleichsflächen abgeholzt werden – kostendeckend wird? – Ich kenne nicht so viele große Gruppen, die da ziehen. Die Zuschauerinnen und Zuschauer haben diese Frage bereits deutlich entschieden. Das groß angekündigte Probekonzert mit AC/DC ist grandios gescheitert. In Karlsruhe gab es die 80.000 verkauften Tickets und in Berlin auch, in Düsseldorf nicht. Nur 40.000 wurden verkauft, deshalb zieht AC/DC ins Rheinstadion, in die Arena. Das Projekt wird niemals rentabel sein.

Jetzt wird bekannt, dass für die Open-Air-Fläche unterirdische Bierleitungen verlegt werden sollen. Besser wäre es, diese unterirdischen Planungen einzustellen. Wir hoffen auf eine breite Ablehnung. – Vielen Dank.

(Beifall von der Linken)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Rohloff hat als Nächster das Wort. Es folgt Ratsfrau Lehmann. – Bitte, Ratsherr Rohloff.

Ratsherr Rohloff (FDP): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Ratsfrau Vospel, was war das denn? – Fünf Minuten abgelesene Empörung. Sie verwechseln den Plenarsaal offensichtlich mit dem Bundeskongress der Linksjugend solid.

Meine Damen und Herren, wir sind froh, heute diese Eventfläche auf den Weg zu geben. Was die Bäume betrifft: Sie haben gelesen, D.LIVE hat angekündigt, 300 neue Bäume zu pflanzen. Wir sprechen hier nicht über einen Stadtwald, sondern über einen Parkplatz, und diese Fläche bietet einfach ein enormes Potenzial. Es wird die größte Open-Air-Fläche in Nordrhein-Westfalen, und es ist gut, dass wir als Landeshauptstadt eine Event- und Festivalfläche für bis zu 80.000 Besucherinnen und Besucher in unserer Stadt schaffen.

(Ratsfrau Marmulla [Die Linke]: Aber es kommt leider niemand! – Ratsherr Raub [SPD]: Woher wollen Sie das denn wissen?)

– Das wollen wir mal sehen. Ich denke, wenn wir heute den Beschluss gefasst haben, werden sich auch mehr Veranstalter dafür begeistern können, denn sie brauchen in der Regel Planungssicherheit. Ich bin frohen Mutes, dass wir unvergessliche Konzerte und Festivals in dieser Stadt auf dieser Fläche erleben werden, und freue mich auf den heutigen Beschluss. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Es folgt Ratsfrau Lehmann. – Bitte, Ratsfrau Lehmann.

Ratsfrau Lehmann (Die Linke): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörende! Auch liebe Baumschutzgruppe! Viele Argumente sind schon vorgetragen worden. Ich finde Zynismus an dieser Stelle nicht angesagt. Ich stehe hier jetzt auch ohne Zettel. Sie hatten einen Zettel, Ratsherr Rohloff – dies nur zur Kenntnisnahme.

Ich möchte einen Aspekt beleuchten. So weit ist die Messe von hier gar nicht entfernt. Also, man könnte sehr wohl mal einen Ortsbesuch in Gruppen veranstalten, hinfahren – was wir getan haben.

(Ratsherr Rohloff [FDP]: Ich war auch schon da!)

Eigentlich möchte ich ein Konzert, wenn ich denn eines dort hören wollte, gern ohne Fluglärm hören. Wir waren zwei Stunden dort vor Ort. Jede Minute donnerte ein Flieger über uns hinweg. Wir konnten nicht miteinander sprechen. Diese Erfahrung hat der Büroleiter von Herrn Geisel 2018 auch gemacht, als wir mit ihm im Gespräch vor Ort waren. Das war sehr seltsam. Das heißt, es sollen Konzerte unter diesen landenden Flugzeugen stattfinden. Ich weiß nicht, ob das so prickelnd für die Zuhörerinnen und Zuhörer ist und ob sie sich dann wirklich Tickets kaufen. Vielleicht war das auch eine Entscheidung, die beim Verkauf der Tickets für das anberaumte AC/DC-Konzert eingeflossen ist. Also, wir sind gegen dieses Projekt, weil wir das in keinerlei Hinsicht befürworten können – aus Umweltgründen, wie schon gesagt, und auch wegen des Lärms.

(Beifall von der Linken)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung über die Vorlage APS/037/2025/1, der Bebauungsplan-Entwurf Nummer 05/016, Veranstaltungsgelände/Messeparkplatz. Ich darf fragen: Wer ist für diese Vorlage? – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der Oberbürgermeister, CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Wer ist dagegen? – Die Partei-Klima-Fraktion, Die Linke in Gänze, AfD und Tierschutz/Freie Wähler. Damit ist der Bebauungsplan aber mehrheitlich angenommen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Beschluss

- I. *Der Rat der Stadt stimmt der Behandlung der Äußerungen gemäß § 3 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der derzeit gültigen Fassung sowie der Behandlung der Stellungnahmen nach § 4 BauGB gemäß Vorlage Nr. APS/115/2024 zu (zustimmender Beschluss des Ausschusses für Planung und Stadtentwicklung sowie Beschlussempfehlung an den Rat vom 22.01.2025, Anlage 3 zur vorliegenden Vorlage).*
- II. *Der Rat der Stadt stimmt der Behandlung der Stellungnahmen aus der erneuten Beteiligung gemäß § 4 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) in der derzeit gültigen Fassung gemäß der Anlage 1a zu.*
- III. *Der Rat der Stadt nimmt Kenntnis von den zum Bebauungsplan-Entwurf Nr. 05/016 – Veranstaltungsgelände / Messeparkplatz - während der Veröffentlichung im Internet und der öffentlichen Auslegung abgegebenen Stellungnahmen und entscheidet hierüber gemäß § 3 Absatz 2 BauGB entsprechend Anlage 1 zur vorliegenden Vorlage.*
- IV. *Der Rat der Stadt beschließt die Änderung des Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 05/016 – Veranstaltungsgelände / Messeparkplatz –.*

Es handelt sich insbesondere um:

- *Ergänzung und Klarstellung der Hinweise zum Denkmalschutz, zu Lichtimmissionen und zum Nachweis auf Kampfmittelfreiheit*

- V. *Der Rat der Stadt beschließt*

den für ein Gebiet südlich der A 44 (Anschlussstelle D.-Messe / Arena), westlich der Straße Am Staad sowie östlich des Lotzweges

- *maßgebend ist die Festsetzung des räumlichen Geltungsbereiches gemäß § 9 Absatz 7 BauGB im Bebauungsplan-Entwurf Nr. 05/016 – Veranstaltungsgelände / Messeparkplatz – am 22.01.2025 aufgestellten und heute geänderten Bebauungsplan-Entwurf Nr. 05/016 – Veranstaltungsgelände / Messeparkplatz - gemäß § 10 Absatz 1 BauGB als Satzung mit der Begründung einschließlich des Umweltberichtes vom 10.04.2025 sowie der zusammenfassenden Erklärung (siehe Anlage 2).*

17

Freigabe verkaufsoffener Sonntagnachmittage im Jahre 2025 in der Innenstadt (gesamte Stadtteile Stadtmitte, Altstadt und Carlstadt)

OVA/056/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wird hierzu das Wort gewünscht? – Ratsfrau Cordes hat als Erste das Wort. – Sie haben das Wort, Ratsfrau Cordes.

Ratsfrau Cordes (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. – Ich hatte mich nicht gemeldet, um hier eine Grundsatzdebatte zum Thema Sonntagsöffnung vom Zaun zu brechen,

(Ratsherr Raub [SPD]: Das ist gut!)

– das ist gut, genau – sondern nur, um einmal kurz zu sagen, dass wir es sehr begrüßen, dass die Anträge hier auf einer ganz anderen Datengrundlage erfolgt sind. Insbesondere – das ist auch der ergänzenden Stellungnahme der IHK, der Studie zur Düsseldorfer Innenstadtentwicklung, zu entnehmen – sind darin interessante Daten, übrigens nicht nur zu diesem Thema, sondern auch zu vielen anderen Themen, die unsere Innenstadt betreffen. Vielleicht beschäftigen wir uns an anderer Stelle noch einmal damit. Aber natürlich gibt es zum Thema Sonntagsöffnungen noch andere Kriterien, nach denen man das bewerten und dem zustimmen oder eben nicht zustimmen kann. Das ist auch innerhalb unserer Fraktion so. Darum haben wir diese Abstimmung freigegeben und werden unterschiedlich abstimmen. – Dies schon einmal als Ankündigung.

(Vereinzelt Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Kühbacher, Ratsherr Rohloff, Ratsherr Born. – Bitte, Ratsherr Kühbacher.

Ratsherr Kühbacher (SPD): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Die grundsätzliche Position der SPD zu Ladenöffnungen am Sonntag dürfte hinlänglich bekannt sein. Ich erwähne sie trotzdem noch einmal, weil vielleicht heute auch Zuhörende am Stream sind, die das im letzten Jahr oder in den letzten Jahren nicht mitverfolgt haben und die Niederschriften der letzten Jahre nicht aufrufen, um sich das zu erarbeiten. Ich habe mir aber für uns überlegt: Was bringe ich denn jetzt einmal als andere, neue Begründung gegen diese beiden Öffnungen, außer dem, was ich gerade gesagt habe?

Dazu sei vielleicht ein Hinweis erlaubt. Wenn ich über die Öffnung während der Messe rede und mir die Begründung anschau: Die Messe erstreckt sich über eine ganze Woche. Wenn man sich vor Augen führt, dass in der Regel diejenigen, die die Messen besuchen, auch über längere Zeiträume dort sind: Warum müssen sie dann ausgerechnet nur an dem Sonntag einkaufen gehen, obwohl sie das am Samstag, Freitag, Donnerstag oder Mittwoch vorher und am Montag, Dienstag oder Mittwoch danach auch tun können? – Das erschließt sich mir persönlich jedenfalls nicht.

Im zweiten Punkt beziehe ich mich auf den Weihnachtsmarkt, auf die erheblichen Menschenmassen dort. Wir haben uns an anderer Stelle schon einmal darüber ausgetauscht, wie man Zahlen erheben kann. Wenn man das jetzt noch einmal gemacht hätte, dann hätte der Oberbürgermeister vielleicht festgestellt, dass am Samstag vorher dort, wo Weihnachtsmarkt ist und wo wir keinen Radverkehr auf der Shadowstraße haben, weil es dort verboten ist, sehr viel mehr Menschen sind, die auch während des Weihnachtsmarktes einkaufen gehen können. Sie müssen das nicht am Sonntag tun. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Rohloff, bitte.

Ratsherr Rohloff (FDP): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelhandel hat es ohnehin schon schwer. Wir hatten Corona, deren Nachwirkungen im Einzelhandel nach wie vor vorhanden sind. Der Wettbewerb durch das Onlineshopping, aber auch die Inflation, was ein geändertes Kaufverhalten der Konsumentinnen und Konsumenten bedeutet, stärken den Einzelhandel auch nicht gerade. Auch die unklare Situation beziehungsweise die Baustellensituation am Heinrich-Heine-Platz, wo ja weiterhin das Prinzip Hoffnung vorangetrieben wird, stärken den Einzelhandel nicht gerade, der sich in direkter Nachbarschaft befindet. Die entsprechenden Medienberichterstattungen haben Sie sicherlich auch gelesen. Gerade für den inhabergeführten Einzelhandel in Düsseldorf in der Innenstadt – nicht für die großen Ketten – ist der verkaufsoffene Sonntag eine wichtige Umsatzquelle.

Gerade aus dem Umland kommen viele nach Düsseldorf. Wenn man sich an einer Sonntagsöffnung die Kennzeichen in den Parkhäusern ansieht, so sind es wirklich vielerlei Auswärtige, die vom Niederrhein und aus der ganzen Region hierherkommen, die sonst ihr Geld an diesem Tag, Ratsherr Kühbacher, wahrscheinlich in Roermond oder sonst wo ausgeben würden, wo sonntags nämlich geöffnet ist.

Auch die Klagemotivation der Gewerkschaft ver.di, die die durchaus berechtigten Interessen ihrer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Einzelhandel vertritt, verstehe ich nicht; denn gerade beim Einzelhandel, der durch die eben genannten Maßnahmen sehr schwer belastet ist, muss man aufpassen, dass man hinterher noch berechnete Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern hat, die man verteidigen kann, wenn man den Einzelhandel ein Stück weit auch damit schädigt.

Ich appelliere von hier aus an Schwarz-Grün im Land, endlich eine rechtssichere Regelung des Ladenöffnungszeitengesetzes vorzunehmen, die den Einzelhändlern Planungssicherheit gibt. Denn

wenn eine Sonntagsöffnung bis drei Tage vorher noch einer gerichtlichen Überprüfung standhalten muss, ist es schwierig, so eine Veranstaltung zu bewerben und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzuplanen.

Letzter Punkt: Hier appelliere ich auch an uns. Ich erinnere mich, sicher auch die Kolleginnen und Kollegen, die schon etwas länger hier im Haus sind: Wir hatten vor Corona einen Runden Tisch zu Sonntagsöffnungen. Dieser ist dann unter Corona eingeschlafen, wo sowohl die Politik als auch ver.di, die Kirchen, der Handelsverband, alle mit am Tisch saßen und frühzeitig probiert haben, einen Kompromiss für die Sonntagsöffnungen zu finden, der dann auch mit einer großen politischen Mehrheit dieses Hauses verabschiedet wurde und den Einzelhändlerinnen und Einzelhändlern frühzeitig Planungssicherheit gegeben hat. Ich würde mich freuen, wenn wir uns zumindest für das nächste Jahr, vielleicht nach der Kommunalwahl, dazu durchringen könnten, diesen Runden Tisch noch einmal erneut zu versuchen, um es in Zukunft besser zu lösen. Das ist meine Lanze für den Einzelhandel. Ich glaube, in Düsseldorf hat er eine große Chance. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Born hat als Nächster das Wort.

Ratsherr Born (Die Linke): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Ratsherr Rohloff, vielleicht nehmen Sie einmal zur Kenntnis, dass der Sonntag ein geschützter Tag ist. Nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen ist es möglich, dass an diesem Tag gearbeitet wird.

(Ratsherr Rohloff [FDP]: Sagen Sie das mal den Krankenschwestern und den Feuerwehrleuten!)

– Ja, das willst du ja für Industriebetriebe rund um die Uhr, wo nur zur Aufrechterhaltung der Produktionsmöglichkeiten gearbeitet wird. Auch Amazon hat versucht, die Sonntagsarbeit einzuführen. Sie sind komplett gescheitert. Das muss man einmal zur Kenntnis nehmen.

Es gibt höchststrichterliche Entscheidungen darüber, unter welchen Bedingungen Sonntagsöffnungen beziehungsweise Sonntagsarbeit überhaupt möglich sind. Wenn wir davon ausgehen, dass der Sonntagsschutz ein Schutz für Beschäftigte, für Angestellte und Arbeiter*innen ist, dann ist klar: Der 12. Oktober ist ein Tag vor Herbstferienbeginn, das heißt, dann werden auch manche Verkäufer*innen im Urlaub sein. Dann müsste die Sonntagsöffnung durch das Personal, das da ist, gewährleistet werden. Das heißt, der Druck, an einer Sonntagsöffnung zu arbeiten, wird für alle Beschäftigten größer; das muss man dabei auch sehen. Es mag im Interesse von Einzelhandelsunternehmen sein, möglichst häufig Sonntagsöffnungen vorzunehmen. Aber dagegen steht das Interesse der Beschäftigten, die wenigstens den Sonntag als arbeitsfreien Tag brauchen. – Schönen Dank.

(Beifall von der Linken)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Als Nächster hat Ratsherr Montanus das Wort. Es folgt Ratsherr Hartnigk. – Bitte, Ratsherr Montanus.

Ratsherr Montanus (FDP): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Meine Damen und Herren! Ich könnte Ihnen jetzt ungefähr zwölf Berufsgruppen aufzählen, die am Sonntag arbeiten sollten und müssen und auch werden. Von dieser Warte her kann man jetzt nicht sagen: Sonntag ist grundsätzlich immer ein arbeitsfreier Tag. Ich möchte eigentlich dem Einzelhandel die Gelegenheit geben – es muss ja nicht sein –, am Sonntag zu öffnen. Es wird auch genügend Mitarbeiter im Einzelhandel geben, die dies gern tun wollen, aber wir verbieten es ihnen einfach so an bestimmten Tagen. Das sollten wir nicht tun. Wer einmal an einem Sonntag eingekauft hat – es gibt ja auch genug Bauernshops, die teilweise geöffnet haben –, wird festgestellt haben, dass man dort in Ruhe einkaufen kann und die Mitarbeiter auch nicht genervt sind, sondern sehr freundlich mit einem umgehen – ein ruhiger Tag ebenfalls für die Mitarbeiter. Es muss auf freiwilliger Basis sein. Aber es einfach zu verbieten, ist nicht sehr freiheitlich-demokratisch. – Danke.

(Beifall von der FDP)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Hartnigk.

Ratsherr Hartnigk (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ratsherr Born, Herr Kollege Montanus hat es gerade gesagt: Was Sie hier erzählen, ist völliger Quatsch.

(Ratsfrau Marmulla [Die Linke]: Ich bitte Sie!)

Natürlich arbeitet wahrscheinlich mehr als ein Viertel der Bevölkerung grundsätzlich sonntags, wenn wir uns mit der Straßenbahn oder mit dem Bus bewegen, wenn wir in ein Restaurant gehen, wenn wir krank sind, zur Notaufnahme oder in ein Krankenhaus gehen. Wir wählen sogar sonntags, dann müssen Verwaltungsmitarbeiter arbeiten. Das ist nichts Besonderes. Ich gebe Ihnen recht: Ein Tag in der Woche kann und soll auch frei sein. Aber wir befinden uns ja hier auch in einem Bereich von Tarifverträgen, und solange die Tarifparteien für sich nicht vereinbart haben, dass an einem Sonntag nicht gearbeitet werden soll, kann man dem Kunden und dem Anbieter diese Chance einräumen.

Meine Damen und Herren, das ist ja hier keine Verwaltungsvorlage, über die wir – zwar formal – zu entscheiden haben. Das ist ein Antrag des Handelsverbandes. Wir sollten in diesem Rat nicht die besseren Einzelhändler werden wollen als jene, die in diesem Verband organisiert sind und die aus der Erfahrung der vergangenen Jahre für sich entscheiden, an einem Sonntag zu öffnen und dem Kunden etwas anzubieten – ja, Ratsfrau Marmulla und Ratsherr Born, auch, um Geld zu verdienen. Davon zahlen sie übrigens auch wieder Steuern in dieser Stadt. Das ist nichts Verbotenes, und das finde ich auch sehr richtig.

Wir hatten es in der Vergangenheit tatsächlich, dass kurzfristig beantragte und auch genehmigte verkaufsoffene Sonntagnachmittage beklagt worden sind und die Gerichte entschieden haben. Deshalb bin ich eigentlich froh, dass wir nur noch zwei haben. Ich könnte mir vorstellen, dass es wieder mehr werden. Aber wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, Ratsherr Born, dass eine Vielzahl von Menschen sowohl bereit ist, an einem Sonntag zu arbeiten, weil – Klammer auf – die Tarifparteien diese Arbeit auch mit Zuschlägen versehen haben und sie durchaus attraktiv machen, und auf der anderen Seite sehr viele Menschen in die Stadt kommen, um dieses Angebot anzunehmen. Wenn das alles nicht mehr funktionieren würde, meine Damen und Herren, würden wir aller Wahrscheinlichkeit nach, das wage ich hier zu prophezeien, auch keinen Antrag des Handelsverbandes mehr bekommen, an einem Sonntagnachmittag den Einzelhandel zu öffnen. Die CDU wird der Vorlage zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Fix hat das Wort. – Bitte, Ratsherr Fix.

Ratsherr Fix (Die Partei-Klima-Fraktion): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Ich wollte nur kurz in Erinnerung rufen, dass wir auch gerade entgegen den Experten entschieden haben, Ausgleichsbäume zu fällen. Daher macht die Logik keinen Sinn, zu sagen: Der Handelsverband weiß das besser als wir, und deshalb sollten wir dieser Entscheidung folgen. – Ich glaube, das war jetzt verwirrend. Entschuldigen Sie.

(Heiterkeit)

Ja, vergessen Sie es. Ja, genau, wir sind gegen Öffnung am Sonntag. – Danke schön.

(Beifall von Die Partei-Klima-Fraktion)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vielen Dank, Ratsherr Fix. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung über die Vorlage OVA/056/2025, „Freigabe verkaufsoffener Sonntagnachmittage im Jahre 2025 in der Innenstadt“. Ich darf fragen: Wer ist für diese Vorlage? – Das sind Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, AfD und Tierschutz/Freie Wähler sowie der Oberbürgermeister. Wer enthält sich? – Eine Enthaltung, Ratsherr Hartmann?

(Ratsherr Wiedon [CDU]: Mehrere Enthaltungen!)

Zwei Enthaltungen bei der CDU, eine bei Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – SPD, Die Linke und Die Partei-Klima-Fraktion, soweit sie noch da ist, Ratsherr Fix, und drei Gegenstimmen bei Bündnis 90/Die Grünen habe ich auch gesehen. Das war aber die Mehrheit für den Antrag.

Beschluss

Der Rat der Stadt beschließt die Freigabe der nachfolgend aufgeführten verkaufsoffenen zwei Sonntagnachmittage mit einer Öffnungszeit von 13 bis 18 Uhr:

- 1. In der Innenstadt (die gesamten Stadtteile Stadtmitte, Altstadt und Carlstadt) am Sonntag, dem 12.10.2025.*
- 2. In der Innenstadt (die gesamten Stadtteile Stadtmitte, Altstadt und Carlstadt) am Sonntag, dem 30.11.2025.*

29

Grundsatzbeschluss zur Neuordnung des Schulstandortes Heidelberger Straße 75 SCHUA/013/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Hierzu hat sich Ratsherr Wiedon als Erster gemeldet. Es folgen Ratsherr Dr. Graebner und Ratsfrau Vorspel. – Bitte, Ratsherr Wiedon.

Ratsherr Wiedon (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, bevor ich zum eigentlichen Thema komme, kurz die Ereignisse des ungewollten Umzugs der Schülerinnen und Schüler aus Erkrath nach Düsseldorf in dieser Woche zu erwähnen. Ich möchte mich ausdrücklich bei der Verwaltung – Oberbürgermeister, Stadtdirektor, bei allen Beteiligten, beim Amt für Schule und Bildung, bei Frau Wandt und bei Herrn Schwindowski – bedanken, dass das so schnell, reibungslos und großartig über die Bühne gegangen ist. Daher an dieser Stelle vielen Dank dafür!

(Beifall von der CDU)

Ich fand es auch wahnsinnig empathisch, wie die am Standort ansässigen Schülerinnen und Schüler aus Düsseldorf die Schüler*innen aus Erkrath empfangen haben. Herzlichen Dank dafür! – Das sei mir gestattet neben dem aktuellen Thema.

Dann zum Thema Standort Heidelberger Straße: Es kommt wieder eine im wahrsten Sinne des Wortes gewaltige Schulbaumaßnahme auf uns zu. Der Standort: ein typisches Gebäude der 70er-Jahre, stark in die Jahre gekommen, stark baufällig. Wir gehen das jetzt an, und ich bin froh, dass wir das noch in dieser Wahlperiode auf den Weg bringen. Ich war mit vielen anderen auf der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages. Bei allen Rednern wurde, glaube ich, deutlich, dass man vor allem gute Schulen und Kitas braucht und aufgrund der Finanzlage der Kommunen Sorge hat, sie nicht mehr darstellen zu können.

Ich glaube, bei allem, was wir in Düsseldorf tun, alle zusammen – ich beziehe auch die letzte Wahlperiode ein –, über alle Fraktionen hinweg, können wir stolz darauf sein, wie wir Schulpolitik machen: ohne Ideologie, sondern nach Bedarf. Was wir in den letzten zehn Jahren im Schulbau gemacht haben, ist sicherlich fast einzigartig in dieser Republik. Wir können gemeinsam,

unabhängig davon, in welcher Fraktion man ist, stolz darauf sein, was wir hier geleistet haben, das darf ich an dieser Stelle sagen.

Wir brauchen diesen Standort. Mit 1.300 Schülerinnen und Schülern ist es der größte Schulstandort, den wir haben, und es ist gut, wie wir das angehen, mit der IPM an der Seite in einem Totalunternehmerverfahren. Ich bin ganz sicher, dass wir dort wieder eine Schule hinbekommen, die den Erfordernissen des 21. Jahrhunderts in jeglicher Form gerecht wird. Wer den Standort kennt: Es ist ein unglaublicher Flächenbedarf, den wir dort in Anspruch genommen haben. Wir werden das sicherlich in dieser Form nicht mehr brauchen. Es werden auch Flächen frei, möglicherweise auch zusätzliche Sportflächen. Dementsprechend haben wir dort eine große Chance. Ein Schulleiter des dortigen Berufskollegs ist anwesend, der – im positiven Sinne – mit einem Erweiterungsbau betroffen ist. Die Elleraner Schützen haben bei der temporären Traglufthalle, die auf deren Fläche aufgestellt wird, direkt mitgezogen. Das ist gemeinschaftlich wirklich eine großartige Sache.

Am Ende möchte ich noch kurz etwas zum Bad sagen, weil das die Menschen natürlich auch beschäftigt. Ich bin eigentlich – Sie kennen mich – jemand, der frei redet. Ich nehme jetzt trotzdem einmal mein Manuskript, weil es wichtig ist, es genau so zu Protokoll zu geben.

Die CDU-Fraktion erkennt den Wunsch der Menschen vor Ort und der BV 8, das Bad am Standort Heidelberger Straße auch nach dem Schulneubau zu erhalten. Dabei wird auch dem Umstand Rechnung getragen, keine Wasserflächen zu verlieren, da das Erlernen der Schwimmfähigkeit bereits im Kindesalter in Düsseldorf eine hohe Priorität besitzt. Darüber hinaus genießt das Bad auch bei den Vereinen eine große Beliebtheit mit einem hohen Auslastungsgrad. Einzelne Schwimmzeiten sind auch über die Vereine für die Öffentlichkeit zugänglich.

In diesem Sinne soll eine zweite Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben werden, die sich mit der Frage eines Neubaus des Bades am Standort Heidelberger Straße beschäftigt. Dies soll unter Beteiligung der Bädergesellschaft geschehen. Auf der Grundlage einer solchen Machbarkeitsstudie soll dann beraten und Beschlüsse gefasst werden. Die Machbarkeitsstudie soll im zweiten Halbjahr 2026 vorliegen. Damit geben wir dem Bad eine richtige Perspektive, dass sie am Standort erhalten bleibt. Wir müssen das Verfahren aber aus meiner Sicht trotzdem trennen, weil es unterschiedliche Player gibt und die IPM und die beteiligten Firmen keine Firmen sind, die direkt ein Bad bauen können. Ein Bad zu bauen, ist eine ganz spezielle Sache; das wissen alle, die mit Bädern zu tun haben. Deshalb trennen wir zwar das Verfahren, aber wir geben dem Bad und den Menschen eine klare Perspektive vor Ort, dass wir das Bad erhalten wollen.

In diesem Sinne, denke ich, ist das heute ein Meilenstein für die Heidelberger Straße, für die Schulen, die jetzt in eine gute Zukunft blicken, und für die Bürgerinnen und Bürger, die sicher sein können, dass sie auch weiterhin ihr Bad in Eller benutzen können. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ich habe weiterhin Wortmeldungen von Ratsherrn Dr. Graeßner, der als Nächster dran ist. Es folgen Ratsfrau Vorspel, Ratsherr Dr. Schork und Ratsherr Albes. – Bitte, Ratsherr Graeßner.

Ratsherr Dr. Graeßner (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich mich dem Dank von Stefan Wiedon anschließen, dass Sie die Erkrather Schülerinnen und Schüler so unkompliziert in Düsseldorf untergebracht haben. Noch einmal vielen Dank auch von mir beziehungsweise von uns an die Verwaltung, dass das so gut funktioniert hat.

Jetzt zum Antrag der Verwaltung. Wir haben im November 2023 auf Antrag von Schwarz-Grün, auf Initiative von uns Grünen im Schulausschuss beschlossen, die Verwaltung aufzufordern, eine Machbarkeitsstudie für den Neubau oder die Sanierung der größten Düsseldorfer Schule, der Dieter-Forte-Gesamtschule in Eller, in Auftrag zu geben. Ich war mehrfach dort. Wer das

Schulgebäude aus den 70er-Jahren kennt – Ratsherr Wiedon hat es auch schon angedeutet –: Wir haben hier einen riesigen Sanierungsstau. Es regnet durch, besonders in den Klassenräumen im zweiten Stock, wenn man bei Regen dort drin ist. Die Sporthallen sind gesperrt, dort regnet es auch durch. Die Mensa ist zum Teil gesperrt. Dazu kommt die defekte Heizungsanlage. Daher freuen wir uns sehr, dass wir heute den Grundsatzbeschluss fassen, die Dieter-Forte-Gesamtschule neuzubauen, zwei Dreifachsporthallen, dazu eine Tragluftsporthalle als Übergang auf der anderen Straßenseite und den Erweiterungsbau des Lore-Lorentz-Berufskollegs.

Im weiteren Verfahren soll noch ein Schwimmbad neugebaut werden, das wir dort am Standort haben. Lustigerweise ist das eigentlich das besterhaltene Gebäude des gesamten Ensembles dort. Ich habe auch schon in den vorberatenden Gremien gesagt, dass wir uns wünschen, dass das Bad mindestens eins zu eins gebaut wird, also mit 25-Meter-Bahn, mit Sprungturm und mit Hubboden. Das ist kein reines Lehrschwimmbecken, sondern ein weitergehendes Becken.

In der BV 8 gab es dann den Änderungsantrag – ich lese ihn jetzt nicht noch einmal vor; wir haben ihn gerade wortwörtlich gehört –, dass dieses Bad auch für die öffentliche Nutzung gebaut werden soll. Aktuell wird das Bad für Schulschwimmen und für die Vereine genutzt. Das Bad ist wirklich von Montag bis Freitag ausgelastet. Wir haben aktuell das Bäderkonzept. Wir bauen gerade das letzte Bad in Unterrath, und wir würden uns erst einmal weiter an diesem Bäderkonzept orientieren. Darum würden wir bei dem Änderungsantrag der BV 8 so nicht mitgehen, bitten aber die Verwaltung im Laufe des Verfahrens um eine bedarfsgerechte Prüfung des Bades. – Vielen Dank dafür.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Vorspel, bitte. Es folgt Ratsherr Dr. Schork. – Bitte, Ratsfrau Vorspel.

Ratsfrau Vorspel (Die Linke): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Sehr geehrte Damen und Herren! Die Linke befürwortet die Pläne für diese Schulmaßnahmen ausdrücklich. Wir haben noch eine Frage bezüglich der vier Photovoltaikanlagen von Bürgerenergiegesellschaften, die sich auf den Dächern der Lore-Lorentz- und der Dieter-Forte-Schule befinden. Diese Anlagen wurden vor vielen Jahren auf Initiative von Menschen, die die Energiewende beschleunigen wollten, installiert. Zu dieser Zeit hat die Stadt Düsseldorf noch keine eigenen Photovoltaikanlagen gebaut. Daher war dieses Engagement der Menschen, die sich daran finanziell beteiligt haben, sehr wichtig, um das als Anstoß zu nehmen. Diese Anlagen laufen noch, und die Frage ist: Was passiert während der Bauzeit und bei dem Neubau mit diesen vier verschiedenen Anlagen? – Danke.

(Beifall von der Linken)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Dr. Schork. – Es folgt Ratsherr Albes.

Ratsherr Dr. Schork (FDP): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für die FDP kann ich ebenfalls meinen Vorrednern nur zustimmen. Auch wir begrüßen, dass dieses Projekt angegangen wird. Die Vorredner haben es schon angedeutet: Das ist ein sehr komplexes Projekt, das uns viele Jahre beschäftigen wird. Es wird im Übrigen neben dem Schwimmbad auch noch eine Gasleitung verlegt. Das ist also eine wirklich sehr umfangreiche Maßnahme, die uns auch finanziell in ganz andere Regionen befördern wird.

Ich möchte deshalb noch einmal die Bitte an die Verwaltung richten – wie ich es auch schon im Schulausschuss gesagt habe; gerade auch, weil die Maßnahme mehrere Jahre dauert und verschiedene Bauabschnitte relevant sind –, dass wir eine gute Transparenz der Kosten und der Aufwände haben, sodass wir das auch als Politik gut nachvollziehen können. Das wäre eine Bitte, die ich auf diesem Wege auch schon einmal mitgeben möchte, damit wir uns das anschauen können. – Danke.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Albes, bitte. – Sie haben das Wort.

Ratsherr Albes (SPD): Vielen Dank. – Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nicht die Worte von meinen Vorrednern wiederholen und schon gar nicht die wichtigen und richtigen Worte des Schulausschussvorsitzenden Stefan Wiedon. Aber vielleicht doch noch zwei, drei Sätze von mir: Ich denke schon, dieses Projekt „Schulstandort Heidelberger Straße“ darf aus keinem Grund, egal aus welchem, aufgehalten werden. Ich glaube, wir werden dies heute auch nicht tun. Denn dieses Projekt ist nicht nur wichtig und richtig, sondern auch notwendig. Ich glaube aber, dass man diese ganzen Ungereimtheiten, die innerhalb der letzten zwei Wochen in den verschiedenen Ausschüssen hochgekommen sind, hätte vermeiden können – das als erster Hinweis von mir –, wenn man die Regeln – zumindest das, was man sich einmal auf die Fahne geschrieben hat – eingehalten hätte. Man hätte die BV 8 als Erstes mit ins Boot holen sollen, dann den Schulausschuss, dann den Sportausschuss und dann den Bauausschuss – diese drei Ausschüsse, die sich damit beschäftigt haben. Jetzt ist es hier im Rat. Es wäre ruhig abgelaufen – das wäre zumindest meine Einstellung oder mein Gedanke gewesen –, wenn man das so gemacht hätte. Auch in anderen Sachen sind die BVen schon einmal hintenangestellt worden. Wenn man die BVen nach vorne setzen würde, liefen manche Situationen in den Ausschüssen etwas ruhiger.

Aber noch einmal zum Thema „notwendig“: Wir haben eben schon gehört, die Schule hat ein Regenproblem, auch im Bereich der Sporthallen. Wir bekommen dort zwei neue Dreifachturnhallen – wunderbar. Aber zum jetzigen Zeitpunkt verwandelt sich solch eine Sporthalle, wenn es etwas stärker regnet, in ein Schwimmbecken. Das brauchen wir nicht. Das haben wir vorne an der Heidelberger Straße. Was können wir da also tun? – Zunächst einmal jetzt diese ganze Sache auf den Weg bringen. Aber wenn wir noch weitersehen: Daneben ist ein Sportplatz. Den müssen wir im Sportausschuss irgendwann auch noch einmal anfassen. Ich hoffe, dass er mittlerweile in den Sportausschuss gehört.

Aber das Thema Schwimmbad ist immer noch wichtig. Die Vereine brauchen das. Stefan hat es eben gesagt, die anderen auch. Das Schulschwimmen ist dort drin. Deshalb heißt dieses Schwimmbad anscheinend auch „Lehrschwimmbecken“. Aber wir müssen aufpassen und immer ein Auge darauf haben, auch in der Phase des Umbaus. Ich möchte nicht, dass das Lehrschwimmbecken nachher wieder „Leerschwimmbecken“ heißt, aber dann mit zwei „e“ geschrieben wird. – Danke schön.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Eine Antwort auf die Frage nach den erwähnten PV-Anlagen? – Herr Stadtdirektor.

Stadtdirektor Hintzsche: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wenn ich es richtig sehe, waren es zwei Themenkomplexe. Das eine war das Thema Machbarkeitsstudie für das Hallenbad in Eller – so nenne ich es jetzt einmal, damit ich an dieser Stelle nicht irgendwelche Zielgruppen ausschließe. Den Hinweis würden wir aufnehmen und die Bädergesellschaft damit beauftragen.

Das Thema der Bürgersolaranlagen ist natürlich Bestandteil des Planungsprozesses. Das ist nicht die erste Schule, an der wir dieses Thema haben. Wir haben das auch beim Marie-Curie-Gymnasium. Das heißt, wenn wir heute den Grundsatzbeschluss fassen, müssen auch zu allen Einzelmaßnahmen noch Ausführungs- und Finanzierungsbeschlüsse hier im Rat gefasst werden. Dann müssen wir darauf eine Antwort gefunden haben oder auch nicht. Das ist Bestandteil des Planungsprozesses.

Nur eines sage ich auch dazu: Die Schule ist so abgängig, dass wir im Moment die Situation haben, dass wir sie, wenn wir nichts tun, irgendwann an der Stelle gar nicht mehr betreiben können. Deshalb würden wir einen Lösungsvorschlag machen, wenn wir den AuF präsentieren. Dieser Lösungsvorschlag kann unterschiedlich aussehen. Es kann auch sein, dass wir einen Alternativstandort anbieten. Das kann ich heute noch nicht beantworten.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vielen Dank, Herr Stadtdirektor. – Wir sind damit am Ende der Debatte zu TOP 29 angekommen. Ich stelle die Vorlage zur Abstimmung. Es geht um die Vorlage SCHUA/013/2025: „Grundsatzbeschluss zur Neuordnung des Schulstandortes Heidelberger Straße 75“. Ich darf fragen: Wer ist für diese Vorlage? – Das sind SPD, Die Linke, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, AfD und Tierschutz/Freie Wähler sowie auch der Oberbürgermeister. Wer Enthalt sich? – Die Partei-Klima-Fraktion. Ist jemand dagegen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Beschluss

1. *Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließt zur zukunftsfähigen Ausrichtung des Schulstandortes Heidelberger Straße 75 nachfolgende Maßnahmen:*
 - a) *Errichtung einer Traglufthalle (Dreifachhalle) als Interim zur Aufrechterhaltung des Schulsports auf dem Flurstück 126 an der Heidelberger Straße 4*
 - b) *Verlegung der Ferngasleitung auf dem Grundstück der Heidelberger Straße 75 zur Erlangung der Baufreiheit für den Neubau der Dieter-Forte-Gesamtschule*
 - c) *Ersatzneubau für die Lore-Lorentz-Schule angrenzend an das Schulgebäude Schloßallee 25*
 - d) *Ersatzneubau für die Dieter-Forte-Gesamtschule inkl. Sporthallen an der Heidelberger Straße 75*
 - e) *Ersatzneubau des Lehrschwimmbeckens an der Heidelberger Straße 75 mit der Möglichkeit, das Lehrschwimmbecken nach baulicher Fertigstellung in den Eigenbetrieb der Bädergesellschaft übergehen zu lassen.*
2. *Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beauftragt die Verwaltung, für die unter Ziffer 1 aufgeführten Maßnahmen die erforderlichen Ausführungs- und Finanzierungsbeschlüsse herbeizuführen.*
3. *Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf ermächtigt die Verwaltung, die IPM mit der Planung und Umsetzung der unter Ziffer 1 aufgeführten Maßnahmen zu beauftragen und stimmt der Durchführung einer Totalunternehmervergabe für den unter Beschlusspunkt 1 d) genannten Ersatzneubau für die Dieter-Forte-Gesamtschule inklusive Sporteinheiten an der Heidelberger Straße 75 zu.*
4. *Für die Planungen bis zu den Ausführungs- und Finanzierungsbeschlüssen sind nach Schätzungen der IPM Mittel in Höhe von 11 Millionen Euro erforderlich. Die für das Jahr 2025 benötigten Mittel in Höhe von 2,6 Millionen Euro werden durch die IPM vorfinanziert und mit den für die Jahre 2026 und 2027 benötigten Mitteln zum Veränderungsverzeichnis in den Haushalt eingebracht.*
5. *Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließt für die Lore-Lorentz-Schule, Schloßallee 14, 40229 Düsseldorf, Schulnummer 186454, gemäß § 81 Absatz 2 SchulG in Verbindung mit § 83 Absatz 6 und 7 SchulG NRW*
 - *die Einrichtung eines befristeten Teilstandortes an der Heidelberger Straße 75, 40229 Düsseldorf, beginnend zum Schuljahr 2025/2026 bis zur Fertigstellung eines Ersatzneubaus für die Lore-Lorentz-Schule am Standort Heidelberger Straße 75, avisiert 2029 und*
 - *die Einrichtung eines befristeten Teilstandortes am Standort Aldekerkstraße 23, 40549 Düsseldorf, beginnend zum Schuljahr 2025/2026 bis zur Fertigstellung der neuen Schulsportanlagen am Standort Heidelberger Straße 75, avisiert 2030 und*
 - *die dauerhafte Einrichtung des Teilstandortes an der Schloßallee 25, 40229 Düsseldorf.*
6. *Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beauftragt die Verwaltung mit der Planung des unter Beschlusspunkt 1 c) genannten Ersatzneubaus für die Lore-Lorentz-Schule angrenzend an das Schulgebäude Schloßallee 25 synergetisch die Einrichtung eines außerschulischen Lernortes für den Bereich MINT gemäß Schulausschussbeschluss SCHUA/010/2025 gemeinsam mit dem zdi-Netzwerk MINT Düsseldorf, der Lore-Lorentz-Schule, dem Amt für Schule und Bildung und der Kommunalen Koordinierung kostenneutral für die Landeshauptstadt Düsseldorf zu inkludieren.*

31

Bereitstellung des Deutschlandtickets Schule im Schülerverkehr für das Schuljahr 2025/2026

RAT/168/2025

31.1

Änderungsantrag der Ratsfraktion Die Partei-Klima-Fraktion

RAT/203/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Bitte, Ratsherr Fix. Anschließend Ratsherr Dr. Schork und Ratsherr Czerwinski. – Sie haben das Wort, Ratsherr Fix.

Ratsherr Fix (Die Partei-Klima-Fraktion): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Zunächst einmal begrüßen wir ausdrücklich, dass die Stadt einen Großteil der Kosten übernehmen möchte. Wir würden aber gern noch einen Schritt weitergehen, sodass die Kosten des Deutschlandtickets für Schülerinnen und Schüler gänzlich übernommen werden, einfach weil es viele positive Effekte mit sich bringt, nämlich dass man die jungen Menschen ganz früh an den ÖPNV binden kann, sodass sie vielleicht für den Rest ihres Lebens mehr auf den ÖPNV ausgelegt sind, dass ihre Familien dadurch vielleicht motiviert werden, Familienausflüge zusammen mit dem ÖPNV und nicht mit dem Auto anzugehen, und dass wir morgens weniger Elterntaxis auf den Straßen haben, die sowieso relativ unsinnig sind. Wir haben natürlich den Nachteilsausgleich. Es gibt also sehr, sehr viele Gründe, wieso es sehr sinnvoll wäre, auch wenn es mit Kosten verbunden ist. Aber ich glaube, die Stadt hat schon durchaus für weniger sinnvolle Dinge Geld ausgegeben. Dementsprechend sollten wir uns dafür entscheiden, hier das Geld auszugeben. – Danke schön.

(Beifall von Die Partei-Klima-Fraktion)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Dr. Schork, und dann Ratsherr Czerwinski. – Bitte, Ratsherr Dr. Schork.

Ratsherr Dr. Schork (FDP): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bekenne mich ausdrücklich als Fan des Deutschlandtickets. Ich glaube, man kann unterstreichen, das alles das, was in der Vorlage steht, zur Mobilitätswende beiträgt. Mich hat allerdings noch ein wenig zum Nachdenken gebracht, dass wir etwas andere Rahmenbedingungen haben. Es ist 9 Euro teurer geworden; das weiß jeder. Wir haben heute Morgen auch gehört, dass die Rheinbahn die kostendeckende Einführung des Deutschlandtickets nicht hinbekommen hat. Schließlich, wenn Sie einmal in die Nachbarkommunen schauen, ist man beispielsweise in Kaarst und auch in Bottrop zum SchokoTicket zurückgekehrt, also vom Deutschlandticket zum SchokoTicket. Das steht auch in der Vorlage.

Ich habe mich deshalb einmal hingesetzt und ein bisschen gerechnet. Ich würde mich freuen, wenn die Verwaltung sozusagen bestätigt, dass ich richtig gerechnet habe – jedenfalls bei denen, die den Vollzuschuss bekommen. Wir haben 8.100 Schüler, die den Vollzuschuss bekommen. Bei zwölf Monaten habe ich ein Delta von 12,55 Euro vom SchokoTicket, das für den gesamten VRR gilt, zum Deutschlandticket ausgerechnet. Wenn ich dann rechne, komme ich auf 1,2 Millionen Euro, die dann sozusagen gezahlt werden, obwohl wir mit dem SchokoTicket den kompletten gesetzlichen Anspruch erfüllen. Dazu habe ich nur einmal die Frage, ob ich richtig gerechnet habe und das tatsächlich der Mehraufwand ist, den wir obendrauf legen.

Im Zusammenhang mit den 8.100 Schülern habe ich noch eine ergänzende Frage. Der Zuschuss ist ja gestaffelt. Dabei gibt es Kriterien: 2 Kilometer für die Grundschüler, 5 Kilometer für die weiterführenden Schüler. Ich würde gern noch Folgendes verstehen: Sind es bei diesen 8.100 Schülern überwiegend Grundschüler, die diesen Vollanspruch haben, weil sie eben näher an der Schule wohnen, oder wie rastert sich das auf? Ich denke, das ist für die Betrachtung auch wichtig, wenn Sie sagen, Mobilität für Schüler ist wichtig, weil Grundschüler kaum in Berlin oder München mit dem Deutschlandticket fahren und es dort nutzen werden. Deshalb diese zwei ergänzenden Fragen, damit wir das auch richtig einsortieren können. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Czerwinski, bitte. – Sie haben das Wort.

Ratsherr Czerwinski (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das ist eine gute Vorlage, weil das Deutschlandticket eine komplizierte Sache ist, wie das zwischen Bund und Land und Kommunen geregelt wird. Die Schülerfahrkostenverordnung ist noch komplizierter. Das ist aber eine gute Vorlage, die wir hier haben. Drei Ministerien und der VRR haben in einem Entwurf gezeigt: 20 Prozent von denjenigen, die Selbstzahler sind, nehmen das mehr. Das ist ein Erfolg für den Verkehr. Das ist gut. Natürlich kann man sagen: Wir machen es ganz frei. Das sind zweistellige Millionenbeträge. Das kann man so überlegen. Das wäre etwas für die Haushaltsberatungen. Ich finde, wir müssen jetzt den Antrag beschließen zu den Bedingungen, die wir haben. Das ist gut. Und wenn wir dann darüber reden, wie das Deutschlandticket für verschiedene ausgestattet ist, dann – das habe ich schon einmal gesagt – müssen wir über das Sozialticket reden, bevor wir an die Schüler denken, und da müssen wir dann auch einmal die Akzente richtig setzen, aber das bei den Haushaltsberatungen. – Danke.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vielen Dank, Ratsherr Czerwinski. – Ratsherr Hartnigk, bitte. Es folgt Ratsherr Droste. – Bitte, Ratsherr Hartnigk.

Ratsherr Hartnigk (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die CDU begrüßt die Vorlage absolut positiv. Kollege Czerwinski hat zu Recht darauf hingewiesen: Das Deutschlandticket für Schüler ist ein Erfolg, weil wir entgegen der vorherigen Regelung 20 Prozent mehr ins System bekommen haben. Das zeigt eigentlich, dass wir da auf dem richtigen Weg sind.

Kollege Fix, wenn wir das für alle frei machen sollen, dann hätten wir 30.000 Schüler, für die wir ein Ticket bezahlen müssten. Das wären knapp 15 Millionen Euro, die wir jährlich für alle Schülerinnen und Schüler mehr zahlen müssten. Das ist angesichts der Leistungsfähigkeit der Haushalte von Kommunen einfach nicht leistbar. Deshalb sind wir umso froher, dass die Landeshauptstadt diese Vorlage erstellt hat und das Deutschlandticket für die berechtigten Schülerinnen und Schüler weiter mit einem durchaus namhaften Betrag unterstützt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Droste, bitte, Sie haben das Wort.

Ratsherr Droste (FDP): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Ich habe auch noch eine Frage an die Verwaltung. Wir reden von einem Defizit bei der Rheinbahn von 300 Millionen Euro.

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Nein, nicht alles glauben, was in der „Rheinischen Post“ steht, Ratsherr Droste! Das muss ich Ihnen doch nicht extra sagen!)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Das hat Frau Schneider, glaube ich, heute Morgen klargestellt, dass das so nicht richtig war.

Ratsherr Droste (FDP): Gut. – Wie bekommen wir denn dieses Defizit besser runter? Indem wir in den großen Topf Deutschlandticket zahlen oder indem wir die SchokoTickets zahlen? Was geht denn besser in die Kasse der Rheinbahn, und was reduziert besser das Defizit der Rheinbahn?

Oberbürgermeister Dr. Keller: Weder das eine noch das andere. – Wir haben aber noch eine Wortmeldung von Ratsherrn Fix. In der Zwischenzeit überlegt die Verwaltung, wie sie antwortet. – Ratsherr Fix, Sie haben das Wort.

Ratsherr Fix (Die Partei-Klima-Fraktion): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Ich möchte nur zwei gute Geldtöpfe in Erinnerung rufen. Der eine Topf ist die Oper und die Instandhaltung dieser neuen schönen Oper. Daraus könnte man zum Beispiel ein bisschen Geld für die Kinder und Schülerinnen und Schüler hier in der Stadt abzwacken, wenn die einem das wert sind, entgegen der kleinen Nische, die die Oper vielleicht interessanter findet.

Das andere ist: Man könnte zum Beispiel die Nachtabstaltung der Gaslaternen zwischen 1 und 3 Uhr morgens wieder einführen. Ich glaube, das wären etwa 18 Millionen Euro im Jahr. Da hätten wir also das Geld. Das wäre easy machbar. – Danke.

(Beifall von Die Partei-Klima-Fraktion – Ratsherr Raub [SPD]: Wer soll das denn umrüsten?)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wir sind dabei mit der Umrüstung. – Können wir noch etwas zur Aufhellung des Sachverhaltes beitragen? – Herr Stadtdirektor.

Stadtdirektor Hintzsche: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Linken haben heute schon unsere blumigen Vorlagen gelobt. Ich muss sagen, die FDP-Fraktion hat jetzt drei Fragen gestellt, die man hier nicht aus dem Stegreif beantworten kann.

Eine Frage war: Wie verteilt sich das auf Grundschüler und weiterführende Schüler? – Das können wir mit Sicherheit ermitteln, aber das kann ich nicht aus dem Stegreif sagen.

Die Berechnungen, die hier angestellt wurden, kann ich jetzt so schnell nicht nachvollziehen. Diese müssten wir danach austauschen. Ich kann Ihnen nur sagen: Wir haben im Moment die Situation, wie wir es auch in der Vorlage beschrieben haben, dass das Deutschlandticket dazu geführt hat, dass mehr dieses Schülerticket als Deutschlandticket nachfragen als vorher, nämlich 20 Prozent mehr. Das heißt, das Deutschlandticket zahlt auf das Mobilitätsverhalten und damit auch auf die Rheinbahn-Kunden ein – auf Rheinbahn-Kunden von heute und auf mögliche Rheinbahn-Kunden der Zukunft. Das Rheinbahn-Thema insgesamt können Sie mit dem Schuldezernenten diskutieren.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Mit dem Aufsichtsrat.

Stadtdirektor Hintzsche: Aber das würde, glaube ich, den gesamten Horizont nicht widerspiegeln.

Ich will aber generell etwas dazu sagen, warum wir hier in einem Dilemma sind. Der Ausgangspunkt ist diese Schülerfahrkostenverordnung des Landes. Diese wollen wir schon seit vielen Jahren und Jahrzehnten geändert haben, weil sie ursprünglich davon ausgeht, dass Schüler deshalb mobil sind, weil sie zur Schule gehen müssen. Wir wissen aber, dass im Grundschulbereich – mittlerweile auch durch den Ganztags – aber insbesondere im weiterführenden Schulbereich die Schüler mobil sind, weil ihre Lernorte an ganz unterschiedlichen Orten sind. Sie gehen nicht nur zur Schule, sondern zum Sportverein, zur Musikschule und eventuell auch ins Umland. Insofern ist die Schülerfahrkostenverordnung antiquiert. Sie müsste eigentlich ersetzt werden. Wenn das Land dies anpackt – das weiß das Land –, ist das eine Konnexitätsfrage. Deshalb packen sie es nicht an. Da sind wir sozusagen in der klassischen Zwickmühle zwischen Land und Kommunen.

Deshalb nutzen wir jetzt an der Stelle eigentlich relativ smart die Vorteile des Deutschlandtickets. Das Deutschlandticket hat einen Nachteil: Ich kann keinen anderen mitnehmen. Ansonsten hat es nur Vorteile, was die Frage des regionalen Einzugsbereichs angeht. Deshalb sollten wir das im Interesse unserer Schülerinnen und Schüler auch aus bildungspolitischen Gründen machen, weil eben der Lernort nicht allein die Schule ist. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Ratsfrau Marmulla [Die Linke])

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vielen Dank, Herr Stadtdirektor. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung. Der Änderungsantrag erweitert den

Kreis der Anspruchsberechtigten. Deshalb ist das der weitergehende Antrag. Ich würde den zuerst und danach die Verwaltungsvorlage zur Abstimmung stellen.

Ich rufe zur Abstimmung die Vorlage RAT/203/2025 auf. Das ist der Änderungsantrag von Die Partei-Klima-Fraktion zur Vorlage RAT/168/2025. Wer ist für den Änderungsantrag? – Das sind Tierschutz/Freie Wähler, Die Linke und Die Partei-Klima-Fraktion. Wer Enthält sich? – Niemand. Wer ist dagegen? – Das ist dann der Rest. Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Verwaltungsvorlage unter TOP 31, RAT/168/2025: „Bereitstellung des Deutschlandtickets Schule im Schülerverkehr für 2025/2026“. Wer ist für diese Vorlage? – Die Linke, Die Partei-Klima-Fraktion, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, AfD und Tierschutz/Freie Wähler. Das müssten alle sein. Enthält sich jemand? – Ist jemand dagegen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschließt die weitere Bereitstellung des Deutschlandtickets Schule für Schülerinnen und Schüler an Schulen in Trägerschaft der Landeshauptstadt Düsseldorf für das Schuljahr 2025/2026 anstelle des Schokotickets und beauftragt die Verwaltung, den hierfür notwendigen Ergänzungsvertrag mit dem Verkehrsbund Rhein-Ruhr und der Rheinbahn AG fristgerecht zu unterzeichnen, sowie die hieraus resultierenden Zahlungen aus veranschlagten Haushaltsmitteln zu leisten.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wir haben damit das Ende der Verwaltungsvorlagen erreicht.

38

Anträge

38.1

Antrag der FDP-Ratsfraktion: Konzeptionierung eines groß angelegten P+R-Systems
RAT/153/2025

38.1.1

Änderungsantrag der Ratsfraktion Die Partei-Klima-Fraktion
RAT/205/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Rohloff möchte den Antrag einbringen.

Ratsherr Rohloff (FDP): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Wahlperiode des Rates nähert sich so langsam dem Ende. Wir haben noch 108 Tage, bis die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, –

(Ratsfrau Marmulla [Die Linke]: Die FDP abzuwählen!)

– nein, Ratsfrau Marmulla – ihre Entscheidung zu treffen.

Wir haben uns gedacht, wir schauen uns heute mit zwei Anträgen die Verkehrswende an. Als Erstes: Wenn man bei dem Park-and-Ride-System ein bisschen zurückblickt, so nannte der Oberbürgermeister im Wahlkampf die Plätze ein „wichtiges Mittel zur Verkehrswende“. Im Kooperationsvertrag von Schwarz-Grün heißt es vollmundig eine „Park-and-Ride Offensive“. Im CDU-Programm zur letzten Kommunalwahl wird sogar der Superlativ genutzt: Zum „Park-and-Ride-Standort Nr. 1 in Deutschland“ wollen Sie Düsseldorf machen. Selbst bei den Grünen hieß es: „Gemeinsam wollen wir [...] Park & Ride-Angebote [...] realisieren“. In Wahrheit ist das nichts als heiße Luft. Kein einziger neuer Park-and-Ride-Parkplatz wurde in dieser Wahlperiode bis heute in dieser Stadt realisiert. Fünf Jahre Schwarz-Grün, fünf Jahre Stillstand bei der Park-and-Ride-Offensive.

Dabei pendeln nach wie vor mehr als 330.000 Menschen jeden Tag ein. Auch die Touristenzahlen steigen. Viele kommen mit dem Auto, weil gerade der öffentliche Personennahverkehr, was die S-Bahn angeht, von Baustellen, Unpünktlichkeit und Unzuverlässigkeit geprägt ist.

Wir beantragen eine wirkliche Park-and-Ride-Offensive, die Sie ja alle Ihren Wählerinnen und Wählern versprochen haben. Wir wollen die Kapazitäten an den bestehenden Park-and-Ride-Stationen ausweiten. Wir wollen die Anbindung an die Park-and-Ride-Stellen verbessern, und wir wollen zusätzliche Park-and-Ride-Angebote in unserer Stadt identifizieren, die den Einpendlerinnen und Einpendlern die Möglichkeit bieten, vom Auto auf den ÖPNV einfach und bequem umzusteigen.

Nicht zuletzt fordern auch wir eine einfachere und verständlichere Kommunikation an die Autofahrerinnen und Autofahrer mit LED-Displays. Mit Statusanzeigen ist heute vieles möglich. Viele andere europäische Kommunen zeigen uns, dass man da deutlich mehr machen kann. Das beantragen wir heute. Geben Sie sich einen Ruck, stehen Sie zu Ihren Versprechen, und stimmen Sie dem Antrag der FDP heute zu! – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Mirus hat als Nächste das Wort. Es folgen Ratsherr Hartnigk und Ratsfrau Cordes. – Bitte, Ratsfrau Mirus.

Ratsfrau Mirus (Die Partei-Klima-Fraktion): Danke, Oberbürgermeister Keller. – Liebe Ratsmenschen! Danke an die FDP für diesen sehr innovativen Antrag.

(Ratsherr Rohloff [FDP]: Sehr gern!)

Ich finde es echt süß, wie Sie sich jetzt hier kurz vor dem Wahlkampf als Lückenbüßer hinstellen und schnell noch die Lücken ausfüllen, die von der anderen Mehrheit des Rates nicht gefüllt worden sind, um hier noch einmal schnell Relevanz und Stellenwert in der Politik deutlich zu machen.

Wir finden das so innovativ, dass wir einen Änderungsantrag beziehungsweise eigentlich einen Ergänzungsantrag dazu stellen wollen. Denn wir haben echt gar nichts an dem Antrag auszusetzen. Wir wollen aber bei der Erstellung des Konzepts direkt darauf hinweisen, dass es sehr klug wäre, die Parkplätze mit Rasengittersteinen zu versehen, um eben anstehenden Starkregenfällen vorzubeugen und so einen Ablauf und auch weniger Versiegelung sicherzustellen. Außerdem wäre es dann auch von Vorteil, wenn man schaut, wo man in der Innenstadt noch Parkplätze streichen kann, damit auch wirklich Anreiz dazu gegeben ist, außerhalb zu parken. Solange es immer noch kostenlose oder günstige Parkplätze innerhalb der Innenstadt gibt, glaube ich, dass da sonst einfach nur leere versiegelte Asphaltflächen entstehen. – Danke.

(Beifall von Die Partei-Klima-Fraktion)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Hartnigk hat als Nächster das Wort. – Bitte, Ratsherr Hartnigk.

Ratsherr Hartnigk (CDU): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Mirko Rohloff, liebe FDP, wir können dem Antrag leider nicht zustimmen – nicht, weil er vom Grundsatz her eine falsche Intention hat, sondern weil Sie, Kollege Rohloff, als langjähriges Mitglied im OVA genau wissen, welche Probleme wir in Düsseldorf haben, wenn wir Flächen für Park-and-Ride-Plätze suchen. Wir haben schlichtweg keinen Platz. Wenn Sie die Ausweitung von Flächen an gut ausgenutzten Standorten ansprechen, dann verweise ich Sie einmal auf das Parkhaus der Provinzial in Wersten, das im Grunde eine perfekte Ergänzung zu dem bestehenden Park-and-Ride-Platz am Südpark ist. Das wird auch entsprechend langsam aber sicher besser wahrgenommen.

Das einzig Positive an Ihrem Antrag war die Idee der verbesserten Leitung zu den Flächen. Das erinnerte mich aber sehr stark an das bereits von uns in Auftrag gegebene System zum Erreichen

der Parkhäuser in Düsseldorf, was in der Tat bereits beauftragt und auch ein Stück weit schon in der Umsetzung ist. Daran merken wir auch, dass es besser wird. Denn wir haben nicht zwingend zu wenig Parkraum in Düsseldorf, wir müssen ihn einfach nur besser nutzen. Wenn Sie das mit Ihrem Antrag anders verfolgt hätten, hätten wir an der Stelle zustimmen können.

Ratsfrau Mirus, für Sie noch der Hinweis: Die Stadt kann nicht jeden Stellplatz gebührenpflichtig machen. Wir sind, glaube ich, verpflichtet, eine bestimmte Anzahl an Stellplätzen frei vorzuhalten. Insoweit wird es in Düsseldorf immer die Chance geben, dass man an der einen oder anderen Stelle in Außenbereichen parken kann, auch ohne eine Gebühr zu zahlen. Wir können jedenfalls auf dieser Basis Ihrem Antrag nicht zustimmen, Ratsherr Rohloff. – Danke.

(Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Cordes, bitte.

Ratsfrau Cordes (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. – Erst einmal freut es mich, dass Sie 108 Tage vor der Kommunalwahl auch die Mobilitätswende für sich entdecken. Das ist schön.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Es stimmt auch, dass das Thema Park-and-Ride grundsätzlich ein wichtiger Baustein dabei sein könnte. Die Betonung liegt aber auf „könnte“. Ich glaube, man muss sich bei dem Thema auch ehrlich machen. Wenn ich mir den Antrag anschau, dann ist als Erstes sehr konkret davon die Rede, dass man die Kapazitäten an den bestehenden Standorten erhöhen will und dass man sogar noch zusätzliche Standorte finden will. Unabhängig von der Frage, ob wir dafür die Flächen haben, ist die erste Frage, die man sich stellen muss: Werden denn unsere vorhandenen Standorte schon entsprechend und so, wie wir uns das wünschen, ausgenutzt? Wenn das nicht der Fall ist, sollten wir uns vielleicht eher damit beschäftigen, warum das nicht so ist.

In der Begründung kommen Sie zum Beispiel nicht nur auf Pendlerinnen und Pendler zu sprechen, sondern auch auf Besucherinnen und Besucher und Touristen. Das finde ich auch sehr richtig. Aber gerade bei denen haben wir zum Beispiel gemerkt – ich glaube, zuletzt war es beim Weihnachtsmarkt, als wir versucht haben, den P1 stärker zu nutzen und ein Park-and-Ride-Angebot zu machen –: Obwohl das Angebot wirklich promotet und auch von der D.LIVE mit dem Weihnachtsmarkt zusammen quasi beworben wurde, wurde es noch nicht so angenommen, wie wir uns das wünschen. Ich glaube, da liegt viel eher das Problem. Das können wir auch gern gemeinsam angehen und uns einmal überlegen, wie wir diesen Punkt Kommunikation und Bewerbung dieser Optionen angehen können, bevor wir uns darüber Gedanken machen, irgendwelche Kapazitäten zu erhöhen.

Dann kommt noch hinzu, dass man sich auch die Frage stellen muss: Wie sinnvoll sind Flächen innerhalb des Düsseldorfer Stadtgebietes für Pendlerinnen und Pendler? – Wenn ich schon bis an die Düsseldorfer Stadtgrenze geschweige denn bis zum Südpark im Stau gestanden habe, werde ich vermutlich für die letzten 1,3 Kilometer nicht mehr das Auto stehen lassen, sondern halte dann auch noch die letzte Viertelstunde im Stau aus. Das ist eigentlich ein klassisches Thema, das in die regionale Zusammenarbeit gehört. Die idealen Park-and-Ride-Flächen, die uns und der Region nützen, sind, glaube ich, nicht innerhalb des Düsseldorfer Stadtgebietes.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Droste. Anschließend Ratsfrau Vorspel, Ratsherr Kühbacher und Ratsherr Fix. – Sie haben das Wort, Ratsherr Droste.

Ratsherr Droste (FDP): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Meine Damen und Herren, ist der Mobilitätsplan D eine einzige Fake News, um einmal bei den Nachrichten zu bleiben? Wir haben doch Park-and-Ride-Systeme als Teil dieses Mobilitätsplans D auch geplant und gewollt. Jetzt wird es abgelehnt? Fake! Rein fake! Wir haben hier in Düsseldorf 300.000 Einpendler, und wir sperren

diese Einpendler, diese Arbeitskräfte für die Düsseldorfer Wirtschaft aus. Dazu kommt der Wohnungsmangel, den wir hier haben. Wie wollen wir denn unsere Fachkräfte hier noch nach Düsseldorf hereinkommen? Wie wollen wir denn unsere Lehrer, unsere Kindergärtner und unsere Krankenschwestern hier nach Düsseldorf hereinkommen? Jetzt sollen die Lehrer auch noch ihre Parkplätze selber bezahlen. Das wird doch immer schlimmer für unsere Kinder! Wie wollen wir denn unser Servicelevel hier in Düsseldorf erhalten? Wir sind als Düsseldorf auch ein Dienstleister mit 4 Milliarden Euro Umsatz. Man sollte vielleicht auch einmal darüber nachdenken, wie wir unsere Dienstleistungen als Stadt für unsere Bürger richtig erbringen können. Was hier gerade passiert, verstehe ich überhaupt nicht mehr.

(Beifall von der FDP)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Vorspel, bitte, Sie haben das Wort.

Ratsfrau Vorspel (Die Linke): Sehr geehrte Damen und Herren! Nach diesem amüsanten Vortrag von Ratsherrn Droste hätte ich auch noch etwas. Sie kennen alle maps.duesseldorf – ein wunderbares Tool. Wenn man sich da die Luftbilder von oben anschaut, sieht man die aktuellen Bilder der Stadt. Gehen Sie einmal auf Ickerswarder Straße/Münchner Straße. Dort ist ein relativ neuer Park-and-Ride-Platz. Was Sie dort sehen, sind keine parkenden Autos, sondern Wohnmobile. Die stehen dort alle kostenfrei herum und befördern mit Sicherheit nicht die Verkehrswende, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall von der Linken – Zuruf von Ratsherrn Hartnigk [CDU])

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Kühbacher hat als Nächster das Wort. Es folgt Ratsherr Fix. – Bitte, Ratsherr Kühbacher.

Ratsherr Kühbacher (SPD): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Ich kann es jetzt nicht ganz so amüsant herüberbringen wie vielleicht in den vorherigen Beiträgen. Ich werde das vielleicht beim nächsten Tagesordnungspunkt noch einmal versuchen.

Wir werden uns bei diesem Tagesordnungspunkt enthalten. Grundsätzlich sagen wir Ja zu der Park-and-Ride-Systematik. Ratsfrau Cordes hat gerade in einigen Beispielen ihre Ablehnung begründet, weswegen wir auch sagen: Wenn Sie konzeptionelle Vorschläge machen, eine eigene Idee haben und konkrete Beispiele nennen und das dann in ein Konzept zusammenführen, das wir hier im Rat beschließen und der Verwaltung mitgeben, dann wären wir voll auf Ihrer Seite. So ist das ein Antrag – die Vorrednerinnen und Vorredner haben schon klargestellt, weswegen er gekommen ist. Deshalb werden wir uns an dieser Stelle enthalten.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Fix, bitte. – Danach habe ich noch Ratsherrn Czerwinski auf der Liste.

Ratsherr Fix (Die Partei-Klima-Fraktion): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Ich glaube, dass Sie uns von der SPD-Fraktion gleich zustimmen werden; denn wir haben ein Konzept mitgebracht, nämlich dass man die Parkplätze im Innenstadtbereich verringert. Das ist der beste Anreiz, außerhalb der Stadt zu parken, wenn man nicht mehr in der Stadt parken kann. Also stimmen Sie doch unserem Antrag zu! – Danke.

(Beifall von Die Partei-Klima-Fraktion und der Linken)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Czerwinski. Es folgt Ratsherr Montanus. – Bitte, Ratsherr Czerwinski.

Ratsherr Czerwinski (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es ist ja schön, wenn wir über das Thema Park-and-Ride sprechen. Es ist nicht gut, wenn man sagt, die andere Abteilung arbeite mit Fake News. Das finde ich in einer demokratischen Verbindung nicht in Ordnung.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen und der Linken)

Man kann auf die Argumente hören, aber Fake News ist eine andere Stellung. Und da muss man sagen, es ist nachgewiesen. Es ist schwierig, dass es dort, wo man es installiert, auch richtig genutzt wird und man es nicht nur einfach baut. Wir haben ein Projekt am Südpark angehalten, wofür wir 20 Millionen Euro erhalten haben, weil wir gesagt haben, das ist nicht der richtige Weg, sondern man muss andere Wege gehen.

(Zuruf von Ratsherrn Droste [FDP])

Da bitte ich dann, auf unser Argument zu hören – gerade als eine Partei, die fünf Jahre hier in der Ampel regiert hat, wo kein Park-and-Ride-Parkplatz entstanden ist. – Danke schön.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Montanus, bitte.

Ratsherr Montanus (FDP): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist jetzt sehr viel böses Blut hier vergossen worden, was eigentlich hätte nicht sein müssen und nicht sein sollen. Wenn Sie den Antrag einmal genau durchlesen, sehen Sie, dass wir eine Kapazitätserhöhung wollen. Dagegen können Sie im Prinzip gar nichts haben. Wir wollen, dass die Innenstadt so erreichbar ist und in einer Taktung erreichbar ist, dass man nicht mit dem Auto in die Innenstadt fahren muss. Das heißt aber nicht, dass wir alle Parkplätze in der Innenstadt streichen wollen. Um Himmels Willen! Es soll auch noch Menschen geben, die mit dem Auto privat in die Stadt fahren können sollen.

Mit anderen Worten: Bitte machen Sie jetzt keine Tabula-Rasa-Aktion. Das wollen wir nicht, sondern wir wollen eine Verkehrswende insofern haben, als dass wir aus der Stau Stadt Nummer 1 herauskommen. Das bedeutet eben eine bessere Taktung und eine bessere Auslastung der Park-and-Ride-Parkplätze. Insofern könnten Sie diesem Antrag durchaus zustimmen. Es ist gerade schon erwähnt worden von Ratsherrn Hartnigk, dass man auch digital noch einmal darauf hinweist, wo Möglichkeiten sind. Es ist sehr gut, dass die Stadt das macht. Das ist im Augenblick der Fall, hätte man aber vorher schon machen können. All das sind Dinge, die man auf jeden Fall verbessern kann. Wir haben hier einen Verbesserungsvorschlag unterbreitet, und diesem Verbesserungsvorschlag könnten Sie eigentlich zustimmen. – Danke.

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Deshalb kommen wir zur Abstimmung. Wir haben die Vorlage mit dem Antrag der FDP-Ratsfraktion und einen Ergänzungsantrag von Die Partei-Klima-Fraktion. Deshalb stelle ich zunächst den Grundantrag zur Abstimmung und dann den Ergänzungsantrag. Wir stimmen jetzt über die Vorlage RAT/153/2025 ab. Das ist der Antrag der FDP-Ratsfraktion: „Konzeptionierung eines groß angelegten P+R-Systems“. Ich darf fragen: Wer ist für diesen Antrag? – Das sind Die Partei-Klima-Fraktion, FDP, AfD und Tierschutz/Freie Wähler. Enthält sich jemand? – Die SPD. Wer ist gegen den Antrag? – CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt. Damit ist aber auch der Ergänzungsantrag hinfällig.

38.2

Antrag der FDP-Ratsfraktion: Einführung intelligenter Ampelsysteme zur Verbesserung des Verkehrsflusses und der Lebensqualität in Düsseldorf

RAT/154/2025

38.2.1

Änderungsantrag der Ratsfraktion Die Partei-Klima-Fraktion

RAT/204/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Bitte, Ratsherr Rohloff, Sie haben das Wort. – Den Änderungsantrag wird dann gleich Ratsfrau Mirus einbringen.

Ratsherr Rohloff (FDP): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Düsseldorf Staus beginnen hier im Rathaus. Wir waren mal stolz darauf, dass wir eine „grüne Welle“ hatten und das durchaus für alle Verkehrsträger und nicht nur für den Individualverkehr. Inzwischen ist es so, dass man oftmals fast von einer „roten Welle“ sprechen kann. Insofern beantragen wir heute die Modernisierung unserer Ampelanlagen, damit der Verkehr in dieser Stadt besser fließt. Wir wünschen uns moderne Mobilität in unserer Stadt für alle Verkehrsträger. Dafür gibt es KI-gestützt Möglichkeiten. Das zeigen andere Kommunen in Europa und auch erste Tests. Daraus könnte man wunderbar einen Piloten machen und als Vorreiter für eine moderne Verkehrsvernetzung, KI-gesteuert und mit Echtzeitsensorik, eintreten.

Letztlich verbessert der Verkehr auch, wenn er rollt, glaube ich, die Luftqualität in unserer Stadt. Aus diesem Grund sollte uns allen daran gelegen sein. Ich würde mich freuen, wenn Sie diesem Antrag mit einer breiten Mehrheit zustimmen würden.

(Beifall von der FDP)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Sie haben das Wort, Ratsfrau Mirus. – Es folgen Ratsherr Czerwinski und Ratsherr Kühbacher.

Ratsfrau Mirus (Die Partei-Klima-Fraktion): Danke, Oberbürgermeister Keller. – Liebe Ratsmenschen, liebe FDP und liebe Zukunftsoptimist*innen mit Alexa auf der Fensterbank! Ich höre Sie sagen: FDP, grün – für Autofahrer, aber grün. – Okay.

Wir, Die Partei-Klima-Fraktion, danken der FDP-Fraktion für diesen mutigen Schritt in die technologische Zukunft, in der Verkehrsampeln intelligenter sind als der Durchschnitt dieser Ratsmitglieder, die darüber abstimmen sollen. Aber wie wunderbar: Die FDP will, dass Künstliche Intelligenz unseren Verkehr regelt. Endlich! Nicht mehr der Markt regelt, sondern die KI. Dann können wir uns alle beruhigt zurücklehnen, während ein Algorithmus darüber entscheidet, ob wir jetzt noch rechtzeitig zum Elternabend kommen oder eine halbe Stunde an der Kreuzung verhungern.

Nun aber einmal ganz ehrlich: Warum glauben Sie, dass bloß mit dem Trend und der Moderne mitzugehen, eine sinnvolle Option wäre? Weiß der Großteil des Rates, der mit Sicherheit über 50 Jahre alt ist, was überhaupt eine KI ist? Wissen Sie, was die Nutzung und die damit verbundenen negativen Aspekte bedeuten? – Wir reden hier über ein System, das tonnenweise Rechenleistung, Energie, Wartung, Fachpersonal und Softwarepflege braucht, damit am Ende eine Ampel erkennt, dass Autos warten. Genial!

Wo genau kommt eigentlich der Strom her, mit dem diese KI arbeitet? – Aus dem Servicezentrum eines bekannten US-Konzerns, dessen Energieverbrauch größer ist als der der Stadt Viersen. Was die FDP als intelligent verkauft, ist in Wahrheit eine stromfressende Blackbox, die angeblich den Verkehr steuert, aber in Hamm schon zu Polizeieinsätzen und aufgebrachten Rentner*innen mit Nordic-Walking-Stöcken geführt hat. Ich frage Sie: Wollen wir das wirklich auch hier in Düsseldorf? Haben Sie auch schon einmal etwas von den Negativbeispielen aus anderen Städten und Kommunen gehört?

Das, was wir stattdessen vorschlagen, ist Tempo 30 für ganz Düsseldorf.

(Beifall von Die Partei-Klima-Fraktion und vereinzelt vom Bündnis 90/Die Grünen)

Das spart wirklich Energie, das spart Leben, das spart Lärm, das spart Geld und fördert die Gesundheit unserer Düsseldorfer Bürger*innen. Es braucht keine KI, keine Updates, keine Wartungsverträge mit der Google-Tochter „Ampel-Tech GmbH“. Einfach Tempo 30 – das funktioniert sofort. Denn es ist, wenn wir ehrlich sind, kein Fortschritt, wenn wir Millionen investieren, um den Status-quo leicht effizienter zu machen, während das Klima weiter überhitzt, weil wir denken, Technologie werde das schon richten. KI kann viel, aber sie sollte weder unsere

menschlichen Kompetenzen noch unser politisches Gewissen ersetzen, um irgendetwas besser zu machen. – Danke.

(Beifall von Die Partei-Klima-Fraktion und vereinzelt vom Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Czerwinski hat als Nächster das Wort. Es folgen Ratsherr Kühbacher und Ratsherr Montanus. – Ratsherr Czerwinski, bitte.

Ratsherr Czerwinski (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben vor Jahren mal zu Beginn der Ampelzeit das Projekt aufgelegt: Vorrangschaltung für den ÖPNV bei den Ampeln. Das hat sehr lange gedauert, weil wir nämlich festgestellt haben: Es gibt viele Ampeln, die nicht modern sind und modernisiert werden müssen et cetera. Das haben wir durchgesetzt. Aber jetzt kommt die FDP-Fraktion und sagt: Wenn die aber Vorrang haben, dann müssen die Autofahrer schon mal warten. Das ist aber nicht Gleichberechtigung. – Ich finde, dieser Antrag, der von Gleichberechtigung redet und keine Bevorzugung von Fußgängern, Radfahrern und Straßenbahnen hat, ist falsch.

Stellen Sie sich vor, Sie sind an einer Kreuzung, und da kommt eine Straßenbahn mit 50 oder 60 Leuten. Auf der anderen Seite sind vielleicht zehn Autos mit zehn oder zwölf Leuten. Da reden Sie von Gleichberechtigung, dass diese zehn oder zwölf Leute gleichberechtigt sein müssen mit den 60 in der Straßenbahn? Das ist doch absurd für eine moderne Stadt, in der man arbeitet.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

So kann Verkehrswende nicht gehen. Das, was Sie sagen, ist: Ja, es ist intelligent. Aber das, was Sie nicht sagen, ist, dass Ihnen die zehn Leute im Auto wichtiger sind als die 60 in der Straßenbahn. Das ist das Problem bei Ihrem Antrag, der so nicht funktioniert und bei uns auch keine Zustimmung findet. – Danke.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Kühbacher, bitte, Sie haben das Wort.

Ratsherr Kühbacher (SPD): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Der Kollege Czerwinski hat es gerade auf den Punkt gebracht. Das ist genau der Punkt, weswegen wir diesen Antrag ablehnen. Wir haben nichts dagegen, dass man mit modernen Mitteln vorankommt. Dazu haben wir einige Projekte hier in der Stadt schon auf den Weg gebracht und warten nur noch auf die Ergebnisse, was aber ein anderes Thema ist. Aber hier mal eben so die Vorrangschaltung für den ÖPNV quasi wegzubeschließen – da frage ich mich, ob Sie wirklich geglaubt haben, dass wir das überlesen, dem Charme Ihres Antrags erliegen und das einfach beschließen. Nein!

(Beifall von der SPD)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Montanus, bitte, Sie haben das Wort.

Ratsherr Montanus (FDP): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Meine Damen und Herren! Wenn es nach Die Partei-Klima-Fraktion gehen würde, würden wir wahrscheinlich mit den Pferden in die Stadt hineinreiten müssen. Diese Zeit ist Gott sei Dank vorbei. Wir haben eine technische Erneuerung, und die heißt KI. KI bedeutet im Endeffekt nicht, dass der Strom dreckiger Strom sein muss, sondern es kann auch Solarstrom oder Strom aus erneuerbarer Energie sein. Sie sollten also von dem Stromthema wegkommen; denn wir sind dabei, ein neues Stromthema zu generieren.

Hinsichtlich der Straßenbahnen habe ich einmal davon gehört, dass man als Straßenbahnfahrer durchaus in der Lage ist, ein Signal abzugeben, dass eine Ampel für die Straßenbahn freigeschaltet wird. Das kann man mit der KI koppeln und sollte normalerweise möglich sein. Das, was die KI dagegen aber machen kann, ist, im Vorfeld zu berechnen: Dort sind 50 oder 60 Fahrzeuge, die sich

in den Stau stellen, die Straßenbahn kommt aber erst in zehn Minuten. So kann die KI, denke ich, für eine durchaus freie Fahrt der Kraftfahrzeuge sorgen. Das sollte normalerweise vernünftig sein.

Mit anderen Worten: KI traue ich eine ganze Menge zu. Wie weit wir nachher tatsächlich mit der KI kommen, ist eine andere Frage. Aber der Versuch wäre es in jedem Fall wert. Ich glaube, dass man den Straßenbahnfahrern durchaus zumuten kann – wenn sie wissen, an der nächsten Kreuzung ist eine Ampel –, die entsprechende Ampel gegenüber der KI freizuschalten. – Danke schön.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Hartnigk hat sich noch gemeldet. – Sie haben das Wort, Ratsherr Hartnigk.

Ratsherr Hartnigk (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollege Rohloff, auch dieser Antrag erscheint uns zu früh zu kommen, weil wir einfach noch nicht so weit sind. Uns würde es fast schon reichen, wenn wir mal wieder dahin zurückkommen, was wir mal hatten. Eben hat jemand von „grüner Welle“ gesprochen. Wir diskutieren im OVA ständig über Bevorrechtigungen, verkennen aber, dass wir mit der Vielzahl von Bevorrechtigungen andere Verkehrsteilnehmer, die genauso bevorrechtigt sind, vielleicht auch ein Stück weit behindern und ausbremsen. Das wird auch KI zunächst einmal nicht ändern können, weil Düsseldorf ein sehr kompliziertes, komplexes Verkehrssystem ist, und zwar auch zu unterschiedlichen Uhrzeiten. Wenn man sich die Karte der Bahn- und Stadtbahnlinien der Rheinbahn anschaut und überlegt, wie oft sich diese Linien an bestimmten Stellen kreuzen, dann wird einem relativ schnell deutlich, dass es mit Vorrang allein nicht getan ist.

Ratsherr Rohloff, es geht auch nicht nur um eine Kamera, sondern idealerweise müssten dann auch die Verkehrsteilnehmer selbst noch einen Sensor haben, damit sie noch schneller zu erkennen sind. An dieser Stelle sind wir einfach noch nicht.

Ich will jetzt auch nicht mit irgendeinem autokratisch geführten Stadtrat eines fernöstlichen Landes verglichen werden, wo so etwas möglicherweise schon funktioniert. Dort fahren auch autonome Fahrzeuge, und wenn ein autonomes Fahrzeug jemanden umfährt, dann liest man das einfach nicht in der Zeitung. Das kann auch nicht der richtige Weg sein.

Ich glaube, dass wir noch etwas Zeit brauchen. Ich glaube, wenn wir – der Dezernent wird mich verbessern, wenn ich etwas Falsches sage – 18 Ampeln umrüsten würden, würde das pro Ampel ungefähr 100.000 Euro kosten. Aber mit 18 Ampeln kommen wir einfach nicht weit, sodass wir mit solch einem Antrag, Kollege Rohloff, den Haushalt dieser Stadt so umfassend belasten würden, dass wir relativ schnell auf die Idee kommen, dass wir sagen: Es gibt noch andere, möglicherweise noch viel wichtigere Dinge, die wir mit dem Geld machen können. Gleichwohl dürfen wir das Thema nicht aus dem Auge verlieren. Aber zum heutigen Zeitpunkt finden Sie unsere Zustimmung für den Antrag noch nicht. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Vielen Dank, Ratsherr Hartnigk. – Ratsherr Rohloff noch einmal.

Ratsherr Rohloff (FDP): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ratsherr Hartnigk, in der Tat, wir kommen wohl 108 Tage zu früh. Aber ich sage Ihnen, wenn die FDP in der nächsten Wahlperiode Regierungsverantwortung haben sollte, ist es nicht zu früh. Dann wird diese Stadt in der Tat wieder modernisiert. Denn gerade im Verkehr muss man, Ratsherr Czerwinski, klipp und klar konstatieren, dass die Verkehrswende, die Sie so vollmundig angekündigt haben, letztlich gescheitert ist – und das bei allen Verkehrsträgern. Das Auto erstickt im Stau. Wir wurden bundesweit als Stauhauptstadt gerühmt. Der ADFC verteilt Ihrer Radwegeplanung, die sich im Meter- und nicht im Kilometerbereich befindet, schlechte Noten. Auch von großen Taktverdichtungen bei der Rheinbahn können wir höchstens träumen, anstatt sie uns zu wünschen.

Zuletzt ist der Bestand an privaten Pkw stärker gewachsen als die Bevölkerung. Das müssen Sie auch letztlich ein Stück weit zur Kenntnis nehmen. Ideologiefreie Verkehrspolitik heißt, dass man dort letztlich auch keinen – –

(Lachen von Bündnis 90/Die Grünen)

– Ja, liebe Kollegen, da können Sie lachen. Ich habe in Ihr Kommunalwahlprogramm geschaut, das Sie vor zwei Wochen beschlossen haben. Anstatt den Menschen einfach Angebote zur Attraktivierung zu machen, beispielsweise die Taktverdichtung bei der Rheinbahn oder dass Sie mehr Fahrradwege bauen, liest sich das nur nach Ordnungspolitik. Sie wollen Tempo 30 flächendeckend – genau wie Ratsfrau Mirus. Sie wollen die Erhöhung der Gebühren für Bewohnerparkausweise, und Sie wollen den Ausbau der Radwege durch Umwidmung von Fahrspuren und Parkplätzen. Das ist Verkehrspolitik gegen die Menschen und nicht mit ihnen. Dafür stehen wir nicht. Wir haben hier beantragt, das zu prüfen. Ich glaube, es wäre in der Tat sicherlich nicht die Lösung für die Verkehrswende, aber es wäre ein Baustein für unsere Stadt, um den Verkehr aller Verkehrsträger in unserer Stadt mehr ins Rollen zu bringen. Dafür stehen wir als Freie Demokraten. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Als Nächster hat Ratsherr Czerwinski das Wort.

Ratsherr Czerwinski (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es würde sich lohnen, bestimmte Dinge zu lesen, zum Beispiel das SrV-Gutachten, das alle fünf Jahre kommt. Es hat sich etwas verändert: Es sind mehr Radler und weniger Autos unterwegs. Es gibt also Daten, was Sie nachlesen können.

Wenn Sie sich hier hinstellen und sagen: „Nichts ist passiert“, dann sage ich: Sie müssten eigentlich wissen, dass es den Rheintakt gibt. Im Gegensatz zu anderen Städten, die den Verkehr wegen Personalproblemen verdünnt haben, ist hier mehr auf die Schiene gekommen, mehr an ÖPNV und mehr an Fahrgästen. Stellen Sie sich also nicht hin, dass das nicht stimmt. Sie müssten es eigentlich besser wissen. Ansonsten können Sie es auch im OVA-Protokoll oder beim Aufsichtsrat nachlesen. – Danke schön.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Jetzt sehe ich keine weiteren Wortmeldungen. – Wir haben den Antrag der FDP-Fraktion zur Abstimmung, RAT/154/2025, wozu es einen Änderungsantrag von Die Partei-Klima-Fraktion gibt. Ich würde zunächst den Grundantrag abstimmen lassen und dann den Änderungsantrag.

Ich darf fragen: Wer ist für den Antrag der FDP-Fraktion mit der Vorlagennummer RAT/154/2025? – Das sind FDP, Tierschutz/Freie Wähler und AfD. Enthält sich jemand? – Wer ist dagegen? – Das ist der ganze Rest. Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt, und damit ist auch der Änderungsantrag hinfällig.

38.3

Antrag der SPD-Ratsfraktion: Aktualisierung der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männer auf lokaler Ebene
RAT/157/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Bednarski, bitte, Sie haben das Wort.

Ratsfrau Bednarski (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich hätte ich heute eine Konfettikanone mitbringen sollen, weil heute vor genau zehn Jahren der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschlossen hat, dass Düsseldorf der Charta

für die Gleichstellung beiträgt. Die offizielle Unterschrift erfolgte etwas später, aber der Ratsbeschluss war genau heute vor zehn Jahren.

Inzwischen sind also einige Jahre ins Land gegangen, und der Europäische Rat der Gemeinden und Regionen Europas hat festgestellt, dass sich die Gesellschaft weiterentwickelt hat und die 30 Artikel, die es damals gab, nicht mehr das Gesamtbild abbilden. Insofern gibt es inzwischen neun weitere Artikel der Charta. Damit diese neun Artikel auch für Düsseldorf zum Tragen kommen, haben wir heute diesen Antrag gestellt, damit die Verwaltung in Form des Oberbürgermeisters sich auf den Weg macht und die aktualisierte Charta mit den nun 39 geltenden Artikeln unterzeichnet, damit Düsseldorf zeitgemäße Gleichstellungspolitik machen kann.

Ich wollte noch einige Beispiele nennen. Die alten Themen betreffen – ich nenne nur drei – soziale Inklusion, Bildung und Kampf gegen Stereotype. Die neuen Themen sind zum Beispiel nachhaltige Entwicklung, Cybergewalt und digitale Teilhabe. Es lohnt sich also tatsächlich, auch diese Themen in den Fokus zu nehmen. Ich würde mich freuen, wenn unser Antrag eine breite Zustimmung findet und wir damit eine tolle zukünftige Gleichstellungspolitik haben werden. – Danke schön.

(Beifall von SPD und der Linken)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Mansheim, Ratsfrau Hebeler und Ratsherr Dr. Schork. – Sie haben das Wort, Ratsfrau Mansheim.

Ratsfrau Mansheim (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist richtig und wichtig, dass wir über Gleichstellung sprechen. Es ist auch gut, dass sich dieser Rat bereits 2015 zur Europäischen Charta für die Gleichstellung von Mann und Frau bekannt hat. Dieses Bekenntnis gilt weiterhin und so auch heute noch.

Die Verwaltung arbeitet längst entlang dieser Leitlinien – fachlich kompetent, ämterübergreifend und mit der Unterstützung durch das Amt für Gleichstellung und Antidiskriminierung. Zur erweiterten Fassung der Charta gibt es eine eindeutige Empfehlung des Rats der Gemeinden und Regionen Europas. Da heißt es: Ein erneuter Ratsbeschluss ist nicht vonnöten, sondern es soll freiwillig und nachhaltig umgesetzt werden.

Genau das geschieht bereits: Der von uns im vergangenen Jahr beschlossene Gleichstellungsplan enthält bereits Themen zur flexiblen Arbeitszeit, zu Telearbeit und Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Aktionsplan gegen sexualisierte Gewalt unter Erwachsenen, den wir erst vergangene Woche beschlossen haben, enthält schon Maßnahmen gegen digitale Gewalt.

All das zeigt: Wir handeln, wir setzen um, und wir nehmen Gleichstellung nicht nur ernst, sondern machen sie konkret. Deshalb sagen wir als Fraktion: Wir brauchen an dieser Stelle eigentlich keinen weiteren Ratsbeschluss. Wir vertrauen voll und ganz auf unsere Verwaltung. Aber wir bekennen uns natürlich weiterhin zu der Charta und stimmen deswegen dem Antrag zu.

(Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Hebeler, bitte, Sie haben das Wort.

Ratsfrau Hebeler (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Als der Antrag der SPD-Ratsfraktion veröffentlicht wurde, haben wir uns direkt die Hinweise zur aktualisierten Europäischen Gleichstellungscharta gezogen. Darin steht – wie schon gesagt wurde –: „Ein erneuter Ratsbeschluss ist nicht erforderlich“, für Kommunen und Gemeinden, die vor Januar 2023 beigetreten sind – so, wie die Stadt Düsseldorf, was auch schon erwähnt wurde.

In unserer Fassung ist von einer Ratifizierung nicht die Rede. Offensichtlich hat die SPD-Ratsfraktion eine andere Fassung. Wir haben uns gefragt, da kein erneuter Ratsbeschluss vonnöten ist: Worauf zielt der SPD-Antrag? – Wenn es nur heißt, wie die Kollegin Bednarski gerade ausgeführt hat, dass der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt die erweiterte Fassung noch

einmal mit seiner Unterschrift sich beziehungsweise dem Stadtrat insgesamt zu eigen macht, dann stimmen wir natürlich dem SPD-Antrag zu.

Uns ist aber wichtig, dem nächsten Stadtrat bei der weiteren Umsetzung dieser Charta noch etwas anderes mit auf den Weg zu geben. Das betrifft nicht nur die neun zusätzlichen Artikel, sodass wir jetzt insgesamt 39 haben, sondern wir haben seit 2018 bis letzte Woche, wie Kollegin Mansheim erwähnt hat, gerade einmal zwei von 39 Themen auf den Weg gebracht. Sie können sich vorstellen, wenn wir in dem Tempo weiterarbeiten, wann wir mit der Gleichstellung in allen Fachbereichen durch sind. Deshalb der Appell oder auch der Auftrag an den neuen Stadtrat und seine Gremien – digitale Teilhabe wurde bereits erwähnt, aber auch Klimawandel und das Recht auf eine gesunde Umwelt –, dass sich alle Fachausschüsse und Fachämter die Themen aus der Gleichstellungscharta vornehmen, die sie betreffen, und gleichzeitig umsetzen. – Vielen Dank.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Dr. Schork, bitte, Sie haben das Wort.

Ratsherr Dr. Schork (FDP): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist sicherlich ein Thema, wenn man in die USA schaut, das sehr wichtig ist. Insofern ist es gut, dass das vor zehn Jahren beschlossen wurde.

Ich habe mir einmal die Mühe gemacht und auf die Webseite geschaut – das ist ja eine europäische Initiative –: Wenn Sie darauf schauen, erscheint eine Landkarte, auf der Sie alle Städte anschauen können, in denen diese Charta unterzeichnet worden ist. Dort findet man auch Düsseldorf. Wenn man dann weiterklickt, findet man bei Düsseldorf: Aktionsplan umgesetzt null.

Wenn man dann einmal in die Charta schaut, steht tatsächlich darin: Die Stadt hat sich mit der Unterzeichnung verpflichtet, innerhalb von zwei Jahren Aktionspläne aufzustellen. – Sie, Ratsfrau Mansheim, haben angesprochen, dass es Pläne gibt. Es wird sicherlich auch viel gemacht. Aber offensichtlich haben wir dort ein Thema, dem man einmal nachgehen sollte, ob tatsächlich auch immer alles so umgesetzt wird, wie wir uns das hier wünschen. Wir sprechen jetzt über neue Artikel, was ich auch alles gut finde, und darüber, ob man diese jetzt noch einmal abstimmt oder nicht, aber, ich glaube, wir müssen tatsächlich unsere Hausaufgaben machen. Wenn man dann aber auf einer Webseite die, die europaweit abzurufen ist, findet, dass bei Aktionsplan eine Null steht, ist das, glaube ich, kein gutes Zeichen.

Insofern vielleicht noch einmal die Empfehlung an die Verwaltung: Wenn es Aktionspläne gibt, sollte man diese dort auch ablegen und entsprechend diese Charta umsetzen – so, wie wir uns das hier alle gemeinsam auferlegt haben.

(Beifall von der FDP)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Deshalb können wir zur Abstimmung kommen über Tagesordnungspunkt 38.3, RAT/157/2025, Antrag der SPD-Ratsfraktion: „Aktualisierung der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“. Ich darf fragen: Wer ist für diesen Antrag? – Das sind Die Partei-Klima-Fraktion, Die Linke, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und Tierschutz/Freie Wähler. Gibt es Enthaltungen? – AfD. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag einstimmig so angenommen.

(Beifall von der SPD)

Beschluss

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beauftragt die Verwaltung, die Ratifizierung der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene in der aktualisierten und erweiterten Fassung vorzubereiten und herbeizuführen.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Der Antrag unter **TOP 38.4** wurde zurückgezogen.

38.5

Antrag der Ratsfraktion Die Linke: Rückverlegung des Himmelgeister Deichs und Enteignung der dazu notwendigen Flächen

RAT/163/2025

38.8

Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: Himmelgeister Rheinbogen: Hochwasserschutz, Natur- und Artenschutz verbinden, jetzt Rückverlegung planen

RAT/181/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Wir diskutieren die Anträge zusammen, stimmen sie aber getrennt ab. Es haben sich Ratsfrau Lehmann, Ratsherr Mielczarek, Ratsherr Montanus und Ratsherr Thämer gemeldet. – Bitte, Ratsfrau Lehmann.

Ratsfrau Lehmann (Die Linke): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Warum ist es so schwierig, Düsseldorf vor Hochwasser zu schützen? Warum ist es seit Jahrzehnten scheinbar unmöglich, Himmelgeist und Itter vor Hochwasser zu schützen? – Wir haben jetzt ein Wort in den Mund genommen und auch in den Antrag geschrieben, das unglaublich triggert. Bevor es hier laut wird, möchte ich einmal sagen, dass seit Jahrzehnten auf Bundes- und Landesebene enteignet wird. Die Union enteignet für Braunkohle, für Autobahnen. NRW war einmal alleinig SPD-geführt. Wir leben in einem Braunkohleland – dort wurde enteignet.

Ich habe eine Zahl mitgebracht – das trifft nämlich auch die FDP –: 2022 gab es 127 Enteignungsverfahren für den Bau von Autobahnen und Bundesstraßen. Damals saß im Bundesverkehrsministerium die FDP.

Enteignungsverfahren können immer dann angestrebt werden, wenn das Allgemeinwohl zum Beispiel über privaten Besitz steht. Wir haben diesen Fall am Himmelgeister Rheinbogen. Dort werden Grundstücke besessen, die die Stadt eigentlich aufkaufen möchte, was aber bisher noch nicht passiert ist. Wenn nämlich der Deich rückverlegt wird, was nahezu alle Expertinnen und Experten – wir hatten letztes eine Ausnahme gehört – für sinnvoll halten, hätte man eine große Retentionsfläche.

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Nein! – Ratsherr Rohloff [FDP]: Dann sprechen Sie mit den Falschen!)

Im Hochwasserfall hat man dann zum Beispiel neun Stunden Zeit, um zu handeln und zu evakuieren. Das ist wichtig, weil es Leben retten würde.

Unser Antrag besagt also, dass die Planung der Sanierung des jetzigen Deiches eingestellt und die Verwaltung ein Enteignungsverfahren für die nötigen Flächen anstreben soll. Wir bitten um Zustimmung. – Danke.

(Beifall von der Linken)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Mielczarek. Es folgen Ratsherr Montanus, Ratsherr Thämer, Ratsfrau Fobbe, Ratsfrau Vorspel und Ratsherr Rohloff. – Bitte, Ratsherr Mielczarek.

Ratsherr Mielczarek (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Liebe Ratsleute! Wir sprechen heute hier über ein Vorhaben, das längst überfällig ist; denn die Rückverlegung des Himmelgeister Deiches wird seit Jahrzehnten als fachlich überlegen, ökologisch, sinnvoll und rechtlich geboten angesehen. Trotzdem marschieren wir gerade in die genau entgegengesetzte Richtung. Das Thema hat uns bundesweit in ein schlechtes Licht gerückt. Das

haben Sie sicherlich mitbekommen durch den Beitrag von Jan Böhmermann. Der eigentliche Skandal von Herrn Böhmermann ist nicht seine Satire.

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Wer ist das?)

– Ratsherr Hartnigk, ich sehe, Sie machen hier auch Satire.

Das eigentliche Problem ist nicht die Satire, die er an den Tag gelegt hat, sondern der eigentliche Skandal ist die Realität, über die er sich zu Recht lustig gemacht hat: dass wir nämlich vor fünf, zehn oder 20 Jahren genau die gleiche Diskussion in diesem Hause geführt haben. Denn schon damals war klar, dass die Rückverlegung einen doppelten Gewinn bietet: einen besseren Hochwasserschutz und zugleich den Erhalt eines ökologisch hochsensiblen Raums. Sie wissen, im Bestandsdeich leben über 70 Wildbienenarten, also nicht einzelne Exemplare, sondern tatsächlich Arten. Zudem befinden sich dort seltene Trockenrasen. Wenn wir diesen Bestandsdeich jetzt einfach nehmen, abbaggern, etwas Neues darauf bauen, haben wir das Problem: Diese Wildbienenarten sind weg. Umsiedeln kann man sie nicht, da sie hochspezialisiert sind. Ich will das jetzt nicht ökologisch ausführen, aber retten können Sie die nicht einfach nur über eine Umsiedlung.

Statt jetzt diese Gelegenheit zu nutzen, erleben wir die Wiederaufnahme einer rechtswidrigen Planung drei Jahre nach dem Beschluss des OVG, das 2022 gesagt hat, dass das so nicht in Ordnung sei – eine Planung, die gescheitert ist, und zwar ohne, dass wir jetzt eine neue, überzeugende Begründung hätten, die das ganze Verfahren hier standfest machen würde.

Wir sind der Meinung, wir dürfen uns nicht weiter und nicht länger von Einzelinteressen einiger, sich mit irgendwelchen Adelstiteln schmückender, in Miami wohnender Arenberger, Schleidener oder Lothringer hier die Sachen diktieren lassen. Denn das Allgemeinwohl der Menschen, die vor Ort leben, der Schutz der Natur und der Schutz vor der nächsten Hochwasserkatastrophe muss jetzt an erster Stelle stehen und nicht die Frage, ob irgendeine Arenberg-Schleiden GmbH & Co. KG ihre Grundstücksflächen weiter vor das Allgemeinwohl stellen kann. Deshalb stellen wir heute diesen Antrag.

Aber vorher möchte ich vielleicht mit einem Missverständnis aufräumen. Es ist tatsächlich nicht so, dass wir hier in Bezug auf die Bauabschnitte 1 und 2 in eine Verzögerung gehen, was ich auch schon gehört habe. Das schwierigste und größte Problem, das dort besteht, ist die Deichlücke weiter nördlich, aber dort geht das Verfahren geordnet und normal weiter. Das betrifft überhaupt nicht unseren Antrag hier im Hause. Vielleicht stelle ich das schon einmal bei der Einbringung klar. Darum geht es jetzt nicht. Die wichtigste Sache, was dort tatsächlich an Hochwasserschutz geschehen muss, wird jetzt auch durchgeführt. Das war ein anderer Teil des Böhmermann-Beitrags. – Das zur Klarheit.

Ein in Bezug auf unseren Vorschlag hier immer wieder vorgebrachtes Gegenargument ist die angebliche Bauzeit. Das Paradoxe ist aber: Wenn man sich das einmal anschaut, ist das schon widersprüchlich. Wer auf der alten Trasse saniert, muss den bestehenden Deich abreißen, bevor der neue entstehen kann. Verstehen Sie, was ich meine? – Das erzeugt eine Schutzlücke. Bei einer Rückverlegung passiert das nicht. Ich kann einfach hinter dem aktuellen Deich den neuen Deich bauen, und während der gesamten Bauzeit habe ich immer noch den alten Deich. Ich reiße den nicht ein, da ich – wenn ich einreiß – weder den alten noch den neuen Deich habe, und dann hätte ich ein großes Problem.

(Ratsherr Raub [SPD]: Sie haben aber kein Baurecht!)

Noch gravierender ist aber das juristische Risiko. Ich möchte einmal betonen: Eine Heilung im Bestand birgt erhebliche Risiken für Klageverfahren. Die Umweltverbände haben schon einmal gewonnen. Sie haben also erfolgreich geklagt. Wir sehen hier nach der Diskussion im Umweltausschuss und nach dem ausführlichen Sichten der Unterlagen keinerlei Garantie dafür,

dass das diesmal anders ausgeht. Im Gegenteil: Wir haben große Zweifel, ob diese Argumentation, die jetzt herangeführt wird, vor Gericht Bestand hätte.

Ich sage es mit aller Deutlichkeit: Ich will keinen weiteren Rechtsstreit. Ich will nicht, dass wir unterliegen und beim Hochwasserschutz wieder einen Rückschritt machen. Vielmehr will ich, dass die Planung endlich hält. Ich will ökologisch, rechtlich und fachlich das Beste für die Menschen und die Natur vor Ort. Die aktuell verfolgte Variante steht einfach für uns auf viel zu wackeligen Beinen. Ich habe wirklich Sorge, dass wir sehenden Auges das Falsche planen und damit erneut vor Gericht scheitern. Das will ich nicht. Für die Menschen vor Ort und für die Natur an dieser Stelle will ich das nicht.

Ich möchte auch noch einmal sagen zu den Flächen – seien es Kleingärten oder Flächen für die landwirtschaftliche Nutzung –: Es gibt keine unüberwindbaren Hürden. Ersatzflächen, Flächentausch, faire Entschädigungen – all das kann man lösen, wenn man es denn will, und zwar im Dialog mit den Menschen vor Ort, mit den Grundstückseigentümern und mit allen Stakeholdern. Das wäre jetzt das Richtige. Lassen Sie uns diese Chance nutzen, um den Hochwasserschutz und den Naturschutz miteinander zu verbinden. Denn wir haben eine Verantwortung und können nicht einfach blind hineinrennen und uns keine Gedanken darüber machen. Lassen Sie uns das Verantwortungsvolle tun und jetzt den Prozess hin zu einer Rückverlegung starten!

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Montanus hat als Nächster das Wort. Es folgen Ratsherr Thämer, Ratsfrau Fobbe, Ratsfrau Vorspel, Ratsherr Rohloff und Ratsherr Hartnigk. – Bitte, Ratsherr Montanus.

Ratsherr Montanus (FDP): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Meine Damen und Herren! Ich möchte jetzt ein wenig wieder zur Sachlichkeit zurückkommen. Wir haben jetzt viel Emotionales gehört, was nicht richtig ist; das muss ich dazu sagen. Auf der einen Seite hatten wir einen Experten im Ausschuss für Umweltschutz, was bereits erwähnt worden ist, der uns klipp und klar gesagt hat: Wir können dort keine Auenlandschaft herstellen; das wird nicht der Fall sein. – Eine Verlegung mit einer Enteignung – übrigens als Information: bei einer Enteignung wird immer eine Ausgleichszahlung entrichtet – wird natürlich ein Ausgleich gezahlt werden müssen. Das dauert. Das sind also keine Prozesse, die innerhalb von wenigen Tagen oder Wochen vollzogen werden können, sondern das dauert eine lange Zeit.

Der Hochwasserschutz ist eine sehr wichtige Aufgabe, weswegen eine Erneuerung des Deiches Priorität hat. Wir müssen nämlich die Menschen vor Hochwasser schützen. Das heißt, der Deich muss erneuert werden, und das geht natürlich am schnellsten, wenn man den vorhandenen Deich dementsprechend erneuert.

Noch einmal: Wir haben dort keine Auenlandschaft zu erwarten, auch wenn wir den Deich nach hinten verlegen. Das wird nicht der Fall sein, was uns zumindest ein Experte im Ausschuss für Umweltschutz bestätigt hat. Insofern ist diese Argumentation falsch.

Ich sage es noch einmal: Eine Verlegung des Deiches würde einen viel größeren Zeitraum in Anspruch nehmen, als wenn wir jetzt den Deich erneuern. – Danke schön.

(Beifall von der FDP)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Thämer, bitte, Sie haben das Wort.

Ratsherr Thämer (CDU): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – In einem Punkt oder in vielen Punkten hat Ratsherr Montanus völlig recht: Das Thema wird immer sehr emotional geführt. Insofern würde ich ganz gern noch einmal zwei oder drei Punkte klarstellen.

Es wurde gerade schon gesagt: Die Auenlandschaften kommen nicht beziehungsweise gab es Möglichkeiten, sie zu bringen. Man müsste den Rhein mehrere Meter auffüllen oder das Gelände mehrere Meter abtragen. Beides ist Unsinn. Das ist jetzt auch nicht explizit im Antrag genannt, sondern war im Vorfeld in der Diskussion. Das wäre vielleicht schön, die Urdenbacher Kämpe in Himmelgeist, aber das wird es nicht geben.

Das Argument, das dann immer kommt, ist: Ja, aber die Landschaft ist auch ohne Aue schützens- und erhaltenswert. – Ja, das ist völlig richtig. Deshalb will ich auch ganz klar für die CDU-Fraktion sagen: Wir wollen dieses Gebiet schützen und erhalten – für die Tiere, für die Pflanzen, aber auch für die Menschen als Naherholungsgebiet. Der Punkt ist nur: Das hat überhaupt nichts mit dem Deichverlauf zu tun. Den Tieren und Pflanzen ist es einfach völlig egal, ob sie inländisch oder seeseitig vom Deich liegen. Die Deichrückverlegung ist eine völlig andere Frage als der Erhalt dieser Flächen, für den wir uns ganz explizit einsetzen.

Es wurde gerade schon angesprochen, wir würden die Wildbienenarten und andere Tiere sowie Pflanzen damit vertreiben, wenn wir den Deich auf der bisherigen Linie bauen würden. Ja, auch das ist richtig. Aber was glauben Sie denn, was sie tun, wenn Sie den rückverlegten Deich dort bauen? – Der wächst nicht natürlich aus dem Boden und alles ist schön.

(Beifall von der CDU)

Das ist eine Riesenbaustelle im Hinterland. Auch dort vertreiben Sie Tiere und vernichten Pflanzen. Es ist also einfach falsch, das so darzustellen.

Die ganzen Argumente, die hier gebracht werden, sprechen nicht für eine Rückverlegung aus biologischen oder ökologischen Gründen. Die einzige Frage, die man sich in der Tat stellen und abwägen muss, ist der Retentionsraum. Er wurde gerade als groß benannt. Ich wage das zu bezweifeln. Beispielsweise hat der geplante Retentionsraum in Köln das 30-fache Volumen. Das ist eine relativ große Menge. Aber es gibt einen Retentionsraum, und man muss sich damit beschäftigen und auch abwägen, ob das der richtige Weg ist. Denn der Hauptschutzgrund des Deiches ist der Schutz des Menschen. Einfach zu sagen: Na ja, das ist keine Zeitverzögerung – das kann man behaupten, aber das ist schlicht falsch. Ich weiß nicht, ob Sie mal ein Enteignungsverfahren – vorhin wurde die Braunkohle genannt – verfolgt haben. Das dauert extrem lange, und es ist nicht so, als wäre die jetzige Linie richtig. Zunächst würde ein Gerichtsverfahren kommen, und wenn man dort Flächen enteignet, wird das alles nicht ganz einfach sein. Das, was Sie hier beantragen, ist eine Verschiebung des Projektes. Das gilt für beide Anträge. Deswegen ist dem nicht zu folgen.

Es ist folgende Abwägung zu machen: ein kleiner Retentionsraum oder das schnelle Schaffen von Schutz der Menschen. Sie haben Himmelgeist und Itter genannt. Es ist aber auch Wersten. Dort würde – wenn es um diese Diskussionen geht – das Wasser massiv hineinlaufen. Zudem gibt es auch nicht die unwichtigen Stellen am Deich. Es ist schön, dass die Ortslage sicher ist. Aber wenn der Deich im Rheinbogen bricht, läuft das Wasser dort durch. Der Deich muss überall sicher sein. Es gibt nicht die wichtigen und unwichtigen Stellen, sondern man muss abwägen. Die Verwaltung hat das gemacht und in den Informationsvorlagen dargestellt. Wir schließen uns dieser Abwägung an. Insofern geht es darum, schnellstmöglich die Menschen zu schützen. Die Anträge sind daher abzulehnen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Fobbe hat als Nächste das Wort. Es folgen Ratsfrau Vorspel, Ratsherr Rohloff, Ratsherr Hartnigk, Ratsherr Mielczarek und Ratsfrau Lehmann. – Bitte, Ratsfrau Fobbe.

Ratsfrau Fobbe (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wem vertraue ich mehr? Einem Ingenieurbüro für Renaturierung oder Herrn Böhmermann?

(Beifall von Ratsherrn Wiedon [CDU] und Ratsfrau Kraljic [AfD])

Das hängt sicherlich auch von der Sachfrage ab, aber in diesem Punkt bin ich dann doch mehr beim Ingenieurbüro.

Die Diskussion wird hier sehr emotional geführt. Wir hatten aber im Bauausschuss tatsächlich einen sehr sachlichen Vortrag, und zwar ganz ohne Emotionen. Ich glaube, in dieser Sache ist es gut, wenn man das einmal ohne Emotionen betrachtet. Es wurde sehr klar argumentiert, warum wir jetzt diesen Plan weiterverfolgen. Ein Klagerisiko habe ich bei jeder Variante. Das heißt, es ist keine Beschleunigung, wenn wir jetzt umswitchen.

Es wurde eben schon gesagt, wir werden keine Urdenbacher Kämme bekommen, wenn wir zurückverlegen. Wir haben am Rheinbogen eine Fläche, die natürlich auch als Fläche für den Naturschutz und die Naherholung erhalten bleibt, wenn wir nicht zurückverlegen. Das heißt, die Argumente, die gebracht werden, sind für die Anwohner, die das Wasser fürchten, sicherlich nicht nachvollziehbar, wenn Sie sagen, sie müssen länger warten.

Die zusätzliche Retentionsfläche, die erwähnt wurde, wurde vom Ingenieurbüro als marginal bezeichnet. Auch das ist jetzt kein großes Argument. Wenn man das alles zusammen sieht, kann man nur sagen: Lasst uns das schnell zu Ende bringen! Und am schnellsten geht es, wenn wir jetzt an dieser Planung festhalten und das durchziehen. – Danke.

(Beifall von der SPD)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Vorspel, bitte, Sie haben das Wort.

Ratsfrau Vorspel (Die Linke): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Sehr geehrte Damen und Herren! Zum Thema Auwald: Das ist ein Versuch. Die Urdenbacher Kämme ist kein Auwald. Niemand hat behauptet, dass das eine Auwaldfläche ist. Eine Auwaldfläche ist etwas ganz anderes. In Köln-Worringen haben Sie einen Teil eines Auwalds, den und auch die spezifischen Bäume, die dort wachsen, Sie sich einmal anschauen können. Das alles wäre im Himmelgeister Rheinbogen möglich. Das ist der Unterschied zwischen Urdenbacher Kämme und dem Himmelgeister Rheinbogen.

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Nein!)

Dann ein weiterer Punkt dazu, was machbar ist und was nicht und ob es geht oder nicht: Wenn wir vor Jahren gesagt hätten, der Biber zieht von allein in die Urdenbacher Kämme ein, dann hätte jeder gesagt: Nein, Quatsch, woher soll der denn kommen und so weiter? – Und jetzt sind der Biber und die Störche dort.

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Die sind leider nicht mehr da!)

– Wer ist nicht da?

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Die Störche sind weg!)

– Die Störche sind weg?

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Ja!)

– Ja, okay, dann muss man darauf aufpassen.

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Ich bin ganz traurig!)

– Sie sind ganz traurig? – Das glaube ich nicht so wirklich.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Die sind jetzt im Rheinbogen.

Ratsfrau Vorspel (Die Linke): Zum Thema Köln und viel größerer Platz für Retentionsflächen: Köln hat deutlich mehr Quadratkilometer Fläche als Düsseldorf. Es ist logisch, dass sie dann natürlich auch größere Flächen für die Retentionsfläche schaffen können.

(Ratsherr Raub [SPD]: Die machen aber nichts!)

– Wenn die Kölner nichts machen, heißt das nicht, dass die Düsseldorfer dann auch nichts machen müssen. Wir könnten mit gutem Beispiel vorangehen.

Ich war vor einer Woche im Bildungsurlaub im Ahrtal. Was ist nach der Flut passiert? Wie läuft der Wiederaufbau? – Lustigerweise wurde vor dem Hotel das Altstadtpflaster neu verlegt.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Unser Altstadtpflaster?

Ratsfrau Vorspel (Die Linke): Wunderbares Altstadtpflaster, superstabiles Altstadtpflaster in Ahrweiler – stabiler als in Düsseldorf. Die einzige Gefahr, die diesem Altstadtpflaster droht, sind nicht irgendwelche Verschleißsachen, sondern die nächste Flut. Da muss man natürlich überall aufpassen.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Da müssen wir aufpassen, dass nicht Ahrweiler demnächst die längste Theke der Welt hat.

(Heiterkeit)

Ratsfrau Vorspel (Die Linke): Genau. – Es ist erwiesen, dass die nächste Flut nicht unbedingt im Ahrtal passieren muss, sondern ein Starkregenvorfall kann überall passieren. Der kann uns dann auch hier mit dem Kittelbach oder mit dem Brückerbach treffen, die wir nicht geschützt haben, weil es „nur“ ein Jahrhunderthochwasser oder Jahrtausendhochwasser war.

(Ratsherr Droste [FDP]: Starkregen ist etwas anderes als Hochwasser!)

– Starkregen ist etwas anderes als Hochwasser. Okay, dann kommen wir noch einmal zurück zum Rhein, weil wir auch am Rhein sind. Wir haben auf der einen Seite die kleinen Flüsse, die durch Starkregen über die Ufer treten können, und wir haben auf der anderen Seite den Rhein, der Hochwasser bringen kann. Als wir mit den Menschen im Ahrtal über die tragischen Ereignisse gesprochen haben und von unserer möglichen Retentionsfläche geredet haben, die im Himmelgeister Rheinbogen entstehen könnte, –

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Vorspel, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Ratsfrau Vorspel (Die Linke): – und dort gesagt haben, neun Stunden Zeitgewinn wäre möglich, haben die Leute gedacht: Wie neun Stunden?

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ich darf Sie an die Redezeitbegrenzung erinnern.

Ratsfrau Vorspel (Die Linke): Man hätte die Hälfte der Menschen in neun Stunden retten können.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Sie sind die zweite Rednerin Ihrer Fraktion. Das heißt, Sie haben nur drei Minuten.

Ratsfrau Vorspel (Die Linke): Die drei Minuten sind schon um, –

Oberbürgermeister Dr. Keller: Deshalb darf ich das Wort jetzt weitergeben.

Ratsfrau Vorspel (Die Linke): – ich habe aber alles Wichtige gesagt. – Vielen Dank.

(Beifall von der Linken)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ich darf jetzt das Wort an Ratsherrn Rohloff weitergeben. – Sie haben das Wort, Ratsherr Rohloff.

Ratsherr Rohloff (FDP): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich wurde von den Kollegen schon sehr viel Richtiges gesagt, aber Ihr Wortbeitrag, Ratsfrau Vorspel, zeigt mir, dass Sie nicht zugehört haben. Wir hatten einen Experten sowohl im Umweltausschuss als auch im Bauausschuss, der ganz klar gesagt hat, dass sich Ihre Träumereien einer Auenlandschaft dort nicht realisieren lassen, weil das Gebiet einfach nicht oft genug überflutet wird. Der gleiche Experte hat auch gesagt, dass diese Fläche aufgrund des geringen Volumens nur eine geringe Retentionswirkung hätte, was das angeht.

Ich meine, hier wird belustigt über Jan Böhmermann, Wildblumen und allem Drum und Dran gesprochen. Ich wäre durchaus dabei, der Verwaltung den Auftrag zu geben – so, wie es auch Ratsherr Thämer gesagt hat –, diesen Bereich dauerhaft vor Bebauung zu schützen und dort zu schauen, was man mit Planungsrecht machen kann, um dort den Bauspekulationen in der Tat Einhalt zu gebieten.

Aber letztlich, um auch zur Ernsthaftigkeit zurückzukommen: Wovon sprechen wir denn hier? – Wir sind seit 20 Jahren dabei, diesen Deich sanieren zu wollen. Es geht in erster Linie – bei allem Respekt für Wildblumen, Bienen und sonst wen – um den Hochwasserschutz von Menschen, die dort wohnen. Es gibt dort Evakuierungspläne, denn es ist letztlich Leib und Leben gefährdet. Da frage ich mich schon ernsthaft – gerade bei den Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen –, ob Sie das verantworten wollen mit Ihrer Argumentation, wenn Sie jetzt auf die Rückverlegung gehen und dort womöglich ein Hochwasserereignis eintritt, bei dem jemand zu Schaden kommt. Wir haben von der Planungsverwaltung ganz klar gehört, dass die Rückverlegung ein komplett neues Planfeststellungsverfahren bedeuten würde. Wir würden komplett von Neuem beginnen. 20 Jahre Arbeit wären umsonst. Die Verwaltung hat uns gesagt, dass die Heilung der rechtssicherere und schnellere Weg ist. Da müssen wir als Kommunalpolitiker bei allem Respekt auch ein Stück weit auf die Expertenmeinung unserer Verwaltung vertrauen. Wenn sie uns sagt, dass der schnellste Hochwasserschutz mit der Heilung des bestehenden Verfahrens rechtssicher hergestellt werden kann, ist uns dieser Weg lieber; denn wir wollen den Hochwasserschutz für die Menschen an der Stelle, und zwar schnellstmöglich. Sie haben schon 20 Jahre zu lange darauf gewartet. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Als Nächster hat Ratsherr Hartnigk das Wort. Es folgen Ratsherr Mielczarek und Ratsfrau Lehmann. – Bitte, Ratsherr Hartnigk.

Ratsherr Hartnigk (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Kollege Rohloff hat es gerade zu Recht gesagt: Wir sind jetzt erstmals an dem Punkt, wo wir tatsächlich schnell die Deichbaumaßnahmen angehen können.

Kollege Mielczarek, wenn man über eine Rückverlegung nachdenkt, muss man auch so ehrlich sein und sagen: Das ist nicht rechtssicher, das ist mit einem neuen Planfeststellungsverfahren verbunden, das kann den kompletten neuen Klageweg aller Beteiligten nach sich ziehen, der jetzt in dieser Situation nicht mehr gegeben ist. Und das bedeutet möglicherweise noch einmal 20 Jahre. Das müssen Sie Ihren Wählerinnen und Wählern hier im Rat auch einmal sagen. Das lassen Sie aber mal so eben unter den Tisch fallen – Herr Böhmermann übrigens auch.

Meine Damen und Herren, Sie haben es übrigens zu Recht gesagt, dass der Deich entweder vor oder hinter dem alten Deich gebaut werden muss. Dazu sage ich: Ja, aber das ist gar nicht tragisch, weil das auch ein Vorteil für die Bienen und für die Tiere, die dort leben, ist, weil sie in der Zeit erstens da noch bleiben und sich zweitens überlegen können, wo sie in dem Schutzgebiet möglicherweise andere Räume finden, um zu überleben.

Außerdem finde ich es, ehrlich gesagt, ein bisschen vermessen, zu behaupten, die wären dann einfach weg. Wir haben ganz viele große Bauvorhaben in diesem Bereich, wo Naturschutz und der Schutz von Tieren – unabhängig davon, dass es auch gesetzlich vorgeschrieben ist – echt gut funktioniert haben und sich auch im Nachgang die ursprünglich dort lebenden Tiere wieder angesiedelt haben. Das schließen Sie hier mit einem Federstrich aus und tun so, als wäre hier der einzige Weg der Bagger: Alles ist weg, alles wird furchtbar. – Das finde ich ein bisschen unredlich, Kollege Mielczarek, wenn Sie das hier so sagen.

An die Linke gerichtet: Enteignung ist der falsche Weg. Sie haben eben gesagt: 127 Enteignungsverfahren während des FDP-geführten Verkehrsministeriums. Sie haben aber nicht gesagt, ob es schon Ergebnisse der 127 Enteignungsverfahren gibt. Sie haben auch nicht gesagt, wie man Enteignungsverfahren möglicherweise löst, nämlich mit viel Geld. Das ist auch ein Punkt.

Was hier auch noch nicht gesagt worden ist: Die Fläche, die Sie bei der Rückverlegung freigeben wollen, ist zum einen mit einer Kleingartenanlage belegt – Ratsherr Mielczarek, das haben Sie freundlicherweise erwähnt – und wird zum anderen auch landwirtschaftlich genutzt. Das sind keine Flächen, die irgendwie nur dort liegen, sondern da werden auch Nahrungsmittel produziert. Ich glaube, in einem Beitrag des WDR ist der Pächter interviewt worden. Er hat zwar gesagt, ihm wäre es letztlich egal, wo er seine Anbauflächen bekommt, aber er müsse auf jeden Fall Ersatz bekommen. Die muss man erst einmal suchen. Wir haben eben bei einem anderen Tagesordnungspunkt über Platzprobleme in der Stadt für Park-and-Ride und so weiter gesprochen. Dann wollen wir jetzt mal eben 2,8 Hektar landwirtschaftliche Fläche auf dem Düsseldorfer Stadtgebiet oder in erreichbarer Nähe, ohne den Bauern zu zwingen, 30 Kilometer mit seinem Trecker zum Acker zu fahren, vernünftigerweise hier anbieten, ohne dass die Produktion der landwirtschaftlichen Flächen hier aufgehoben wird? – Um es kurz zu sagen: Hochwasserschutz vor Naturschutz.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Bitte sehr kurz; denn Ihre drei Minuten Redezeit sind abgelaufen.

Ratsherr Hartnigk (CDU): Die Sicherheit der Bevölkerung geht vor.

(Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Mielczarek hat noch einmal das Wort. Immer daran denken: Der zweite Redner einer Fraktion hat nur doch drei Minuten Redezeit.

Ratsherr Mielczarek (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Ich versuche es. Sonst melde ich mich hier noch einmal. Aber ich möchte Sie jetzt nicht übermäßig strapazieren, da die Argumente auf dem Tisch liegen.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Sie schaffen das in drei Minuten.

Ratsherr Mielczarek (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, vielen Dank. – Liebe Ratsleute! Ratsherr Hartnigk, ich meine, das war ja nicht die ganze Wahrheit. Sie haben gesagt, man würde eine neue Klagemöglichkeit aufmachen. Wenn wir jetzt in die Heilung gehen, haben die Umweltverbände auch eine Klagemöglichkeit.

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Nein!)

Ich halte es für sehr wahrscheinlich, dass sie die dann auch führen werden, denn auf Grundlage der Dokumente, die wir vorgestellt bekommen haben, sowie der Präsentationen und Unterlagen, die wir hatten, ist das wirklich zweifelhaft. Das ist eben auch ein Ding: Ich wüsste gern, woher Sie diese Behauptungen oder Feststellungen, dass das mit den Wildbienenarten so in Ordnung ist, nehmen. Denn in den gesamten Unterlagen, die wir erhalten haben – sowohl in der Präsentation als auch in den Begründungen –, ist das kein einziges Mal untersucht worden und nicht Thema gewesen. Das ist außen vor gelaufen. Die gesamte Zeit sind die Fragen, was eigentlich die ökologische Qualität dieser Fläche, dieses Deiches und der Alternativoptionen ist und ob sie

gleichwertig sind, nicht betrachtet worden. Diese Feststellung gab es vielleicht nur mal so am Rande. Sie reden da ziemlich aus dem Blauen heraus. Wir haben uns schließlich mit Ökologinnen und Ökologen darüber ausgetauscht.

Dann noch eine Klarstellung an dieser Stelle, was uns hier so viele Zweifel bereitet. Wir haben § 77 Wasserhaushaltsgesetz. Darin ist geregelt, dass wir bei solchen Planungen jeweils die Option zu nehmen haben, die einen Retentionsgewinn bietet, außer es gibt überwiegende Gründe des Allgemeinwohls, die dagegensprechen. Das ist klar. Jetzt ist aber die Frage: Ist denn die Bemühung, hier die Flächen zu einem Verkehrswert zu erhalten, unverhältnismäßig oder nicht? – Ich kann Ihnen sagen, ich habe Akteneinsicht genommen und erhebliche Zweifel. Ich habe mir die Akten angesehen, möchte sie aber an dieser Stelle nicht rekurrieren, da ich das gar nicht dürfte.

Ich habe aber erhebliche Sorgen, dass wir vor dem Hintergrund der dort dargelegten Bedingungen an dieser Stelle ein Verfahren hier verlieren würden und unsere Bemühungen, an dieser Flächen zum Verkehrswert zu kommen, scheitern. Ich habe erhebliche Zweifel. Ich meine, wir werden es sehen. Es kommt heute keine Mehrheit zustande, die Umweltverbände werden wohl klagen. Aber was passiert dann? – Dann führen wir wieder einen Prozess und werden in eine Rückverlegung gehen müssen und verlieren somit doppelt so viel Zeit.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen – Ratsherr Hartnigk [CDU]: Nein!)

Die Diskussion, die wir hier führen, und die Pseudoargumente, die hier ausgetauscht werden, helfen wirklich niemandem; denn eigentlich liegt alles auf dem Tisch. Wir sollten die Option wählen, die für die Menschen die sicherere ist.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen – Ratsherr Hartnigk [CDU]: Hochwasserschutz!)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Lehmann und danach Ratsfrau Holtmann-Schnieder.

Ratsfrau Lehmann (Die Linke): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! An die SPD-Fraktion gerichtet: Ganz erstaunlich, wenn man sich schon länger mit der Thematik beschäftigt und vielen Expertinnen und Experten zuhört, dass Sie sich einzig auf den sogenannten Experten, der hier gesprochen hat, beziehen. Ich habe ihn im Umweltausschuss gefragt, ob er denn die Hochwasserrisikokarte des Bundes kennt, die interaktiv ist und immer aktualisiert wird.

Dort gibt es eine grafische Einstellung, die natürlich auf Daten basiert. Das heißt, Daten können wir immer viele hören, aber wenn wir dieses Bild sehen, wir eine Retentionsfläche ermöglichen und die Voraussetzung dafür bauen müssen, dann sieht man einfach, dass dort ganz viel blau ist. Der sogenannte Experte kannte diese Karte aber nicht. Der Mann vom SEBD neben ihm hat gesagt: Ja, klar, die kenne ich. – Das war das eine. Der Experte hat aber gesagt: Da wird es wahrscheinlich nie zu Überflutungen kommen, weil der Rhein so tief ist und Himmelgeist so hoch. – Das war ganz erstaunlich zu hören und widerspricht wirklich allem, mit dem man sich bisher beschäftigt hat. Insofern unterstütze ich das, was Kollege Mielczarek gesagt hat: Der BUND wird klagen, wenn wir nicht endlich rückverlegen.

(Beifall von der Linken)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Holtmann-Schnieder, bitte, Sie haben das Wort.

Ratsfrau Holtmann-Schnieder (SPD): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen und auch liebe Zuhörende am Stream! Diese werden wir bei diesem Thema vielleicht haben. Ich möchte noch einige Sachen zurechtrücken, weil doch sehr viel auch von Nichtjuristinnen und Nichtjuristen darüber spekuliert worden ist, wie mögliche Verfahren ausgehen. Es ist immer spannend, so etwas anzustellen.

Die Verwaltung hat tatsächlich ein entsprechendes Rechtsanwaltsbüro beauftragt, dazu ein Gutachten zu erstellen, ob mit den jetzt angestoßenen Überlegungen und den jetzt erstellten Gutachten die beanstandeten Punkte geheilt werden können. Ich würde mich lieber auf eine solche Beurteilung verlassen als auf Menschen, die ihren Gefühlen da zu Recht nachgehen. Das ist gerade bei juristischen Punkten ziemlich schwierig. Natürlich kann immer jemand klagen, das weiß man nicht, aber das heißt nicht, dass dieser Klage stattgegeben wird. Das ist dann noch einmal ein anderer Punkt.

Das andere ist, dass sich auch das Urteil des OVG, das vorliegt, lediglich damit beschäftigt und zu Verfahrenspunkten geurteilt hat, die geheilt werden sollen. Das OVG hat nichts in der Sache entschieden. Auch das ist ein Unterschied. In der Sache ist klar, dass der Planfeststellungsbeschluss so, wie er aufgestellt worden ist, in Ordnung ist, und lediglich Fehler im Verfahren müssen geheilt werden. Das ist auch richtig so, was die Verwaltung auf den Weg gebracht hat.

Des Weiteren finde ich es abenteuerlich, dass Rheinhochwasser mit Starkregen im Ahrtal vermischt wird und so weiter. Das sind Sachen, die man nun überhaupt nicht miteinander vergleichen kann, ist aber eben hier vorgetragen worden. Das sind wirklich abenteuerliche Ableitungen.

(Ratsfrau Vorspel [Die Linke]: Ich habe den Unterschied deutlich gemacht!)

– Ja, aber das Ahrtal hat an dieser Stelle eigentlich nichts zu suchen.

(Ratsfrau Vorspel [Die Linke]: Ich habe vom Altstadtpfaster gesprochen!)

– Das Altstadtpfaster hatten wir vorhin, und damit waren wir eigentlich fertig.

Um es noch einmal zusammenzufassen: Ich erinnere mich gut, dass Herr Meyer als von uns allen sehr geschätzter Veterinär im Umweltausschuss ausgeführt hat, dass es ein Problem sei mit den Wildbienen, aber wenn man sich rechtzeitig daran mache, könne man auch dafür sorgen, dass sich diese Bienen – so standorttreu sie auch sind – trotzdem in der Nähe an ein anderes Gebiet gewöhnen. Insofern wird es auch dafür eine gute Lösung geben. Darum überzeugt uns als SPD-Fraktion das, was von der Verwaltung vorliegt, weshalb wir beide Anträge gleich ablehnen werden.

(Beifall von der SPD)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Krüger hat sich noch gemeldet. – Bitte, Ratsfrau Krüger, Sie haben das Wort.

Ratsfrau Krüger (Tierschutz/Freie Wähler): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Großen und Ganzen ist von Bündnis 90/Die Grünen, den Linken und von Die Partei-Klima-Fraktion schon sehr viel Richtiges und Gutes dazu gesagt worden. Die Anträge finde ich beide super, muss ich dazu sagen.

Ich möchte jetzt nur noch erwähnen, dass ich im Zusammenhang mit dem Ahrtal schon verstanden habe, dass es genau um diese neun Stunden geht. Denn es hieß auch in dem Gutachten immer: Wenn man diese Retentionsfläche macht, dann hätte man einen Vorteil von neun Stunden. Sie haben wahrscheinlich deswegen dieses Beispiel gewählt; denn wenn die Ahrtaler diese neun Stunden gehabt hätten, hätten sie viel mehr Menschen und auch verschiedene Tiere retten können. Das war der Grund, warum Sie das Ahrtal erwähnt haben, was ich übrigens auch sehr gut fand.

Das Zweite ist: Ratsherr Hartnigk, Sie haben gesagt, die Tiere könne man einfach mal so umsiedeln. Das wird hier im Stadtrat immer behauptet – egal, ob Bäume gefällt oder Flächen versiegelt werden. Wenn Tiere im Spiel sind, heißt es immer: Wir schaffen einen Ausgleich, wir schauen nach, wie das Verhalten ist oder ob sich da irgendetwas verschlechtert hat. – Aber im Großen und Ganzen ist es in dem Augenblick, in dem Sie den Tieren die Nahrungsgrundlage und auch den Wohnraum nehmen, eine Verschlechterung für jedes Tier. – Danke.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Jetzt sehe ich in der Tat keine weiteren Wortmeldungen. Das heißt, wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Anträge unter TOP 38.5 und TOP 38.8.

Ich darf zunächst TOP 38.5 zur Abstimmung aufrufen: RAT/163/2025, Antrag der Ratsfraktion Die Linke – „Rückverlegung des Himmelgeister Deichs und Enteignung der dazu notwendigen Flächen“. Ich darf fragen: Wer ist für diesen Antrag? – Die Linke, die Partei-Klima-Fraktion, Ratsfrau Krüger und eine Stimme bei der AfD, Ratsfrau Opelt. Wer enthält sich? – Ratsherr Lemmer. Wer ist dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, der Oberbürgermeister und Ratsfrau Kraljic. Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zu TOP 38.8: RAT/181/2025. Das ist der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen: „Himmelgeister Rheinbogen: Hochwasserschutz, Natur- und Artenschutz verbinden, jetzt Rückverlegung planen“. Wer ist für diesen Antrag? – Das sind Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, Die Partei-Klima-Fraktion, Ratsfrau Opelt und Ratsfrau Krüger. Wer enthält sich? – Ratsherr Lemmer. Wer ist dagegen? – Das sind SPD, CDU, FDP, Ratsfrau Kraljic und der Oberbürgermeister. Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

38.6

Antrag der Ratsfraktion Die Partei-Klima-Fraktion: Die Straßenverkehrsordnung gilt auch am Corneliusplatz

RAT/173/2025

38.7

Antrag der Ratsfraktion Die Partei-Klima-Fraktion: Autofreien Corneliusplatz aufwerten

RAT/174/2025

38.7.1

Änderungsantrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

RAT/208/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ich darf den Bürgermeister bitten, noch einmal kurzfristig die Sitzungsleitung zu übernehmen und schon einmal Ratsherrn Fix zur Einbringung des Antrages aufrufen. Es folgen Ratsherr Kühbacher und Ratsherr Rütz.

(Bürgermeister Hinkel [CDU] übernimmt um 18.50 Uhr den Vorsitz.)

Bürgermeister Hinkel (CDU): Ratsherr Fix, Sie haben das Wort.

Ratsherr Fix (Die Partei-Klima-Fraktion): Vielen Dank, Herr Bürgermeister. – Ja, täglich grüßt das Murmeltier: mal wieder der Corneliusplatz. Ich wünschte, er würde uns nicht mehr beschäftigen, denn es ist ja seit fast einem Jahr beschlossene Sache und sollte eigentlich schon längst umgesetzt werden. Deshalb der erste von zwei Anträgen von uns, der quasi auf der Aussage aus der „RP“ beruht, die auch den Verkehrsdezernenten zitiert beziehungsweise sagt, dass er dies bestätige, nämlich dass wir es als Stadt, wenn der Platz dann einmal autofrei wird – in vielleicht 20 Jahren hoffentlich –, so handhaben, dass Lieferverkehr noch möglich ist – und das den ganzen Tag – und dieser Lieferverkehr auch die gutbetuchten Gäste der Luxusgeschäfte mit einschließt.

Das geht natürlich nicht. Wir können keine Sonderrechte für besonders wohl situierte Menschen schaffen. Wir können einen autofreien Platz nicht wieder faktisch mit Autos vollmachen, indem wir Lieferverkehr über den ganzen Tag ermöglichen. Deshalb wünschen wir uns eine Klarstellung der Verwaltung, dass das natürlich nicht der Fall ist und sich hier an die StVO gehalten wird und wir das hier in der Stadt so handhaben, wie wir es in der Fußgängerzone oder auch auf dem Shadowplatz machen: dass nur morgens Lieferverkehr möglich ist und Menschen natürlich nicht in diesem Warenlieferverkehr inkludiert sind, außer vielleicht, wenn sie sich selbst als Amazon-Paket verschicken. Wenn das nicht der Fall ist, wünsche ich mir, dass wir das hier als Rat beschließen. Es wäre sehr schade, wenn das überhaupt notwendig wäre. Wenn es dann aber notwendig ist, finden wir hoffentlich hier die Mehrheit. – Danke.

(Beifall von Die Partei-Klima-Fraktion)

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, Ratsherr Fix. – Bevor wir die nächsten Wortmeldungen nach vorn bitten, mache ich Sie darauf aufmerksam, dass wir jetzt gleichzeitig den Tagesordnungspunkt 38.7, RAT/174/2025 der Ratsfraktion Die Partei-Klima-Fraktion, „Autofreien Corneliusplatz aufwerten“, mitdiskutieren, aber anschließend getrennt darüber abstimmen. Bei der Tagesordnung hatten wir das schon angekündigt. Das wird jetzt tatsächlich auch so. Wir diskutieren über zwei Tagesordnungspunkte.

(Ratsherr Fix [Die Partei-Klima-Fraktion]: Dann komme ich noch einmal nach vorn!)

Dann bringen Sie bitte direkt auch noch den zweiten Antrag ein. – Danke.

Ratsherr Fix (Die Partei-Klima-Fraktion): Danke schön, dass Sie mich noch einmal darauf aufmerksam gemacht haben. Es war ein langer Tag heute. – Wir haben noch einen zweiten Antrag. Darin geht es vor allem darum, dass die Gestaltung des Corneliusplatzes, wenn er dann autofrei ist, auch lebenswert, schön und ein Mehrwert für die Stadt ist. Denn mit der momentanen Planung ist das nicht der Fall. Ich denke – und ich glaube, damit spreche ich nicht nur für mich –, dass man aus einem großen Platz in der Innenstadt, der autofrei ist und sehr zentral liegt, etwas sehr Schönes machen kann, eine sehr schöne gestalterische Lösung finden kann für alle Bürgerinnen und Bürger, für Besucher, für Touristen. Das wäre dann auch gut für die Wirtschaft. Daher wird vielleicht auch die FDP zustimmen. Wir wünschen uns, dass diese Vorlage von der Verwaltung nochmals ausgearbeitet und optimiert wird. – Danke schön. Ach ja, natürlich: Stimmen Sie zu!

(Beifall von Die Partei-Klima-Fraktion)

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, Ratsherr Fix. – Die nächste Wortmeldung kommt von Ratsherrn Kühbacher, bitte. – Sie haben das Wort.

Ratsherr Kühbacher (SPD): Vielen Dank, Herr Bürgermeister. – Ich hoffe, etwas Zeit einsparen zu können. Da wir es ja gemeinsam beraten, spreche ich zu beiden Anträgen. Es gibt eine Verwaltungsvorlage, die war, meine ich, letzten Freitag, also am 23. Mai, in der Bezirksvertretung 1, und sie wird uns im zuständigen Fachausschuss, im OVA, in der nächsten Sitzung am 18. Juni erreichen. Damit wir es jetzt hier nicht ausdiskutieren müssen, würde ich beantragen, dass wir die beiden Anträge in den OVA überweisen – das ist zeitnah –, wo uns dieses Konzept vorgestellt wird, auf das sich diese beiden Anträge beziehen, und diese dann im zuständigen Fachausschuss beraten. Wenn diese Beratung aus Sicht Ihrer Fraktion nicht zum richtigen Ziel führen sollte, können wir immer noch in die nächste Ratssitzung kommen und die Anträge noch einmal im Rat stellen. Aber erst einmal muss die Beratung im Fachausschuss stattfinden. Das ist unser Antrag.

(Beifall von der SPD)

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, Ratsherr Kühbacher. – Die nächste Wortmeldung kommt von Ratsherrn Rütz, bitte. – Sie ziehen zurück. – Dann haben wir die nächste Wortmeldung von Ratsherrn Fix, Sie wollten noch einmal ans Mikrofon.

(Ratsherr Hartnigk [CDU]: Wir müssen doch über die Verweisung abstimmen!)

– Bitte was?

(Ratsherr Tups [CDU]: Wir müssen über die Verweisung abstimmen!)

Ratsherr Fix, Sie haben das Wort.

Ratsherr Fix (Die Partei-Klima-Fraktion): Vielen Dank. – So oder so würde ich mir natürlich eine Stellungnahme der Verwaltung zu unserem ersten Antrag wünschen, ob man sich dazu

bezüglich des „RP“-Artikels und der Abmachung mit den Luxusgeschäften äußern kann. Aber unabhängig davon ist die Sache ja die: Der Antrag kommt aus dem OVA und ist in den Rat gekommen, weil es im OVA beschlossen und dann nicht umgesetzt wurde. Ihn jetzt wieder in den OVA zu verlegen, halten wir nicht für sinnvoll. Das ist ja ein Kreisschluss. – Danke.

(Beifall von Die Partei-Klima-Fraktion)

Bürgermeister Hinkel (CDU): Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wenn ich es gerade richtig verstanden habe, meine sehr geehrten Damen und Herren, verweisen wir TOP 38.6, RAT/173/2025 in den Ausschuss

(Ratsherr Raub [SPD]: 38.7 auch!)

– beide Themen. Wir stimmen getrennt ab. Wir stimmen bitte über die Verweisung von RAT/173/2025 ab.

(Ratsfrau Marmulla [Die Linke]: Aber zuerst wollen wir doch die Verwaltung hören! – Ratsherr Hartnigk [CDU]: Nein, dann müssen Sie eine Anfrage stellen, wenn Sie Fragen stellen wollen!)

– Nein. Bei der Verweisung wird es im Ausschuss behandelt.

(Ratsfrau Marmulla [Die Linke]: Aber wir waren doch in der Diskussion! – Ratsherr Raub [SPD]: Abstimmen!)

– Wir stimmen darüber ab. – Ratsfrau Marmulla, ich muss hier eingreifen. Wir stimmen ab. Noch einmal bitte: TOP 38.6, RAT/173/2025, „Die Straßenverkehrsordnung gilt auch am Corneliusplatz“, von Die Partei-Klima-Fraktion. Wer stimmt für die Verlegung in den OVA? – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Wer stimmt dagegen? – Die Linke, Die Partei-Klima-Fraktion und Tierschutz/Freie Wähler. Damit ist die Verweisung mehrheitlich beschlossen.

(Ratsfrau Marmulla [Die Linke]: Wir haben einen Geschäftsordnungsantrag!)

Ratsherr Fix, kommen Sie bitte nach vorn. Sie haben das Wort.

Ratsherr Fix (Die Partei-Klima-Fraktion): Vielen Dank, Herr Bürgermeister. – Entschuldigen Sie, aber bis jetzt hat die Verwaltung noch nie nicht wenigstens eine Stellungnahme gemacht, wenn hier jemand um eine Stellungnahme gebeten hat. Dann soll doch bitte Herr Kral wenigstens nach vorn gehen und sagen: Wir machen keine Stellungnahme. Also, irgendeine Antwort wäre schon schön, und ich finde, das ist auch gegeben.

(Ratsherr Raub [SPD]: Das ist kein Antrag zur Geschäftsordnung!)

– Ja, das weiß ich auch, aber trotzdem.

(Beifall von Die Partei-Klima-Fraktion – Ratsfrau Cordes [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir haben die Debatte verschoben!)

Bürgermeister Hinkel (CDU): Ratsherr Fix, wir haben das jetzt in den OVA verwiesen. Das Thema, der erste Antrag, ist an dieser Stelle schon mal verwiesen.

Wir stimmen jetzt über den Antrag unter TOP 38.7, RAT/174/2025, Antrag der Ratsfraktion Die Partei-Klima-Fraktion, „Autofreien Corneliusplatz aufwerten“ ab. Auch hierzu die Frage: Wer stimmt für eine Verweisung in den OVA? – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und AfD. Wer enthält sich der Stimme? – Wer stimmt dagegen? – Die Partei-Klima-Fraktion, Die Linke und Tierschutz/Freie Wähler. Damit ist der Antrag durch mehrheitlichen Beschluss in den OVA **verwiesen**.

38.9

Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: Weiterentwicklung der Förderung von Lastenrädern

RAT/182/2025

Bürgermeister Hinkel (CDU): Wer möchte von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag einbringen? – Ratsherr Fix. – Entschuldigung. Ratsherr Mielczarek, Sie haben das Wort.

Ratsherr Mielczarek (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Herr Bürgermeister. – Liebe Ratsleute! Ich mache es auch ganz fix.

(Heiterkeit)

Mit dem Antrag, den wir heute hier stellen, schlagen wir Ihnen vor, ein Erfolgsprojekt der Düsseldorfer Verkehrswende

(Ratsfrau Marmulla [Die Linke]: Der Linken!)

– nicht nur der Linken, insbesondere der Kooperation zwischen CDU und Bündnis 90/Die Grünen – wiederaufzunehmen und weiterzuentwickeln, und zwar die städtische Förderung von Lastenrädern. Das Programm, das wir – das hatte ich bereits gesagt – auch in der Kooperation mit 1 Million Euro pro Jahr vereinbart hatten, das wir durchführen wollen und 2021 gestartet haben, hat gezeigt, wie groß das Potenzial dieser klimafreundlichen Mobilitätsform ist und wie groß auch das Interesse der Bevölkerung war. Darauf gehe ich gleich kurz ein.

Über 1.200 Lastenräder wurden im Rahmen dieses Programms gefördert, und eine Evaluation, die wir auch im Umweltausschuss vorgestellt bekommen haben, hat Folgendes gezeigt: 20 Prozent der Geförderten haben ein Auto abgeschafft. 23 Prozent haben gesagt, sie planen, es abzuschaffen. Wenn wir jetzt die 40 Prozent nehmen, dann bedeutet das: Fast 400 Fahrzeuge wurden im Rahmen dieses Programms abgeschafft. Ich sage Ihnen: Kein anderes Programm im Umwelt- und Verkehrsbereich, im Klimaschutzbereich hat so einen großen Wirkungsgrad – oder kaum ein Programm; die LED-Umstellung der Gaslaternen hat auch einen sehr großen Wirkungsgrad. Aber für so ein Programm ist das ein extrem guter Kosten-Nutzen-Faktor. Hinzu kommt, dass die Haushalte, die kein Fahrzeug abgeschafft haben, trotzdem Pkw-Fahrten abgeschafft haben, und darauf kommt es auch an. Das sind insgesamt 31.000 Kilometer pro Woche. Damit konnten jährlich 357 Tonnen CO₂ eingespart werden. Diese Zahl spricht, denke ich, für sich. Finden Sie mal eine Maßnahme für die Million Euro pro Jahr, die diesen Wirkungsgrad erreichen kann.

Das Ding ist nur: Ich meine, das Programm war extrem erfolgreich. Es war zu erfolgreich für sein Design, also für die Förderkriterien; das muss man tatsächlich sagen.

(Unruhe)

– Ja, ich weiß, aber Sie sollten trotzdem zuhören. Das interessiert Sie ja wahrscheinlich dennoch, worauf Sie gleich eingehen wollen. Die Mittel waren extrem schnell abgeschöpft.

Bürgermeister Hinkel (CDU): Darf ich um ein bisschen Ruhe bitten?

Ratsherr Mielczarek (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Herr Bürgermeister. – Die Nachfrage hat das Angebot erheblich überstiegen, und viele Menschen, die das Lastenrad als ernsthafte Alternative zum Auto nutzen wollten, die gern auf das Programm zurückgreifen wollten, sind leer ausgegangen. Deshalb schlagen wir heute vor, das Programm nicht nur fortzusetzen, fortzuschreiben, sondern noch effizienter zu gestalten, indem wir die Fördersätze leicht zurückschrauben. Das bedeutet aber im Umkehrschluss, dass mehr Menschen in Summe, also eine höhere Anzahl von Menschen von einer Förderung profitieren können. Wir wollen es sozial gerechter machen, indem wir Familien mit Kindern einen Zuschlag erteilen. Wir wollen es auch infrastrukturell mit zusätzlichen Lastenrad-Abstellanlagen und Sharing-Angeboten der CMD

flankieren. Es ist extrem wichtig, das auch zu tun, denn natürlich müssen die Lastenräder auch irgendwo parken. Wir wollen auch Sharing-Angebote und nicht nur Privatbesitz von Lastenrädern fördern und vorantreiben. Das heißt, auch hier flankieren wir das Programm mit einer sinnvollen weiteren Maßnahme.

Sie wissen alle: Der Platz in der Stadt ist extrem begrenzt. Das ist uns allen bekannt. Wir können nicht einfach Häuser abbaggern, um mehr Platz zu schaffen. Das heißt also, jedes einzelne Lastenrad, das zum Einsatz kommt, entlastet unsere Stadt, macht weniger Stau auf den Straßen, macht, dass Fahrzeuge weniger die Parkplätze besetzen und weniger schlechte Luft in unserer Stadt ausgestoßen wird. Insofern ist es eine extrem sinnvolle Maßnahme.

Vielleicht ein letzter Hinweis, denn ich habe schon gehört, dass das von manchen hier im Raum als Gefahr gesehen wird: Was ist denn eigentlich mit dem Haushalt? – Wir haben die Mittel bereits etatisiert. Es gibt das 60-Millionen-Euro-Förderprogramm. Darüber sprechen wir hier im Haus mindestens jedes Jahr im Rahmen der Haushaltsberatungen. Darin ist dieses Geld bereits etatisiert. Das heißt, wir müssen keinen neuen Etatposten schaffen. Das sind Haushaltsmittel, die bereits genau für dieses Programm zur Verfügung stehen. Ich hoffe hier auf eine breite Zustimmung für unseren Vorschlag, das Programm für ein Jahr wiederaufzusetzen.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeister Hinkel (CDU): Herzlichen Dank, Ratsherr Mielczarek, für die Einbringung des Antrags. – Die nächste Wortmeldung kommt bitte von Ratsfrau Holtmann-Schnieder, danach kommen Ratsherr Montanus und Ratsherr Schenk. – Sie haben das Wort.

Ratsfrau Holtmann-Schnieder (SPD): Vielen Dank, Herr Bürgermeister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zweifellos sind Lastenräder ökologisch sinnvolle Fortbewegungsmittel. Das ist nicht die Frage. Darum haben wir seinerzeit auch das Lastenradförderprogramm mit unterstützt. Wir sehen das aber heute kritisch, und dazu muss ich gleich einiges aus der Befragung von damals ergänzen, was eben noch nicht gesagt worden ist.

Es gab 2023 eine Evaluation, die ausführlich im Umweltausschuss vorgestellt worden ist. Das, was Ratsherr Mielczarek eben nicht erwähnt hat, ist, dass die antragstellenden Personen im Wesentlichen aus den Stadtbezirken 1 bis 3 gekommen sind, nämlich 52 Prozent. Wenn man noch den Stadtbezirk 4 dazurechnet, kommen wir auf insgesamt 63 Prozent Antragstellende aus diesen vier Stadtbezirken. Gerade auch in diesen Stadtbezirken wohnt eine Reihe von Menschen, die relativ gutsituiert sind und sich ein Lastenrad auch so kaufen können und das auch in vielen Fällen getan haben, wenn sie das wollten.

Wenn wir dagegen aber einmal schauen: Gerade im Düsseldorfer Süden wird das immer weniger. Stadtbezirk 10: 1 Prozent Antragstellende. Das heißt, auch mit der Förderung muss noch viel Geld aufgebracht werden. Das ist für Menschen mit geringem Einkommen und auch schon für viele Familien mit mittlerem Einkommen trotzdem nicht zu stemmen bei diesen teuren Fahrzeugen. Bei diesem Thema haben wir eine extrem krasse soziale Ungerechtigkeit. Wir hatten einen Mitnahmeeffekt bei denen, die sich damals ein Lastenrad gekauft haben. Das sei ihnen allen herzlich gegönnt. Aber das ist ein wichtiger Grund für uns, warum wir diesem Antrag an dieser Stelle nicht mehr zustimmen können.

Ein weiterer Punkt ist, wenn man schaut: Die Stadtbezirke 1 bis 4 sind gleichzeitig jene, die extrem gut mit Mobilitätsangeboten ausgestattet sind, verglichen zum Beispiel mit den Bezirken am Stadtrand. Dort fahren zahlreiche Bahn- und Buslinien. Wir haben dort Mobilitätsstationen, Carsharing und Ähnliches. Aber kommen Sie an den Stadtrand, ich sage noch einmal: Stadtbezirk 10: 1 Prozent. Da gibt es keine Carsharing-Station und keine Mobilitätsstation. Aber gerade das könnten die Menschen dort gut gebrauchen. Also ein weiterer Grund zu sagen: Das ist eine solche soziale Schieflage bei diesem Förderprogramm, dass wir an dieser Stelle nicht zustimmen können.

(Oberbürgermeister Dr. Keller übernimmt um 19.05 Uhr wieder den Vorsitz.)

Kurz noch einen Satz zu dem 60-Millionen-Euro-Topf: Wir haben die letzten Übersichten im Umweltausschuss gehört. Nachdem das eine gewisse Anlaufzeit gebraucht hat, wird das Geld jetzt wirklich eingesetzt. Wir haben vorhin auch schon den Förderbereich für das Programm „Klimafreundlich wohnen und arbeiten“ erhöht. Das heißt, wir brauchen inzwischen diese 60 Millionen Euro für den Bereich energetische Sanierung sowohl von städtischen Gebäuden als auch von Privatgebäuden. Auch dort sind die Anträge enorm angestiegen, und viele Maßnahmen, die in diesem Bereich laufen, brauchen wirklich noch mehr Geld, wenn man es umsetzen will, als wenn man ein Lastenfahrzeug kauft. Das heißt, gerade an dieser Stelle ist die Förderung notwendig, und wir finden es richtig und wichtig, diese 60 Millionen Euro schwerpunktmäßig in diesem Bereich einzusetzen. Dann bekommen wir die 60 Millionen Euro nämlich auch gut verteilt. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD – Ratsherr Hartnigk [CDU]: Nicht schön begründet!)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Montanus hat als Nächster das Wort. Es folgen Ratsherr Schenk, Ratsfrau Cordes und Ratsfrau Vorspel. – Bitte, Ratsherr Montanus.

Ratsherr Montanus (FDP): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Meine Damen und Herren! Leider hat mir Ratsfrau Holtmann-Schnieder schon einige Argumente weggenommen, die ich auch nennen wollte. Es gibt eine sinnvollere Möglichkeit, dieses Geld zu verwenden, etwas, das auch wirklich etwas für die Umwelt tut. Nichts gegen die Lastenfahrzeuge, sicherlich werden sie auch gebraucht. Aber wir haben sie schon einmal gefördert. Ich sage Ihnen ganz offen: Das ist jetzt nicht der Riesenbeitrag zum Umweltschutz, sondern der Riesenbeitrag ist eher die energetische Sanierung der Gebäude, was von Ratsfrau Holtmann-Schnieder gerade angesprochen worden ist.

Wir halten diesen Antrag für überflüssig, ich sage es ganz offen. Denn wir haben schon einmal die Lastenfahrzeuge gefördert, und es sollte dabei bleiben. Es ist auch darauf hingewiesen worden, dass diese Förderung in erster Linie in den etwas wohlhabenderen Stadtteilen angenommen wurde; das muss man einfach mal so sagen. Das sind Mitnahmeeffekte, die man auch nicht ganz außer Acht lassen sollte. Daher werden wir als FDP-Fraktion diesen Antrag ebenfalls ablehnen. – Danke schön.

(Beifall von der FDP)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Schenk, bitte, Sie haben das Wort.

Ratsherr Schenk (SPD): Danke sehr, Herr Oberbürgermeister. – Meine Damen und Herren! Ratsherr Mielczarek, Sie haben gesagt, Sie streben einen höheren Anteil von Menschen an, die von der Förderung profitieren. Ich denke, das müssen wir ein wenig anders sehen. Das heißt, wir wollen einen möglichst hohen Anteil von Menschen, die mit Lastenfahrzeugen versehen werden. Ich denke, wenn wir jetzt die Förderung neu auflegen, dann ist das bei der aktuellen Marktdurchdringung, die wir bereits haben, eher eine Förderung von Margen seitens der Hersteller und der Händler anstelle der Verbraucher.

Die Lastenfahrzeuge sind, wie gesagt, längst etabliert. Was wir brauchen, ist ein funktionierender Markt. Wir brauchen keine Subventionen, und ich denke, wir sollten dem Markt ermöglichen, durch Marktmechanismen Preise in Richtung 2.000 Euro – das ist eine Hausnummer – wandern zu lassen. Ich denke, dadurch haben wir den Vorteil, dass wir den Verbraucher mit vernünftigen Preisen erreichen. Ansonsten fühlt es sich für mich ein wenig wie eine Verhöhnung des Verbrauchers an. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Cordes, bitte. Danach Ratsfrau Vorspel. – Bitte, Sie haben das Wort.

Ratsfrau Cordes (Bündnis 90/Die Grünen): Ich frage mich ein bisschen, warum wir hier das Lastenrad beziehungsweise dessen Förderung bei der Frage auswählen: Wer profitiert davon? – Unter diesem Gesichtspunkt können wir sehr gern jede Förderung, die wir als Stadt vornehmen,

noch einmal unter die Lupe nehmen. Die energetische Sanierung wurde gerade erwähnt. Dort fördern wir Menschen, die sich das mit Sicherheit auch privat leisten können. Trotzdem tun wir das, weil wir sagen: Wir finden das richtig und wollen sie dabei unterstützen. Das Gleiche gilt für das Lastenrad-Förderprogramm; das hat der Kollege Mielczarek hier auch mit vielen Zahlen belegt. Ich glaube auch nicht, dass es hilft, jetzt Stadtbezirke gegeneinander auszuspielen. Vielmehr könnte man sich fragen: Woran liegt es denn, dass das in den Außenbezirken vielleicht noch nicht so angenommen wird? – Auch da wäre denkbar, dass man sich noch einmal über Maßnahmen verständigt, wie man das vielleicht besonders zusätzlich fördern und die Menschen ermutigen kann.

Wir machen am Rheinufer den Rad-Aktionstag. Warum machen wir nicht mal einen Rad-Aktionstag in irgendeinem Außenbezirk und ermöglichen Menschen, mit so einem Rad zu fahren, was auch immer? Aber wie gesagt, ich habe das Gefühl, dass es nicht so richtig darum geht. Das Lastenrad ist ja auch ein besetzter Begriff, ungefähr so ein wenig „Veggie Day auf Rädern“. Ich finde das schade. Ich hätte mir gewünscht, dass es eine Mehrheit für diese Förderung, für dieses erfolgreiche Programm gibt. Das scheint nicht der Fall zu sein. Wir bleiben dran, das steht auch schon wieder in unserem Wahlprogramm. Schauen wir mal im nächsten Jahr.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Vorspel, bitte. Es folgen Ratsfrau Böcker und Ratsherr Hartnigk. – Bitte, Ratsfrau Vorspel.

Ratsfrau Vorspel (Die Linke): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe SPD, ich habe keine inhaltliche Kritik an der Förderung von Lastenrädern von Ihnen gehört, nur eine Kritik, dass es in Stadtteilen wie Unterrath, Rath, Garath oder sonst wo nicht so gut angenommen worden ist. Jetzt sage ich Ihnen einfach einmal: Liebe alte SPD, in meiner vorletzten Ratssitzung gebe ich Ihnen einen Hinweis: Sie können zu einem Antrag Änderungs- oder Ergänzungsanträge stellen. Das wäre passend gewesen. – Vielen Dank.

(Beifall von der Linken und vom Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Böcker.

Ratsfrau Böcker (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich habe mich deswegen gemeldet, weil ein Argument gegen Lastenräder, das ich in der Großstadt kaum oder überhaupt noch nicht gehört habe, ist: dass es vor allem eine ganz große Gesundheitsgefährdung für Kinder ist. In der Stadt kann man das gut beobachten, wenn Sie an der Ampel stehen und davor ein Lastenrad mit einem kleinen Kind ist. Babys habe ich da auch schon gesehen, die vorn, praktisch direkt am Auspuff des vorderen Autos, sitzen. Da habe ich kein Verständnis mehr für ein Lastenrad. Ich habe schon aus diesem einen Grund nie verstanden, dass wir in der Großstadt auch noch meinen, dass das ein wirklicher Beitrag für eine Entlastung von irgendetwas wäre, was die Umwelt betrifft. Es ist auf jeden Fall eine sehr große Belastung für Kinder, und eigentlich müsste das verboten sein. Es ist nicht verboten, sondern es soll heute sogar noch staatlich gefördert werden. Eine staatliche Förderung für etwas, das Kinder schädigt – dazu fällt mir eigentlich nichts mehr ein.

Allein schon aus diesem Gesichtspunkt habe ich diese Lastenräder-Geschichte nie verstanden. Das Argument, dass die Handwerker damit herumfahren, ist eigentlich ein Märchen. Das kann nur jemand meinen, der noch nie mit Handwerkern in der Großstadt zu tun hatte.

Deshalb: Ich hoffe nicht, dass der Antrag eine Mehrheit bekommt. Aber dass so eine Argumentation bei uns überhaupt eine Chance hat, in diesem Hause eine Mehrheit zu bekommen, finde ich nicht gut. Diejenigen, die schädigen, bekommen noch Geld, sollen noch gefördert werden. Im Wesentlichen – jedenfalls ist das bei uns so – sind das vielfach auch Mütter, die ihren, ich sage jetzt einmal provokant, Porsche benutzen, um zum Golfen zu fahren; und wenn sie die Kinder zur Schule fahren, tun sie das mit dem Lastenrad. Deshalb habe ich nicht im Mindesten die Möglichkeit,

einem solchen Antrag zuzustimmen. Das wollte ich nur als Diskussionsbeitrag sagen, dass Sie vielleicht auch einmal diese Argumentation etwas näher betrachten. – Danke schön.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Hartnigk hat als Nächster das Wort.

Ratsherr Hartnigk (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist viel Richtiges gesagt worden. Wir haben in der Tat 2023 ein Programm auf den Weg gebracht, das auch gut genutzt worden ist. Aber wir müssen auch heute, 2025, aus unserer Sicht jedenfalls feststellen, dass es keine spürbaren Auswirkungen auf das Mobilitätsverhältnis der gesamten Stadt hat. Frau Kollegin Holtmann-Schnieder hat ganz zu Recht darauf hingewiesen: Es ist, wenn man sich die Evaluation anschaut, auf ganz bestimmte Gegenden beschränkt. Kollegin Cordes, Sie haben gesagt, man könnte sogar denken: Wahlprogramm der Grünen – es ist eine kleine, ambitionierte Wahlkampfhilfe für die künftigen Grünen-Wähler in den Bezirken. Könnte man, habe ich gesagt.

(Beifall von der FDP)

Also, lange Rede, kurzer Sinn, Herr Kollege Mielczarek: 357 Tonnen, das hört sich gut an, ist auch gut, aber das kann man vielleicht mit 2 Millionen Euro Förderung anderweitig viel besser erzielen. Was wir in der Vergangenheit immer häufiger gerade auch in den Gründerzeitvierteln feststellen müssen, meine sehr geehrten Damen und Herren – Ratsherr Mielczarek, Sie haben eben gesagt, dafür hätten Leute ein Auto weggegeben, und es würde dann auch ein Parkplatz frei, den wir anders nutzen können –: Es kann ja eigentlich nicht sein, dass der Raum, den ich eigentlich öffentlich anders nutzen will, von einem Auto auf ein großes Lastenrad – und Lastenräder sind groß, zumindest so groß wie kleine Autos – verlagert wird, dass das der Effekt dieses Programmes sein soll. Das war auch so weder in dem Programm enthalten noch kann es das Ziel sein. Insoweit sollten wir uns in der Tat überlegen: Wenn wir das Radfahren fördern, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann sollten wir zunächst auch einmal schauen, dass das Radfahren einfacher wird, und vielleicht unseren Schwerpunkt auf den weiteren Ausbau der Radwege legen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ich habe noch Ratsfrau Lehmann, Ratsfrau Heyden und Ratsfrau Cordes auf der Redeliste. – Bitte, Ratsfrau Lehmann.

Ratsfrau Lehmann (Die Linke): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Lastenrad“ scheint so zu triggern wie „Enteignung“. Das ist ganz erstaunlich.

Ich möchte zwei Dinge sortieren, und zwar: Ratsherr Hartnigk, Sie haben etwas Richtiges gesagt: Die Infrastruktur für die Lastenräder ist mangelhaft. Sie muss massiv ausgebaut werden. Sie muss breit sein, durchgehend, barrierefrei, fehlerverzeihend und so weiter. Das muss natürlich massiv passieren, um zu flankieren, dass wir nun schon viele Menschen auf Lastenrädern haben. Was sich hält, ich will nicht sagen, wie: Es gibt sehr viele Handwerker*innen, die ihr Gewerbe mit Lastenrädern gestalten – ergänzend, sie haben eine vielfältige Flotte. Die haben natürlich auch – hören Sie bitte zu – motorisierte Gefährte, mit denen sie Werkstätten oder Baustellen beliefern, aber fahren einzelne Touren mit Lastenrädern. Mir fällt gerade ein Schreinermeister ein, der seit 2014 diverse Lastenräder hat und dessen Angestellte mit viel Freude damit herumfahren. Es gibt Schornsteinfeger, die man in der Stadt sieht, die ihren Beruf sehr gut damit bewerkstelligen können. Wir wissen auch, dass sogar der ADAC auch mit Lastenrädern zu Menschen fährt, die mit ihren Autos Hilfe brauchen. Die kommen einfach besser durch.

Diese zwei Punkte wollte ich noch einmal sortieren. Und ich würde Sie bitten: Daten Sie sich up und bleiben Sie nicht im Gestrüpp stehen! – Danke.

(Beifall von der Linken)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Heyden, bitte, Sie haben das Wort.

Ratsfrau Heyden (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gehöre ja nicht zu denen, die hier oft das Bedürfnis verspüren, ihre Meinung in diesem Plenum zum Besten zu geben, aber es kann hier nicht unwidersprochen stehenbleiben, dass die Teilnahme von Kindern am Straßenverkehr in Lastenrädern für die Gefährdung von Kindern verantwortlich sei. Ja, Kinder in Düsseldorf sind total gefährdet im Straßenverkehr, wenn sie am Verkehr teilnehmen und nicht im Auto sitzen. Das liegt aber nicht an Lastenrädern, sondern an zugeparkten Kreuzungen, an Rotlichtverstößen von Pkw oder an nicht einsehbaren Bereichen vor und hinter SUVs für die SUV-Fahrer. Das ist der Grund, warum Kinder in dieser Stadt gefährdet sind. Das hat mit Lastenrädern überhaupt nichts zu tun.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn in der BV 2, wie vor zwei Wochen passiert, Maßnahmen zum Schutz von Kindern auf ihrem Schulweg rund um die Brehm-Schule, die die Verwaltung nach extrem langer, guter und reiflicher Überlegung vorschlägt, von allen außer, ich glaube, Bündnis 90/Die Grünen und der Linken abgelehnt werden, sollten Sie sich einmal fragen, warum hier Kinder gefährdet sind. Das passt doch vorne und hinten nicht. Bei allem Respekt für andere Meinungen, aber das musste einen Widerspruch bekommen. – Danke.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Cordes, bitte, Sie haben das Wort.

Ratsfrau Cordes (Bündnis 90/Die Grünen): Tut mir leid, ich muss dazu auch noch einen Widerspruch loswerden. Ich hätte mich sonst nicht noch einmal gemeldet. Aber uns zu unterstellen, das sei ein Wahlkampfgeschenk – Entschuldigung, das ist nicht fair. Ich habe es in meinem ersten Beitrag nicht gesagt und hätte es sonst auch nicht gesagt. Aber der Kollege Mielczarek hat ja schon am Anfang erwähnt: Es war ein Kooperationsprojekt. Ich sage es einmal so: Wir sind nicht diejenigen, die sich aus dieser Verabredung entfernt haben. Wir sind inhaltlich dabei geblieben und haben übrigens auch zwischenzeitlich viele Kompromissangebote gemacht, wie man diese Förderung hätte anpassen, verändern können, wie auch immer. Das sollte hier nicht unerwähnt bleiben. So viel einmal dazu. – Danke.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen – Ratsherr Hartnigk (CDU): Aber das steht doch im Wahlprogramm, oder? – Unruhe)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Deshalb können wir zur Abstimmung kommen über den TOP 38.9, RAT/182/2025. – Können wir bitte zur Ruhe kommen und jetzt die Abstimmung durchführen? – Ein Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, „Weiterentwicklung der Förderung von Lastenrädern“. Ich darf fragen: Wer ist für diesen Antrag? – Das sind Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, Ratsherr Fix und Ratsfrau Krüger. Wer enthält sich? – Wer ist dagegen? – Das sind SPD, CDU, FDP, AfD, der Oberbürgermeister und Ratsherr Lemmer. Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

(Beifall von der CDU)

38.10

Antrag der SPD-Ratsfraktion: Ferien(s)pass

RAT/172/2025

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Spillner. Es folgen Ratsfrau Elsholz und Ratsfrau Schentek. – Bitte, Ratsfrau Spillner, Sie haben das Wort.

Ratsfrau Spillner (SPD): Danke schön, Herr Oberbürgermeister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu später Stunde noch ein schönes Thema: Ferien, Ferien(s)pass. Ich möchte gern unseren Antrag einbringen, der den Kindern und Jugendlichen in unserer Stadt in der schönsten

Zeit im Schuljahr, in der Ferienzeit, mehr Teilhabe ermöglicht und deutlich macht, indem wir ihn heute bearbeiten, dass Kinder und Jugendliche uns in unserer Stadt sehr, sehr wichtig sind.

Also, worum geht es? – Ich glaube, dazu gibt es ein wenig Aufklärung, die ich hier betreiben möchte. Ferienpässe sind in vielen Städten ein Erfolgsmodell. Es ist also sehr schwer, Städte herauszufinden, die keinen Ferienpass verteilen. Es ist ein sehr buntes Bild, das sich abbildet, wenn man darüber ein wenig nachforscht und schaut, wie die einzelnen Städte das machen. Auch seit wann sie das machen, ist sehr unterschiedlich: Hamburg macht es schon seit 1969, Krefeld seit 2024, und ich hoffe sehr, dass wir als Stadt Düsseldorf spätestens 2026 auch dabei sind.

Es geht darum, dass die Kinder in den Ferien zum einen Anregungen für Freizeitangebote bekommen, die wir in unserer Stadt haben und die toll sind. Es geht auch um Vergünstigungen. Aber die Möglichkeiten, das zu gestalten, sind sehr unterschiedlich. Die Eigenbeteiligung ist in allen Städten unterschiedlich, und auch das Angebot ist sehr unterschiedlich. Zum Beispiel kostet der Ferienpass in Duisburg nichts. In Berlin zahlen die Familien 9 Euro und in München 14 Euro – um einmal drei Zahlen zu nennen. Es ist ganz unterschiedlich. Deshalb haben wir gesagt: Wenn wir hier einen Ferienpass einführen, dann bitte bis 20 Euro. Für die Menschen, die den Düsselpass haben, soll es natürlich kostenfrei sein.

Bei den Veranstaltungen ist es auch unterschiedlich. Es ist nicht so, dass die Städte es so machen, dass in den Ferien alles umsonst ist, sondern es ist meistens limitiert. Das heißt, Freibad ist natürlich immer dabei, fünfmal Freibad, einmal Zoo, ÖPNV frei, manche mit bestimmten Fahrscheinen, manche unbegrenzt. Also, es ist ganz unterschiedlich. Was gleich ist bei allen Städten – das liegt ja auch auf der Hand –, das sind die Kultureinrichtungen, die immer dabei sind und die bei uns natürlich auch dabei sein sollten. Wobei das Schöne bei uns ist: Die meisten Angebote in den Kultureinrichtungen sind schon kostenfrei. Insofern wäre das kein großer Mehrwert. Aber es ist natürlich auch möglich, dass die Stadt Kooperationen mit privaten Anbietern eingeht, zum Beispiel Minigolfanlagen, Kletterparks und Indoorspielplätze oder Ähnliches. Auch das gibt es überall, wo dann die Möglichkeit besteht, dort in den Ferien einmal oder zweimal hinzugehen, je nachdem. Man muss das ausarbeiten. Wir haben eine hervorragende Verwaltung. Ich denke, sie wird dafür ein tolles Konzept erstellen und schauen: Was passt für Düsseldorf? Wie viel soll es in Düsseldorf kosten? – Ich bin ganz optimistisch, dass wir das hinbekommen.

Noch einmal zum Abschluss, warum das wichtig ist: Wir finden, Ferien sind für alle da, nicht nur für jene, die sich meistens teure Reisen oder überhaupt Reisen leisten können, sondern es muss für jeden Geldbeutel sein. Wir finden, Mobilität und Freizeitvergnügen und die Stadt und ihre tollen Angebote, die wir hier in Düsseldorf haben, zu nutzen, darf wirklich keine Frage des Geldbeutels sein. Wir könnten dazu einen tollen Impuls setzen, uns in die ganzen Städte einreihen, die das schon machen. Ich hoffe sehr auf Ferien(s)pass, spätestens 2026, und natürlich auch auf Ihre Zustimmung. – Danke schön.

(Beifall von der SPD)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Elsholz, bitte.

Ratsfrau Elsholz (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Anwesende! Sehr geehrte Zuhörende! Ich fange einmal mit einem Zitat aus dem Antrag an. Die Sozialdemokratie schreibt:

„Wir möchten den Kindern und Jugendlichen, welche mit dem Gefühl leben, dass Politik über ihre Köpfe hinweg gemacht wird, zeigen, dass sie ein wichtiger Teil der Stadtgesellschaft sind.“

Ich hoffe doch sehr, dass die Arbeit derjenigen, die sich seit Jahren und Jahrzehnten für Kinder und Jugendliche in dieser Stadt einsetzen, auch bei den Kindern und Jugendlichen ankommt. Ich glaube, das sind auch einige aus Ihrer Fraktion. Es sind aber definitiv einige aus meiner Fraktion.

Inhaltlich: Es gibt kostenfreie Angebote, das haben Sie gerade erwähnt, im Bereich Kultur, im Bereich Ferienfreizeit. Das Ganze kann man auch auf der Düsseldorfer Homepage unter dem schmissigen Titel „Kostenfreie Ferien- und Freizeitangebote“ finden. Es gibt auch einen Ferienpass für die Sommerferien für Schwimmbäder. Der kostet, wenn mich nicht alles täuscht, 26,30 Euro. Also, auch dafür gibt es schon Angebote. Gleiches gilt für den ÖPNV. Auch dort gibt es das vergünstigte Deutschlandticket, und es gibt die Düsselferien mit einem reichhaltigen Programm für 35 Euro oder vergünstigt für 17 Euro. Will sagen: Es gibt schon sehr, sehr viel. Nichtsdestotrotz würden wir diesen Antrag gern in den passenden Fachausschuss überweisen – hiermit würde ich diesen Antrag stellen –, damit wir dort noch einmal nach Bedarfen und nach den passenden Kosten schauen können. Also ja, wir nehmen das Thema ernst und plädieren für Überweisung. – Danke.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Schentek. Es folgen Ratsfrau Marmulla und Ratsherr Dr. Schork. – Bitte, Ratsfrau Schentek.

Ratsfrau Schentek (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte – –

Oberbürgermeister Dr. Keller: Entschuldigung.

(Ratsfrau Mirus [Die Partei-Klima-Fraktion]: Es wurde doch ein Antrag auf Überweisung gestellt!)

- Nein, die Redeliste ist abzuarbeiten.

(Ratsfrau Cordes [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war nicht die Redeliste! – Ratsherr Fix [Die Partei-Klima-Fraktion]: Das ist ja jetzt eine Ausrede!)

Wir müssen nur über den Verweisungsantrag abstimmen, bevor wir inhaltlich abstimmen würden. Aber wir müssen nicht die Debatte unterbrechen, nur weil es einen Verweisungsantrag gibt.

(Ratsherr Fix [Die Partei-Klima-Fraktion]: Aber das wurde doch eben gerade getan!)

- Nicht unter meiner Sitzungsleitung.

Ratsfrau Schentek (CDU): Die Redeliste war doch eben auch fertig.

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ja. Normalerweise mache ich das immer so, dass ich die Redeliste abarbeite und dann über den Verweisungsantrag abstimmen lasse.

(Ratsfrau Cordes [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, aber das war nicht die Redeliste!)

- Das war die Redeliste, natürlich.

(Ratsfrau Mirus [Die Partei-Klima-Fraktion]: Nein, das war vorhin bei uns aber auch nicht! – Ratsherr Raub [SPD]: Beim anderen Verweisungsantrag war es die Verwaltung, die gefragt wurde!)

Ich praktiziere das immer so. So sind Sie das von mir gewohnt: Wir arbeiten die Redeliste ab und stimmen dann über den Verweisungsantrag ab.

(Ratsherr Raub [SPD]: Ja!)

Bitte, Ratsfrau Schentek.

Ratsfrau Schentek (CDU): Danke schön. – Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir würden bei diesem Antrag auf Verweisung in den Jugendhilfeausschuss tatsächlich mitgehen wollen, denn dort gehört er auch hin, zumal der Antrag

ein Haushaltsantrag für das Jahr 2026 wäre. Es lässt sich nur sehr schwer beziffern, welches Preisschild an diesem Wunsch hängt. Darüber müssen wir reden. Nichtsdestotrotz haben wir hervorragende Angebote hier in dieser Stadt in den Ferien für die Kinder und Jugendlichen. Vielleicht sollte man auch einmal das Kleingedruckte lesen: In den Städten, die teilweise angeführt worden sind, war es tatsächlich nicht so, dass der ÖPNV kostenfrei war, sondern es gab Einschränkungen. Ich denke, die Diskussion führen wir sehr gern im Jugendhilfeausschuss. Darauf freuen wir uns schon. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsfrau Marmulla hat als Nächste das Wort, danach Ratsherr Dr. Schork, und dann lasse ich über den Verweisungsantrag abstimmen.

Ratsfrau Marmulla (Die Linke): An dieser Stelle sage ich: „Links wirkt“; denn wir hatten einen sehr ähnlichen Antrag bereits 2021 als Haushaltsantrag gestellt. Das heißt, wir hätten einen Ferienpass, den ja hier viele zu begrüßen scheinen, bereits im Sommer 2022 für unsere Kinder und Jugendlichen haben können. Damals stand in unserem Antrag, dass dieses Konzept mit dem Jugendhilfeausschuss diskutiert und dort vorgelegt werden soll. Denn für uns ist es ganz klar, dass wir hier nicht alle Ideen parat haben, die für Kinder und Jugendliche gut sind. Der Antrag der SPD-Fraktion an dieser Stelle ist relativ begrenzt, das heißt, er muss noch ausgearbeitet werden. Deshalb hatten wir von Anfang an 2021 vorgeschlagen, dass die Verwaltung ein Konzept ausarbeitet und im entsprechenden Ausschuss vorlegt. Ich bin jetzt mal sehr gespannt, ob die Kinder 2026 einen entsprechenden Ferienpass bekommen, der an die Stadt Düsseldorf angepasst ist und dann viele schöne Ferienmomente ermöglicht. Aber „Links wirkt“!

(Beifall von der Linken)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ratsherr Dr. Schork, Sie haben das Wort.

Ratsherr Dr. Schork (FDP): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Als FDP-Fraktion stimmen wir auch der Verweisung in den Jugendhilfeausschuss zu. Die Diskussion zeigt, glaube ich, dass noch einmal eine Prüfung erforderlich ist und in der Tat noch ein Finanzierungs- und Umsetzungskonzept her muss. Deshalb ist, glaube ich, die Verweisung der richtige Weg. – Besten Dank.

(Beifall von der FDP)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Jetzt habe ich keine weiteren Wortmeldungen. Dann stellen wir zur Abstimmung, den Antrag mit der Vorlagennummer RAT/172/2025 in den Jugendhilfeausschuss zu verweisen. Wer ist für diese Verweisung? – Das sind Die Linke, Die Partei-Klima-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen und CDU.

(Ratsherr Raub [SPD]: Die SPD auch!)

– Ja, es sind alle. Enthält sich jemand? – Wir machen noch eine Gegenprobe: Gegenstimmen? – Wir haben den Antrag bei zwei Gegenstimmen der Ratsgruppe Tierschutz/Freie Wähler, aber unter Einschluss der SPD-Fraktion mehrheitlich in den JHA **verwiesen**.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu **TOP 38.11**.

(Ratsfrau Opelt [AfD]: Der Antrag ist zurückgezogen!)

– Er wurde zurückgezogen, okay.

Verabschiedung Ratsfrau Lehmhaus

Oberbürgermeister Dr. Keller: Ich darf Sie noch einmal um Aufmerksamkeit bitten, denn wir sind am Ende der Tagesordnung angekommen. Ich würde aber die Gelegenheit nutzen, noch eine Ehrung vorzunehmen, weil uns eine langjährige Ratskollegin heute verlässt beziehungsweise zum letzten Mal in diesem Gremium anwesend sein wird. Da wir jetzt etwas schneller waren als geplant – eigentlich müsste eine Kollegin aus dem Protokoll auftauchen und meine Amtskette herbeibringen. Dazu würde ich gern die Amtskette tragen, bitte.

(Oberbürgermeister Dr. Keller wird die Amtskette umgelegt.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum Ende des öffentlichen Teils unserer heutigen Sitzung möchten wir mit Ratsfrau Monika Lehmhaus eine Kollegin aus unserer Mitte verabschieden, und zugleich werde ich sie mit der Verdienstplakette auszeichnen.

Liebe Ratsfrau Lehmhaus, Sie haben sich entschlossen, Ihr Mandat niederzulegen. Heute ist Ihre letzte Ratssitzung, und sie soll den Rahmen für eine Würdigung bilden. Ich weiß, wie schwer Ihnen der Abschied fällt. Seit inzwischen mehr als zwei Jahrzehnten sind Sie Mitglied des Rates unserer Stadt. In dieser Zeit haben Sie die Düsseldorf Kommunalpolitik in vielen Bereichen mitgeprägt. Seit 2004 haben Sie die FDP-Fraktion in ganz unterschiedlichen Ausschüssen vertreten und hatten dort zahlreiche Positionen inne. So waren Sie unter anderem von 2004 bis 2009 Vorsitzende des Anregungs- und Beschwerdeausschusses, seit 2020 stellvertretende Vorsitzende. Seit 2004 sind Sie Mitglied des Sportausschusses. Vorsitzende dieses Gremiums waren Sie von 2009 bis 2014. Seit 2020 gehören Sie dem Schulausschuss an. Darüber hinaus waren Sie von 2014 bis 2020 Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Liegenschaften. Von 2009 bis 2014 waren Sie Mitglied des Ausschusses für Gesundheit und Soziales und von 2010 bis 2014 Mitglied des Integrationsrates.

Ihr bürgerschaftliches Engagement reicht weit über die kommunalpolitische Arbeit hinaus. So war es Ihnen immer ein Anliegen, den Breiten- und Leistungssport in Düsseldorf, die Chancengerechtigkeit von Kindern, aber auch die Kultur zu fördern. Als ehrenamtliche Vorstandsvorsitzende des Vereins sports partner ship etwa haben Sie die Sportprojekte für Kinder und Jugendliche in Stadtteilen mit sozialem Handlungsbedarf unterstützt. Bereits 1990 gründeten Sie Lib'elle Düsseldorf, einen Gesprächskreis für Frauen. Sie engagieren sich im Vorstand von Mütter helfen Kindern e. V. und dem Rotary Club Düsseldorf-Pempelfort für Kinder und Familien. Darüber hinaus leiten Sie den Freundeskreis der Deutschen Oper am Rhein. Erst gestern sind wir uns dort noch in dieser Funktion bei der Preisgerichtssitzung für das neue Opernhaus der Zukunft begegnet.

Ihr außerordentlich vielfältiges Engagement in Düsseldorf hat weit über die Grenzen unserer Stadt hinaus Aufmerksamkeit gefunden. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat Ihnen dafür das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Es war mir eine Ehre und eine Freude, Ihnen den Orden vor knapp drei Wochen überreichen zu dürfen. Bereits 2014 wurde Ihnen für Ihre zehnjährige Ratszugehörigkeit der Ehrenring der Landeshauptstadt Düsseldorf verliehen.

Es freut mich, Ihnen heute eine weitere hohe städtische Ehre auszeichnung zu überreichen: die Verdienstplakette. Sie erhalten sie für Ihre langjährige Zugehörigkeit zum Rat. Die Verdienstplakette besteht aus Gold und zeigt auf der Vorderseite den Bergischen Löwen, um den sich zwölf Felder mit Darstellungen aus der Stadtgeschichte gruppieren. Die Rückseite trägt die Aufschrift „Für Verdienste um die Landeshauptstadt Düsseldorf“.

Sehr geehrte Ratsfrau Lehmhaus, ich freue mich, dass ich diese, Ihre Verdienste heute kurz würdigen durfte. Dieser herausragende und vorbildliche Einsatz für das Gemeinwohl verdient unser aller Dank und Anerkennung. Auch persönlich danke ich für die gute Zusammenarbeit und den wertvollen Austausch mit Ihnen, und ich bin mir sicher, dass ich für alle Kolleginnen und Kollegen

spreche: Wir werden Sie hier im Rat vermissen. Aber gewiss werden wir uns auch weiterhin in Düsseldorf begegnen. Darauf freue ich mich. Von Herzen wünsche ich Ihnen alles Gute und insbesondere viel Kraft.

Sehr geehrte Ratsfrau Lehmhaus, gerne überreiche ich Ihnen nun die Verdienstplakette und gratuliere Ihnen sehr herzlich zu dieser Auszeichnung.

(Allgemeiner anhaltender Beifall)

Ich muss noch die Urkunde verlesen.

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf verleiht Frau Monika Lehmhaus, die sich um die Stadt Düsseldorf und ihre Bürgerinnen und Bürger verdient gemacht hat, in dankbarer Anerkennung die Verdienstplakette.

Düsseldorf, 28. Mai 2025

Es folgt meine Unterschrift.

Herzlichen Glückwunsch!

(Allgemeiner Beifall)

Ratsfrau Lehmhaus (FDP): Vielen, vielen Dank. – Liebe alle! Jetzt muss ich mich echt zusammenreißen, sonst fange ich an zu heulen. Das will ich nicht und muss ich trotzdem. Aber die 30 Jahre hier sind wirklich eine tolle Zeit gewesen, und ich wünsche jedem von Euch und Ihnen, dass Sie auch erleben, was ich erlebt habe: dass man eine Stadt kennenlernt, dass man überall hineinriechen kann, dass man die Stadt begreift, die Menschen kennenlernt und dass man wirksam ist. Mich hat immer der eine oder andere gefragt: Warum gehst du nicht in den Landtag? Warum gehst du nicht in den Bundestag? – Da habe ich gesagt: Nein, in Düsseldorf gehe ich dahin und sehe mir das an und weiß, ob es richtig ist oder nicht. Das ist eine einmalige Chance, die wir alle hier im Kommunalparlament haben.

Jetzt stehen wir vor der Kommunalwahl. Ich möchte Ihnen wirklich zurufen: Das ist der beste Ort, um Politik zu machen. Schneller und effektiver geht es nicht. Man kann vor allem sehen, manchmal auch erfahren, dass eine Entscheidung nicht ganz so gut war. Aber man kann sie revidieren. Diese Möglichkeit haben wir hier. Deshalb sitzen wir hier alle zusammen. Es ist eine Riesenchance. Es war mir eine Superehre, hier sein zu dürfen.

Ganz großer Dank an meine Fraktion, die auch mich immer mal ertragen musste. Ganz großen Dank an die Verwaltung, die ich mit meinen Ad-hoc-Aktionen, wenn mir plötzlich etwas aufgefallen ist, durcheinandergestrubbelt habe und die dann gesagt hat: Nein, wir reden trotzdem darüber, wir kriegen es hin. – Aber auch Dank an die Kollegen, vor allem an dich, Markus Raub. Doch, doch, Markus Raub war meine Stütze, als ich ganz neu in den Stadtrat kam, Vorsitzende des Anregungs- und Beschwerdeausschusses wurde und von Frau Hahn und Herrn Homann – oder umgekehrt – immer in die Zange genommen wurde. Er und Karin Jung waren diejenigen, die ich immer angeschaut und gefragt habe: Liege ich noch richtig? – Und sie sagten: Ja. So habe ich gelernt. Die Zeit war wunderbar. Euch auch eine gute Zeit! Trefft eine gute Entscheidung im Sinne der Bürger, das ist das Wichtigste. – Vielen Dank.

(Allgemeiner starker Beifall – Oberbürgermeister Dr. Keller überreicht Ratsfrau Lehmhaus [FDP] die Verdienstplakette, die Urkunde und einen Blumenstrauß. – Einige Mitglieder der Ratsfraktionen überreichen Blumen und Präsente. – Es werden Fotos gemacht.)

Oberbürgermeister Dr. Keller: Dann darf ich den öffentlichen Teil unserer Sitzung schließen und bitte, die Nichtöffentlichkeit herzustellen und den Livestream abzuschalten.

Schluss der öffentlichen Sitzung: 19.49 Uhr

Anschließend nichtöffentliche Sitzung

Dr. Stephan Keller
Oberbürgermeister

Josef Hinkel
Bürgermeister

Simone Schmitt
Schriftführerin